R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y 35

Wien, am Dienstag, den 1. Februar 1927.

-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Im Laufe dieser Woche werden folgende Strassen an Stelle der bisherigen Gasbeleuchtung elektrisch beleuchtet werden: Innere Stadt : Salztorbrücke, Margareten : Matzleinsdorferplatz-Südbahnviadukt, Siebenbrunnengasse und Floridsdorf: der restliche Teil der Wagramerstrasse.

-.-.-.-.-

Grazer Schauspieler im Wiener Rathaus. Anlässlich des heute im Raimundtheater stattfindenden Gastspieles von prominenten Kräften der Grazer städtischen Bühnen, wurden die Mitglieder dieses Ensembles in Vertretung des Bürgermeisters vom amtsführenden Stadtrat Richter im Rathaus empfangen. Stadtrat Richter rühmte die hundertjährige Kulturarbeit des Grazer Theaters, verwies auf die grosse kulturelle Bedeutung, die dieser Bühne für die Pflege der Kunst zukomme und wünschte dem Ensemble in Wien den besten Erfolg. Für die Künstler und Künstlerinnen dankte der Direktor der Grazer Bühnen Lustig-Prean für den freundlichen Empfang. Die Grüsse des Grazer Bürgermeisters überbrachte der städtische Theaterreferent Obermagistratsrat Braun, während Präsident Stärk namens des Bühnenvereines die Bedeutung des Grazer Gastspieles für Wien hervorhob.

-.-.-.-.-

Die Wählerverzeichnisse liegen auf. Der Wiener Magistrat hat nunmehr die Wählerlisten fertiggestellt. Bis einschliesslich Montag, den 14. Februar werden die Wählerverzeichnisse zur allgemeinen Einsicht aufgelegt. Einsprüche (Reklamationen) wegen der Aufnahme vermeintlich Nichtberechtigter oder wegen Nichtaufnahme vermeintlich Berechtigter, sind mündlich oder schriftlich dort wo die Wählerlisten aufliegen, einzubringen. An den städtischen Amtstafeln in den magistratischen Bezirksämtern sind Kundmachungen angeschlagen, aus denen genau zu ersehen ist, wo die Wählerverzeichnisse aufliegen und wo Reklamationen eingebracht werden können. Ueberdies wird in jedem Haus an einer allen Hausbewohnern leicht zugänglichen und sichtbaren Stelle (Haustor, Hausflur und so weiter) eine Kundmachung angeschlagen, die die Zahl der Wahlberechtigten einer jeden Wohnung und den Amtsraum angibt, in dem das Wählerverzeichnis aufliegt. Dadurch ist es den Hausbewohnern möglich, auch ohne in der an den städtischen Amtstafeln angebrachten Kundmachung nachzuschauen, den Ort, wo das Wählerverzeichnis des Hauses aufliegt, zu ersehen. Die Wählerlisten können an Werktagen von 15 bis 19 Uhr und an Sonntagen von 9 bis 12 Uhr für jedermann eingesehen werden.

-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Meidling. Die ordentliche Sitzung der Bezirksvertretung wird am Donnerstag, den 10. Februar um sechs Uhr abends im Sitzungssaal des Amtshauses, XII., Schönbrunnerstrasse 259 abgehalten.

-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

36

Wien, Dienstag, den 1. Februar 1927. Zweite Ausgabe

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 1. Februar 1927.

Die Beratung des städtischen Rechnungsabschlusses für das Jahr 1925.

Der Gemeinderat begann heute mit der Beratung des Rechnungsabschlusses für das Jahr 1925. Bürgermeister Seitz teilte bei Beginn der Sitzung mit, dass zunächst die Generaldebatte abgeführt werden wird. Dazu sind fünf Christlichsoziale Redner gemeldet. Es liegen auch Wortmeldungen für die Spezialdebatte vor, doch können sie nicht zur Kenntnis genommen werden, weil erst auf Grund der Generaldebatte zu beschliessen sein wird, in welche Beratungsgruppen die ganze Materie eingeteilt wird. Erst wenn das festgestellt ist, können sich die Mitglieder des Gemeinderates zu den einzelnen Gruppen, die aber nicht mit den Verwaltungsgruppen des Voranschlages identisch sind, als Redner eintragen.

Stadtrat Breitner leitet nun die Verhandlungen ein. Er stellt zunächst in formaler Beziehung fest, dass es nicht möglich gewesen, den nach der Verfassung vorgesehenen Termin zur Einbringung des Rechnungsabschlusses einzuhalten. Der Abschluss sollte bereits am 30. September 1926 vorgelegt werden. Der Grund dieser Verspätung liegt darin, dass heuer zum erstenmale das Goldbilanzengesetz angewendet werden musste und dass vielfache Veränderungen im Verordnungsweg verfügt worden sind. Das Gesetz hat übrigens den Termin bis 30. November verlängert und auch daraus ist die Verzögerung erklärlich. Es müsse aber festgestellt werden, dass dieser 30. September an und für sich ein ungünstiger Termin sei, weil ihm die Urlaubsmonate vorangehen und eine so grosse und schwere Arbeit, wie die Fertigstellung des Rechnungsabschlusses unmöglich gemacht wird. Das war auch unter der früheren Verwaltung so. In den letzten drei Friedensjahren konnte der Rechnungsabschluss auch erst mit Verspätungen von 54 bis 66 Tagen fertiggestellt werden. Man wird Gelegenheit nehmen, wenn irgendeine Aenderung der Verfassung erfolgt, auch auf alle diese Schwierigkeiten zu denken und einen geeigneteren Termin festzusetzen.

Der Rechnungsabschluss für das Jahr 1925 weist einen Ueberschuss von 56 Millionen Schilling aus. Da der Voranschlag einen Abgang von 59 Millionen Schilling verzeichnet hat, so hat dieses Jahr um 115 Millionen Schilling besser abgeschnitten, als erwartet wurde. Diese günstige Gebarung hat verschiedene Ursachen. Der Bund hat an die Gemeinde die schuldigen Steuertragsanteile aus dem Jahre 1923 und 1924 bezahlt. Das sind 33 Millionen Schilling, die in den Voranschlag nicht eingestellt werden konnten. Dazu kommen noch 37 Millionen Schilling als Mehreinnahme aus den Abgabenertragsanteilen für das Jahr 1925. Auch hier kann der Gemeinde kein Vorwurf wegen nachlässiger Budgetierung gemacht werden. Wir haben die Höhe dieser Anteile genau nach den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen in den Voranschlag eingesetzt. Die Zuschläge zu den Immobiliargebühren und zur Rentensteuer haben um 1.7 Millionen Schilling mehr gebracht. Ferner wurde die Regelung der Uebernahme des Beamtenapparates der Statthalterei abgeschlossen, wodurch die Gemeinde eine Abfindung von fünf Millionen Schilling erhielt. Insgesamt sind es 82.5 Millionen Schilling Mehreinnahme, die der Gemeinde vom Bund im Jahre 1925 überwiesen worden sind. Keine einzige der erwähnten Posten, konnten im Voranschlag eingesetzt werden. Wenn man diesen Betrag ausschaltet, so bleibt eine Verbesserung des Budgets um 33 Millionen Schilling, das heisst, eine zehnprozentige Differenz zwischen Voranschlag und Rechnungsabschluss. Da kann man gewiss keinen Vorwurf erheben, dass eine bewusste Irreführung vorliege. Es ist für jede Körperschaft ganz aussergewöhnlich schwer 14 Monate vorher eine genaue Aufstellung ihrer Einnahmen und Ausgaben für das nächste Jahr zu machen. Das ist schon bei kleinen Unternehmungen nicht leicht, es ist natürlich noch weit aus schwerer bei einer Hoheitsverwaltung mit mehr als 25.000 Angestellten. Auch die Verhältnisse beim Bund sind ähnlich. Im Jahre 1925 weist der Rechnungsabschluss des Bundes einen Ueberschuss von 76 Millionen Schilling aus, während im Voranschlag ein Gebarungsabgang von 74 Millionen Schilling eingesetzt war. Das ist eine Verbesserung um 150 Millionen Schilling. Die Gemeinde ist übrigens durch die Abgabenteilung in einem so hohen Mass vom Bundesbudget abhängig, dass der Voranschlag des Bundes eine gewisse Wechselwirkung auf das Gemeindebudget ausüben muss. Die Gemeindeverwaltung hat übrigens das budgetmässige Defizit des Jahres 1925 keineswegs durch neue Steuern bedeckt, sondern die Kassenbestände herangezogen. Es ist also keine Belastung der Wirtschaft eingetreten. Die Prüfung, inwieweit die grossen Arbeiten, die im Voranschlag enthalten sind, auch wirklich durchgeführt wurden, ergibt, dass die 114 Millionen Schilling für aufbauende Arbeit im Jahre 1925 auch wirklich verbraucht wurden. Die Gemeinde hat voll und ganz das grosse Investitionsprogramm erfüllt. Auch hier beweist der Rechnungsabschluss, dass die in Aussicht genommenen Arbeiten zur Gänze durchgeführt worden ist.

G.R. Angermayer (chr.soz.) führt aus, dass die Rechnungsabschlüsse seit einer Reihe von Jahren viel zu spät vorgelegt werden. Es sei daher notwendig, an den Herrn Finanzreferenten den Appell zu richten, in Zukunft die Rechnungsabschlüsse rechtzeitig vorzulegen.

Was das finanzielle Ergebnis des vorliegenden Rechnungsabschlusses anlangt, so muss gesagt werden, dass es in zwei Gruppen zerfällt, in die Gebarung mit den eigenen Geldern und in die Verwaltung der Fondsgelder. Bei der Gebarung mit eigenen Geldern wurde im Voranschlag für 1925 ein Defizit von 59 Millionen Schilling veranschlagt. Dieser Abgang hat sich aber in einen Ueberschuss von 56 Millionen verwandelt. Die Einnahmen also, die mit 328 Millionen veranschlagt worden waren, wurden um 40 Prozent vermehrt, während die Ausgaben bloss eine Vermehrung um vier Prozent erfuhren. Das Jahr 1925 hat daher um 115 Millionen Schilling besser abgeschnitten. Das ist eine unerträgliche Belastung der Wirtschaft. Eine derartige Mehrbelastung erträgt nicht einmal eine gesunde Wirtschaft, viel weniger eine kranke. Was die Gebarung mit den Fonds betrifft, muss festgestellt werden, dass sich das Fondsvermögen infolge des Bestehens des Mieterschutzes ungeheur verringert. Die Stiftungshäuser sind ertraglos. Die Gemeinde gibt daher den Fonds Vorschüsse. So hat sie dem Bürgerspitalsfonds 1,226.057 Schilling vorgeschossen. Das ist eine verschleierte Einnahme, weil der Vorschuss ja wieder zurückgezahlt werden muss. Eine zweite solche verschleierte Einnahme ist die Wasserkraftabgabe. Sie hatte im Jahre 1925 ein Erträgnis von 3,181.709 Schilling. Zusammen mit den Fondsvorschüssen macht das die Summe von 4,407.766 Schilling aus. Dieser Betrag zu dem Bargeldüberschuss dazugezählt ergibt die ungeheure Summe von 60,960.321 Schilling. Eine Reihe anderer verschleierter Einnahmen sind die Rücklagen bei den verschiedenen Betrieben. Solche Rücklagen finden wir bei der Wasserversorgung mit 1,800.000 Schilling, bei dem Kapitel Gemeindefriedhöfe mit 186.000 Schilling, beim Wirtschaftsamt mit 411.000 Schilling und schliesslich bei der städtischen Bäckerei mit 40.000 Schilling. Diese Rücklagen machen zusammen 2,437.000 Schilling aus. Dazu kommt noch die Rücklage bei den Fleischversorgungsanlagen mit 200.000 Schilling, sodass wir zu der Summe von 2,637.000 Schilling kommen. Diese Summe zu der Summe von 60,990.321 Schilling dazugerechnet ergibt also ein Mehrerträgnis von 63,627.321 Schilling gegen 56,000.000 Schilling, die im Rechnungsabschluss ausgewiesen sind.

Unser Misstrauen gegen das Budget 1925 war also berechtigt. Das Jahr 1923 hat einen Ueberschuss ergeben. Für das Jahr 1924 wurde ein Abgang veranschlagt und es ist aus diesem ein Ueberschuss geworden. Wir sehen, dass sich das immer wiederholt. Darin liegt das System, ein Defizit zu präliminieren, um bei Steuernachlässen immer darauf hinweisen zu können. Die Erklärung, wieso das ursprüngliche Defizit in einen Ueberschuss verwandelt wird, liegt in der besseren Erfassung der Steuern, in dem die Grundlagen immer mehr und mehr erweitert werden.

Auch im Jahre 1925 ist es dem Herrn Breitner gelungen, bei den tristen Verhältnissen aus der Wirtschaft 115 Millionen Schilling herauszuziehen. Das wird damit zu erklären versucht, dass der Bund als Retter aufgetreten sei. Stadtrat Breitner hat gesagt, dass der Bund der Gemeinde eine Mehrzahlung von 82 Millionen Schilling leistete.

Sie haben ausser der Wohnbausteuer noch sechzig Millionen Schilling aus allgemeinen Steuern für die Wohnhausbauten verwendet. Hätten Sie eine Anleihe aufgenommen, dann wäre es also möglich gewesen im Jahre 1925 die Steuern um rund sechzig Millionen Schilling zu vermindern, ein Wunsch den wir nur im Interesse der arbeitenden Stände und der Volkswirtschaft vorgebracht haben. Aus den Steuerträgern wurden im Jahre 1925 rund siebenhundert Millionen Schilling herausgeholt und an die Gemeindekassen abgeliefert. Das sind geradezu unfassbare Beträge, die jedes Wirtschaftsleben ruinieren müssen selbst wenn es noch so gut fundiert wäre. Die Wirtschaftskrise drückt sich im Anmelden von 2759 Ausgleichsverfahren und in 1689 Insolvenzen aus. Wenn wir uns gegen solche Steuererpressungen wenden, dürfen Sie uns nicht den Vorwurf der Demagogie machen, schon deswegen nicht, weil wir heute in der Lage sind eine ganze Reihe von Ausgaben im Anleihewege zu decken. Der Rechnungsabschluss zeigt, dass unsere Kritik, die wir am Voranschlag schon geübt haben, vollständig berechtigt ist. Der Geist der sich darin spiegelt muss schärfstens bekämpft werden. Solange Sie nicht ein dem Wirtschaftssystem angepasstes Steuersystem einführen so lange werden wir es auch bekämpfen und deshalb werden wir auch den Rechnungsabschluss unsere Zustimmung versagen.

G.R. Zimmerl (chr.soz.) bemerkt, jeder Rechnungsabschluss bestätige die Behauptungen der Minderheit in der Debatte über den Voranschlag, nämlich ein ausgewiesenes Defizit in der Gebarung, eine progressiv fortschreitende Bereicherung der Gemeinde und naturgemäss eine Verarmung der Wirtschaft. In der letzten Zeit haben zwei Kundgebungen stattgefunden: eine unpolitische der Handels- und Gewerbetreibenden, die nichts anderes als eine vernünftigere Form der Gemeindeabgaben ohne Einschränkung der Fürsorge- und Wohnbautätigkeit verlangt hat; eine politische der sozialdemokratischen Partei, in der Stadtrat Breitner die Teilnehmer unrichtig informierte. Die Christlichsozialen haben 200 Millionen Schilling Steuernachlass verlangt, in einpaar Stunden hätte man sich über eine Ermässigung oder Erleichterung der Abgaben einigen können was der Wirtschaft zugute gekommen wäre. Aber ganz wahrheitswidrig wurde in jener Versammlung behauptet, dass wir die Ermässigung für die Reichen für die Schieber haben wollen. Diese bewusste Unwahrheit muss mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Redner beschäftigt sich mit der Frage einer Kontrolle der Gemeindefinanzen, die der Referent grundsätzlich ablehnte, in dem er den Mitgliedern der Minderheit die Bucheinsicht verwehrt und sich nur bereit erklärt Auskünfte zu erteilen. Aber beim Fehlen einer Kontrollmöglichkeit kann man überhaupt keine Auskünfte beanspruchen. Es müsste eben gestattet sein, die Belege des Rechnungsabschlusses und der Unternehmungen einzusehen, dann wäre wahrscheinlich auch eine Ungahl von Auskünften notwendig. Auskunft ist ja nicht mit Kontrolle indentisch. Da Sie auf Ihrer Weigerung beharren, müssen Sie sich auch weiterhin den begründeten Vorwurf einer kontrollosen Wirtschaft gefallen lassen. Vergebens verlangen wir auch seit Jahren dass dem Rechnungsabschluss ein Inventar beigelegt werde. Das ist doch die primärste Voraussetzung für einen Rechnungsabschluss. Wir wünschen ferner Auskunft über die 150 Millionen Schilling Kassenüberschüsse der Jahre 1923/1924 und 1925, wozu der Referent erklärte, dass das nur im Wege einer Inventur geschehen könnte. Eine Aufklärung ist bis heute nicht erfolgt. Die Mehrheit huldigt dem Grundsatz: Je weniger man berichtet, desto angenehmer ist die Arbeit, desto schwieriger aber die Kontrolle. Der Bericht des Kontrollamtes ist sehr dürftig. Das Amt hat im Laufe des Jahres viele Anträge gestellt und Anregungen gegeben, anscheinend auch Beanständungen vogenommen, wie aus einer Bemerkung im Bericht hervorgeht. Darüber wird aber nichts berichtet. Verfassungsmässig bestünde doch die Verpflichtung dem Gemeinderat direkt einen Bericht vorzulegen.

Stadtrat Kunschak (chr.soz.) Das ist kein Bericht, sondern ein Preisrätsel!

G.R. Zimmerl: Sehr richtig! Das ganze Kontrollamt hat weder für die Bevölkerung noch für die Minderheit irgend einen Wert, es ist nichts anderes als eine Buchrevisionsstelle, den Charakter eines Kontrollamtes wirdes so lange nicht haben, so lange nicht befolgt wird, was die Verfassung vorschreibt.

Redner bespricht die Ziffern der einzelnen Verwaltungsgruppen und verweist darauf, dass beispielsweise die Steigerung der ganzen Fürsorgetätigkeit, von der Professor Tandler während des Jahres so viel Aufhebens mache, bloss zwei Prozent betrage. Man kann aber auch Minderleistungen konstatieren und zwar in der Gruppe Strassenpflege, wo Investitionen dringend notwendig wären, Arbeitslose beschäftigt werden könnten; Statt der veranschlagten 41 Millionen Schilling sind für Zwecke der Strassenpflege nur 34 Millionen Schilling ausgegeben worden. Ihr Hauptaugenmerk ist in Wirklichkeit nicht erhöhte Fürsorgetätigkeit, noch erhöhte Investitionen, sondern Sie wollen eine fortgesetzte Bereicherung der Gemeinde und wenn Sie auf diesem Wege fortfahren, dann wird das Jahr 1927 ein Kathastrophenjahr für die Wirtschaft werden. Unter solchen Umständen müssen wir den Kampf gegen das Breitnersche System mit allen Mitteln weiterführen, und wenn gestern in der Volkshalle nach der Rede Breitners der Ruf nach baldigen Neuwahlen begeistert erklang, so stimmen wir in diesen Ruf gerne ein. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

St. R. Breitner: In seinem Schlusswort erklärt Stadtrat Breitner gegenüber den Bemängelungen Angermayers, dass zu wenig Investitionen vorgenommen worden seien, die Gemeindeverwaltung habe ihr Investitionsprogramm restlos durchgeführt. Die Kundgebung der Handels- und Gewerbetreibenden welche hier als unpolitische bezeichnet wurde ging unter den Auspitien der christlichsozialen Partei vor sich, den ein christlichsoziales Mitglieddes Gemeinderates führte den Vorsitz und Stadtrat Rummelhardt hat die Versammlung namens des Klubs der christlichsozialen Gemeinderäte begrüsst.

G.R. Kunschak (chr.soz.): Sie hätten ja auch hingehen und die Teilnehmer begrüssen können!

Dritter Bogen.

St.R. Breitner: Ich bin nicht lebensüberdrüssig.(Lebhafte Heiterkeit).Ich weiss nicht ob man mich so sanft behandelt hätte,ich erfreue mich in diesen Kreisen keiner besonderen Sympathien,es waren eine menge Steuerträger versammelt,deren Liebe zu erwerben ich mich niemals bestrebt habe.In dieser Versammlung hat Herr Gemeinderat Zimmerl die vollständige Abschaffung der Nährungs- und Genussmittelabgabe verlangt(Zahlreiche Zwischenrufe bei den Christlichsozialen).Wenn Sie heute diese Gewerbetreibenden von sich abschütteln wollen,kann man das auch zur Kenntnis nehmen und diese Gewerbetreibenden werden erkennen,dass zwischen Ihren Versprechungen und dem Versuch der Erfüllung ein scharfer Gegensatz besteht.Das werden die Grossen erkennen,wie es die Kleinen schon längst erkannt haben(Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).Sicher ist,dass Ihrerseits der Antrag gestellt wurde auf restlose Abschaffung der Fremdenzimmerabgabe einschliesslich der Stundenhotels.(Zwischenrufe des Gemeinderates Kunschak).Sie wissen genau, dass die viereinhalb Millionen Schilling deren Streichung Sie beantragt haben,auch die Stundenhotels insich schliessen.In der Budgetdebatte hat Gemeinderat Zimmerl den Antrag gestellt,ein Gesetz einzubringen, durch welches die Fremdenzimmerabgabe aufgehoben wird, aber auch den Antrag aus dem Voranschlag in der Budgetpost Fremdenzimmerabgabe viereinhalb Millionen Schilling zu streichen.Das ist gedruckt im Amtsblatt nachzulesen und so leicht können Sie sich das nicht machen, dass Sie erst Anträge stellen und dann erklären,dass Sie diese Anträge nicht ernst gemeint haben.

G.R. Kunschak (chr.soz.):Sie brauchten nur eine Prostitutionsabgabe einzuheben!

St.R. Breitner: Es bleibt Ihnen überlassen einen solchen Antrag zu stellen.Gegenüber dem Gemeinderat Zimmerl wegen der Bücheinsicht ist auf die Feststellung des Verwaltungsgerichtshofes zu verweisen der sagte,dass Recht auf Kontrolle könne nicht so weit gehen,dass eine Minderheit Einsicht in die Bücher nimmt,dazu ist eben das Kontrollamt da.Es ist ganz unrichtig, dass unser Kontrollamt eine blosse Buchrevisionsstelle ist.Das Amt hat nicht bloss die trockenen Buchungen zu prüfen,sondern die Wirtschaftlichkeit der Arbeiten und ihre richtige Ausführung.Deshalb wurden viele Fachleute zur Mitwirkung herangezogen,deren Kontrolltätigkeit in vielen Fällen die Gemeinde vor Schaden bewahrt.Wenn Gemeinderat Zimmerl das Fehlen eines Inventars bemängelt,so ist darauf zu verweisen,dass auch der Bund kein Inventar aufgestellt hat weder Niederösterreich oder ein anderes Bundesland dies getan,weil das eine ungeheuer schwierige Zeitraubende Arbeit ist.Eine solche Arbeit konnte bisher keine Verwaltung in Oesterreich vornehmen.Das Kontrollamt hat das Recht aber nicht die Pflicht an den Gemeinderat zu berichten.Wir haben alle Vorsorge für eine unbeeinflusste Kontrolle getroffen und ich bitte den Gemeinderat in die Gruppenberatung einzugehen. Es wird sohin in die Spezialdebatte eingegangen.

Vierter Bogen.

Zum Kapitel Personaletat bespricht Gemeinderat Doppler die einzelnen Mindererfordernisse in verschiedenen Gruppen der Personalausgaben. Das Pensionsetat steigt an, während das Etat für die aktiven Angestellten sinkt. Während die Voranschläge des Bundes über die Verhältnisse des Personals und seine Gruppierung einen Ueberblick gewähren, gewährt auch dieser Rechnungsabschluss keinen Ueberblick. Zu dieser Ordnung ist die Gemeinde Wien noch nicht gekommen. Ein dichter Schleier liegt über das Gebiet der Personalbewegung und Besoldung. Deshalb muss an die Gemeindeverwaltung das dringende Ansuchen gestellt werden, die einzelnen Posten zu systemisieren, damit endlich einmal ein Ueberblick möglich werde.

Eine heftige Kritik übt Gemeinderat Doppler an der sogenannten "Schreiberwiese". Das ist eine Einrichtung, wohin die misslichen Beamten abgeschoben werden. Dort kommen alle zusammen, die Schreiberwiese ist ein Massenquartier.

Gemeinderat Preyer (chr.soz.): Ein Massenarrest!

Gemeinderat Doppler: Man erfährt über die Schreiberwiese nur Ausreden. Die Dinge sind nicht besser geworden.

Das Kapitel Gehaltsvorschüsse ist ebenfalls zu traurig, als dass man darüber hinweggehen könnte. Für das ungeheuere Heer der städtischen Angestellten ist eine lächerliche Summe ausgewiesen. Auf dem Gebiete der Gehaltsvorschüsse kennen sie keine Fürsorge, versagen Sie ihren Angestellten die Hilfe, überlassen Sie den notleidenden Angestellten seinem Schicksal. Wir haben schon wiederholt erklärt, dass es verwerflich sei, die Angestellten an das Kreditinstitut zu weisen, wo sie bewuchert werden.

Es werden auch immer die Klagen lauter, dass Sie mit einer Reihe von städtischen Arbeitern sehr undemokratisch umspringen. Es gibt Leute, die ununterbrochen im Dienst stehen und von Ihnen von Zeit zu Zeit gekündigt werden. Das trifft ganz besonders bei den Arbeitern des Vermessungsdienstes zu. Durch Ihre Kündigungsmethode bringen Sie die Arbeiter um ihren Urlaub und um die Möglichkeit, einmal definitiv angestellt zu werden. Solche Dinge dürfen nicht gebilligt werden.

Gemeinderat Doppler ersucht schliesslich, in Zukunft eine andere Darstellung der Personalverhältnisse zu geben.

Stadtrat Rummelhardt bringt die Forderungen der Beamten der Landesversicherungsanstalt zur Sprache, die durch die Trennung des Landes Wien vom Land Niederösterreich von öffentlichen Beamten zu Privatangestellten gemacht wurden. Seit Jahren fordern Sie die Uebernahme entweder in den Dienst der Gemeinde oder in den Dienst des Landes Niederösterreich. Sie wollen wieder öffentliche Beamte werden. Ich richte daher an die Stadträte Speiser und Breitner sowie auch an die niederösterreichische Landesregierung das Ersuchen, den Beamten die Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Stadtrat Rummelhardt bespricht sodann die Wünsche der Kriegsinvaliden in städtischen Diensten. Während der Bund seinen kriegsinvaliden Angestellten Zulagen, Vorteile in der Vorrückung und Zurechnung von Dienstjahren gewährt, verweigern Sie Ihren kriegsbeschädigten Angestellten das Alles. Wir werden solange nicht ruhen, bis Sie Ihre Pflicht gegenüber den kriegsbeschädigten Angestellten erfüllt haben. Bei der Besprechung der Schulleiterernennungen macht Stadtrat Rummelhardt die Mitteilung, dass die revolutionären Juden unter den Schulleitern den katholischen Religionsunterricht nicht nur inspizieren, sondern sogar in den Religionsunterricht eingreifen. Derartige Dinge sind doch unmöglich und müssen abgeschafft werden. Das Pädagogium ist eine reine Versorgungsanstalt für sozialdemokratische Lehrer und Professoren, neuestens halten dort auch sozialdemokratische Gemeinderätinnen und Abgeordnete Vorträge, sie bezwecken damit nicht, die Lehrerbildung zu heben, sondern die jungen Leute unter Missbrauch der Gewalt, die Sie dort haben, in das sozialdemokratische Fahrwasser zu treiben. Die jungen Leute müssen heute schon im Zentralverein organisiert sein. Das ist doch unwürdig, wenn man diese Lehrer in eine parteipolitische Organisation hineindrängt. Sie wollen ganz den moralischen Sieg über die jungen Leute erringen, damit nur parteiamtlich geeichte und punzierte Sozialdemokraten als Jugendbildner Verwendung finden. Dagegen müssen wir uns entschieden verwahren. Das ist niederträchtig und verabscheuungswürdig. Redner erklärt dann, das Verhalten des Stadtrates Richter, der der Opposition Gewissenlosigkeit vorgeworfen habe, neuerdings schärfstens zurückweisen zu müssen, ebenso sei es ungehörig, wenn Stadtrat Siegel bei der Behandlung seines Ressorts nicht am Referententische erschienen ist. Auch dem Stadtrat Breitner müsse vorgehalten werden, dass er den Referentenplatz missbrauche und parteipolitische Organisation treibt. Schliesslich tadelt Redner das Verhalten des Bürgermeisters Seitz, während der letzten Budgetdebatte und verwahrt sich dagegen, dass der Bürgermeister nervös werde, die Minderheit ungerecht behandle und ihr ungerecht Ordnungsrufe erteile.

Stadtrat Speiser (Soz.Dem.) erwidert auf die vorgebrachten Beschwerden und Anklagen, bezeichnet sie als unrichtig, betont insbesondere, dass die Gemeinde Wien niemals mit der Winexsache zu tun hatte und keinen Groschen für sie bereit stellte.

Redner erwäge den Plan eines Zentralkatasters aller städtischen Angestellten. Die Bemerkungen Rummelhardts über das Pädagogische Institut seien unzutreffend. Man brauche nur wieder an das Wort Luegers zu erinnern: Kein Sozialdemokrat oder Schönerianer wird angestellt und könne nur hinzufügen, dass jetzt niemand nach seiner politischen Gesinnung befragt werde. (Widerspruch bei den Christlichsozialen). Die Gemeindeverwaltung ist allerdings durch Vertragsabschlüsse mit den Organisationen bei der Auswahl ihres Personals an bestimmte Normen gebunden. Es ist nicht zu leugnen, dass vielleicht auch die sozialdemokratische Bevölkerung Wiens, nach dem sie 20 Jahre hindurch von jeder Anstellung in den städtischen Dienst ausgeschlossen war, jetzt eher damit rechnet. Die Aufforderung zum Beitritt in bestimmte Organisationen war schon früher durchaus üblich und Redner selbst sei bei seinem Abgang vom St.Pöltner Pädagogium mit dem Zeugnis die Mitgliedskarte einer katholischen Organisation eingehändigt worden, die er allerdings zurückgewiesen habe. (Stadtrat Rummelhardt: Dann war es auch ein Unfug!)

Auf die Vorwürfe des Stadtrates Rummelhardt, dass Bürgermeister Seitz die Minderheit ungerecht behandelt habe, und während der Budgetberatung nervös gewesen sei, erwidert Stadtrat Speiser, dass Bürgermeister Seitz in echt wienerischer Gemütlichkeit die Verhandlungen geleitet habe. (Starker Beifall bei den Sozialdemokraten!)

Gemeinderat Schorsch unterbricht nach neun Uhr die Sitzung und teilt mit, dass die nächste Sitzung Freitag um 4 Uhr nachmittags stattfindet.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Mittwoch, den 2. Februar 1927.

-.-

Geschichtliche Entwicklung des Bucheinbandes. Im Festsaal des Fortbildungsschulgebäudes in Mariahilf, Mollardgasse 87, hält am Montag, den 14. Februar 5 Uhr nachmittags Fachlehrer Franz Zichlarz einen Vortrag mit Lichtbildern über die geschichtliche Entwicklung des Bundheinbandes. Freier Eintritt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Erholungsheimaufenthalt für die erwerbstätige Jugend. Der Fortbildungsschulrat für Wien hat die Leitungen angewiesen, auch im heurigen Jahr wieder sämtliche Schüler und Schülerinnen auf die Erholungsaktion für kranke und bedürftige Lehrlinge und Lehrmädchen aufmerksam zu machen. Die Aktion, die von einem Kuratorium im Volksgesundheitsamt geführt wird, hat Erholungsheime für Lehrlinge in Bruck a/Leitha, Fischau a/Schneebergbahn, Grödig bei Salzburg und Schloss Gobelsburg, für Lehrmädchen in Wieselburg a/Erlauf und Schlo ss Neulengbach. Die Aktion wird seit Jahren infolge ihrer Wichtigkeit für die Erhaltung der Gesundheit der erwerbstätigen Jugend von den meisten öffentlichen Körperschaften gefördert. Finanzielle Hauptstütze sind die Krankenkassen. Die Gemeinde Wien und der Fortbildungsschulrat für Wien haben diesem Wohlfahrtswerk für das Jahr 1927 einen Beitrag von je fünfzigtaus end Schilling bewilligt. Gegenwärtig sind zwei Heimstätten geöffnet. Lehrlinge werden in Bruck a/Leitha und Lehrmädchen in Fischau a/Schneebergbahn verpflegt. Im März werden auch die übrigen Heime wieder eröffnet.

-.-.-.-.-.-

Die Zahl der Ziviltrauungen in Wien. Im Jahre 1926 erfolgten in Wien insgesamt 2289 Ziviltrauungen. Gegenüber dem Jahre 1925 ergibt sich eine kleine Zunahme; 1925 waren nämlich 2195 Ziviltrauungen. Seit dem Jahre 1920 ist die Zahl der Ziviltrauungen ziemlich unverändert geblieben. Im Jahre 1920 wurden in Wien 1866 Ziviltrauungen gezählt. Im Jahre 1921 ist die Zahl der Ziviltrauungen auf 1723 zurückgegangen, während im Jahre 1922 eine Steigerung auf 2250 festzustellen ist. Im Jahre 1923 erfolgten 2234 und im Jahre 1924 insgesamt 2372 Ziviltrauungen. Von den im Jahre 1926 stattgefundenen 2289 Ziviltrauungen waren nur 604 im sogenannten Steinernen Saal im Rathaus, während alle übrigen im einfachen Rahmen der zuständigen Magistratsabteilung durchgeführt wurden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen die Grinzinger-Allee, die Cobenzlstrasse und die Himmelstrasse elektrisch zu beleuchten.

-.-.-.-.-

Das Planetarium in der Wiener Ausstellung. Die grosse Bedeutung, die im Deutschen Reich dem von den Zeisswerken in Jena erbauten Planetarium zukommt, hat die Messeleitung veranlasst anlässlich der heuer stattfindenden Ausstellung "Wien und die Wiener" ein Planetarium den Besuchern dieser Ausstellung dienstbar zu machen. Am Mittwoch hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten nach einem Bericht des Gemeinderates Schütz beschlossen dem Ansuchen der Wiener Messe A.G. um Errichtung des provisorischen Kuppelbaues zur Unterbringung des Planetariums zu entsprechen. Dieser Bau, der einen Durchmesser von rund 22 Meter und eine Höhe von fünfzehn Meter haben wird, soll in der Rasenfläche zwischen dem Messepalast und der Museumstrasse, ungefähr in der Mitte zwischen dem Haupteingang zum Messegebäude und der Mariahilferstrasse errichtet werden. Nun wurden diese Grundstücke, die Eigentum des Stadterweiterungsfonds sind im Jahre 1924 in das Parkschutzgebiet einbezogen und mit dem Bauverbot belegt. Da es sich aber nur um die Errichtung eines provisorischen hölzernen Objektes handelt, das spätestens nach Ablauf eines Jahres wieder abgetragen werden soll, hat der Gemeinderatsausschuss der Errichtung des Planetariums auf diesen Flächen zugestimmt. An die Errichtung wurde die Bedingung geknüpft, dass die bestehende Gartenanlage geschont und insbesondere der Baumbestand erhalten werden muss. Das Planetarium wird sowohl als Mittel zur volkstümlichen Belehrung der Bevölkerung über das Wesen des Weltalls als auch als eine besondere Anziehungskraft für die auswärtigen Besucher der Ausstellung allgemein begrüsst werden.

-.-.-.-.-

Der Schillingstempel für die ermässigten Arbeiter- und Angestellten-Bahnkarten. Die Bundesbahnverwaltung verlangt, dass auf den Anweisungsformularen für die ermässigten Fahrkarten für Arbeiter und Angestellte der Wohnsitz des Bewerbers von der Gemeinde zu bestätigen ist. Das Bundesgesetz vom 21. Juli 1925 hat nun Verwaltungsabgaben eingeführt, die von den Parteien zu bezahlen sind. Auf Grund dieses Bundesgesetzes wurden vom Bund und den Ländern Tarife für Verwaltungsabgaben bestimmt. Nach diesen Tarifen ist für jede behördliche Bestätigung eine Verwaltungsabgabe von einem Schilling zu entrichten. Diese Vorschrift gilt selbstverständlich auch für Wien. Diese Einnahmen, so weit sie vom Wiener Magistrat eingehoben werden, fliessen der Gemeindeverwaltung zu, was in den bundesgesetzlichen Vorschriften des erwähnten Gesetzes bestimmt ist. Die Gemeindeverwaltung ist also auf Grund gesetzlicher Bestimmung verpflichtet diese Gebühr einzuheben.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Freitag, den 4. Februar 1927.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

[illegible] vom 4. Februar 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss für 1925.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 4 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss 1925 fort. Zum Kapitel Finanzwesen nimmt Stadtrat Kunschak das Wort

Stadtrat Kunschak stellt zunächst fest, dass die Behauptung des Stadtrates Breitner, dass die Christlichsozialen von den Forderungen der Gewerbetreibenden abrücken, falsch ist. Wir rücken von den Forderungen der Gewerbetreibenden nicht ab und für uns besteht nach wie vor die Verpflichtung, ihre Forderungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Stadtrat Breitner hat sich überhaupt in der Verteidigung seiner Politik verzweifelter Mittel bedient. Er behauptet nach wie vor, dass wir es mit der Forderung nach Steuerermässigungen der Gemeinde unmöglich machen wollen, weiter zu bauen, und wir den Zweck verfolgen, den Mieterschutz zu sprengen. Ich stelle fest, dass wir, so weit es sich um die theoretische Frage der Behebung der Wohnungsnot handelt, der Meinung sind, dass der Eigenbau dafür ein ungeeignetes Mittel sei. Es ist eine notorische Tatsache, dass in Deutschland die Reichsregierung und grosse Städte vom System des Eigenbaues abgekommen sind. In Bayern z. B. und in Sachsen unterstützen die Gemeinde durch Baukredite die private Bautätigkeit. Dabei ist man auch zur Erkenntnis gekommen, dass billiger gebaut wird. Wir haben nur aufgezeigt, dass die Gemeinde bei einer Aufnahme einer Anleihe mit sieben prozentiger Verzinsung und Amortisation mit einem Baukapital von fünfhundert Millionen Schilling rechnen könnte. Damit könnte sie ihre Bautätigkeit fünf Jahre fortsetzen und der Wirtschaft eine Steuerlast von 650 Milliarden ersparen. Für die Bedeckung der Anleihe ist durch die Wohnbausteuer vorgesorgt und brauchten dazu weder die Steuerträger noch die Mieter herangezogen werden. Sie haben dies grundsätzlich abgelehnt und gesagt, Wohnungen müssen aus laufenden Mitteln bezahlt werden. Sie haben aber doch schon praktisch versucht, eine Anleihe für Wohnbauten aufzunehmen. Mit dieser Anleihe aber haben Sie ihrer Verzinsung halber einen schweren Misserfolg erlitten, aber dieser beweist noch garnichts. Dr. Danneberg hat am 19. Jänner 1923 zur Begründung der Wohnbausteuer gesagt: Wenn die Krone stabilisiert werden sollte, wird die Gemeinde in der Lage sein, eine Wohnbausteuer aufzunehmen und mit der Wohnbausteuer Verzisnugn und Amortisation zu decken. Wenn aber die Stabilisierung nicht erfolgen sollte, könne die Gemeinde ihre Wohnbauten nur mit dem Ertrag der Wohnbausteuer durchführen. Ihr Argument ist also nicht haltbar. Es denkt niemand daran, den Wohnungsbau einzustellen, sondern nur daran, ihn mit einer Anleihe zu bestreiten. Ich muss auch hier gegen die bewusste Lüge, die auf den Gemeindehäusern steht, Stellung nehmen. Da heisst es immer: Aus den Erträgnissen der Wohnbausteuer. (Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist ein Schwindel!) Warum sie das weiter tun, obwohl wir schon wiederholt dazu Stellung genommen haben, ist einleuchtend. Sie wollen damit der Bevölkerung die Wichtigkeit der Wohnbausteuer vor Augen führen und ihr einprägen, dass die Bauten nicht aus laufenden Mitteln bestritten werden. Sie bedienen sich auch einer unehrlichen Methode im Kampfe gegen die Bundessteuern. Ich habe gefunden, dass das Steuererträgnis des Bundes gegenüber 1923 eine Steigerung von 40.16 Prozent aufweist, während der Steuerertrag der Gemeindesteuern eine Steigerung von 106.5 Prozent erfährt. Sie haben auch auf die Warenumsatzsteuer verwiesen. Es ist allerdings richtig, dass der Bund sie einhebt und sie bei einem Kilo Mehl sieben Groschen beträgt. Aber ebenso richtig ist es, dass vierzig Prozent davon dem Breitner gehören. Der Ertrag der Warenumsatzsteuer für 1927 beträgt 212 Millionen Schilling. Davon verbleiben dem Bund nur 143.2 Millionen, auf die Länder und Gemeinden entfallen 68.8 Millionen und von diesen nahezu die Hälfte auf die Gemeinde Wien. Man kann nicht sagen, dass die Zölle eine fiskalische Massnahme sind, sie sind vorwiegend wirtschaftliche Massnahmen und der Niederschlag volkswirtschaftlicher Erwägungen. Infolgedessen müssen wir ihr gegen den Versuch des Referenten die Zölle in seinem Sinne auszuschroten, entschieden Verwahrung einlegen.

Redner verweist dann auf die von der Minderheit gestellten Anträge wegen Herabsetzung der Gemeindesteuern, zu welchen Anträgen der Finanzreferent bemerkte, dass die Minderheit sich über deren Schicksal keiner Täuschung hingeben möge. Der Finanzreferent habe jedoch bezüglich dieser Anträge bestimmte Zusagen gemacht und die Nichteinlösung würde sich als ein Wortbruch darstellen. Eine Reihe dieser Anträge wurde der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen. Das betrachten wir nicht als einen rein formalen Akt. Wenn Breitner vorweg erklärt, an seinem System nichts ändern zu wollen, ist das ein Ausfluss von stark entwickelter Unbescheidenheit, denn über das Schicksal solcher Anträge hat nicht der Finanzreferent, sondern der Gemeinderat zu entscheiden. Der Finanzreferent hat solche Anträge dem Finanzausschuss vorzulegen, er kann ihre Ablehnung beantragen, muss aber die Entscheidung dem Gemeinderat überlassen.

Gemeinderat Zimmerl (chr.soz.) bestreitet die Anschauung des Finanzreferenten, dass das Kontrollamt dem Gemeinderat Bericht erstatten könne, aber nicht müsse. Diese Anschauung stehe mit der Verfassung im Widerspruche, die ausdrücklich bestimmt, dass das Kontrollamt den Bürgermeister und dem Gemeinderat unmittelbar Bericht zu erstatten hat. Wenn eine Beanständung, von der der Gemeinderat verständigt worden ist, nicht befolgt wurde, hat das Kontrollamt das Recht an den zuständigen Ausschuss einen entsprechenden Antrag zu stellen. Das ist die richtige Auslegung, die Auffassung des Finanzreferenten jedoch irrig und unrichtig. Nach unserer Auffassung ist der Rechnungsabschluss gehörig zu belegen. Allerdings hat der Verwaltungsgerichtshof über das Recht der Buchein sicht eine nach unserer Meinung unsinnige Entscheidung gefällt, sie kann aber nicht ein für allemal gelten, sondern bezieht sich auf den einzelnen Fall und das letzte Wort in dieser Sache werden schliesslich die Wähler zu sagen haben. Wir haben auch den Antrag auf Aufhebung der Fremdenzimmerabgabe gestellt, sind aber nicht für die vollständige Steuerbefreiung eingetreten, sondern haben bezüglich jener Objekte, wo keine Fremden absteigen, eine eigene Vorlage verlangt. Es ist also eine Verdrehung des Finanzreferenten, wenn er behauptet, dass wir für die vollständige Steuerfreiheit eingetreten sind. Der Gewerbegenossenschaftsverband wurde vom Finanzreferenten eine christlichsoziale Organisation genannt, weil ein christlichsozialer Mandatar den Vorsitz in der Versammlung führte und Stadtrat Rummelhardt die Versammlung begrüsste. Das ist eine falsche Argumentation. Auch in der Wiener Messe, in der Ravag, in der Bankenkommission und in anderen Organisationen stehen Politiker verschiedener Parteirichtung an der Spitze, es wird aber niemanden einfallen, die Messe als eine sozialdemokratische oder die Ravag als eine christlichsoziale Einrichtung zu bezeichnen.

Redner bespricht dann die Steuererträgnisse wie sie im Rechnungsabschluss ausgewiesen sind und konstatiert neuerdings, dass diese Erträgnisse die ursprünglich präliminierten Ziffern weit übersteigen. Die vom Finanzreferenten vorgebrachte Begründung für diese Mehrerträgnisse sei unrichtig. Ebenso unrichtig, dass die von der christlichsozialen Verwaltung ü bernommenen Verpflichtungen ungeheure Schulden seien. Denn die In- und Auslandsschulden erfordern insgesamt 673.000 Schilling Verzinsung, das sind beiläufig eineinhalb Prozent der Abgaben. Wir werden uns bemühen, dass die Mehrheit der Wirtschaftslage Rechnung trägt und den Steuerdruck erl eichtert. Sie könnte das ohne Verzicht auf die Wohnbausteuer und ohne Einschränkung der Fürsorgetätigkeit unschwer tun, wenn sie den guten Willen besässe. Aber sie hat den bösen Willen, den Mittelstand und das Gewerbe zugrunde zu richten. Hoffentlich kommt der Tag, an dem auch weite Kreise einsehen werden, dass die gegenwärtige Gemeindeverwaltung von diesem bösen Willen durchdrungen ist.

Stadtrat Breitner erklärt im Schlusswort: Der Hinweis des Gemeinderates Kunschak, dass die Versammlung der Gewerbetreibenden als eine Art einmütiger Kundgebung anzusehen sei und dass es sich hier um eine Zwangsgenossenschaft handle, der auch Sozialdemokraten angehören, ist wohl richtig. Aber gerade eine Zwangsvertretung sollte sich hüten, einer Veranstaltung politisches Gepräge zu geben. Tatsache ist, dass die Einberufung dieser Versammlung nicht vom gesamten Vorstand beschlossen wurde, sondern auf Verfügung des Präsidenten erfolgte. Die sozialdemokratischen Mitglieder konnten also dem Beschlusse nicht zustimmen und sie werden bei der ersten sich bietenden Gelegenheit dagegen protestieren, dass diese Zwangsgenossenschaft zum Instrument der Politik gemacht werde. Wenn Gemeinderat Kunschak also davon sprach, dass im Genossenschaftsverband auch Sozialdemokraten sitzen und dass kein Protest erfolgte, könnte man annehmen, dass diese Resolution auch der Willensausdruck der sozialdemokratischen Mitglieder ist. Demgegenüber muss festgestellt werden, dass das nicht zutrifft. Die Kundgebung ging daher nur von jenen Genossenschaften aus, die sich zur christlichsozialen Partei bekennen. Zu den Ausführungen des Gemeinderates Zimmerl kann immer wieder nur gesagt werden, dass seine Anträge nicht auf einen neuen Entwurf der Fremdenzimmerabgabe abzielten, sondern auf eine Streichung der gesamten Budgetpost. Wäre die Mehrheit darauf eingegangen, dann würde es heute eine Steuer für Stundenhotels nicht geben. Bezüglich der Wohnbautätigkeit hält die Gemeindeverwaltung an ihren Grundsätzen fest. Es besteht auch eine Heimbauhilfe der Gemeinde, aber der Kreis der Interessenten dafür sind fast nur die geringe Anzahl von ungefähr fünfzig Personen und es ist klar, dass wir auf diesem Wege zu einer Linderung der Wohnungsnot kommen können. Der Hinweis, nicht aus Steuern, sondern aus Anleihegeldern die Kosten der Bauführung zu decken, ist nicht neu. In dem Momente, wo wir uns darauf einlassen, wären wir in vier bis fünf Jahren mit unserem Latein zu Ende. Hätten wir im Jahre 1923 diesen Weg beschritten und aus Anleihen gebaut, dann würden wir uns jetzt mit einer Vorlage zu befassen haben, die auf eine Verdoppelung der Wohnbausteuer abzielt. Es ist richtig, dass die Gemeinde an der Warenumsatzsteuer beteiligt ist. Aber ebenso richtig ist die Tatsache, dass die Gemeinde auf die Gestaltung der Warenumsatzsteuer keinen Einfluss hat und daher der Bund für den Aufbau der Steuer allein verantwortlich ist. Herr Gemeinderat Zimmerl hat beanständet, dass wir die Wasserkraftabgabe der WAG nicht geliehen, sondern nur eine Buchung gemacht haben. Demgegenüber stelle ich fest, dass sich die Wasserkraftabgabe tatsächlich bei der WAG befindet.

Nun folgen die Verhandlungen über das Kapitel der Verwaltungsgruppe III, Wohlfahrtseinrichtungen, Jugendfürsorge und Gesundheitswesen. Als erster Redner der Christlichsozialen nimmt zu dem Kapitel Gemeinderat Stöger das Wort.

Seine Ausführungen beschäftigen sich vorwiegend mit dem Lainzer Versorgungsheim. Er tadelt die vielen Transferierungen von Pfleglingen und richtet an den Stadtrat Professor Dr. Tandler den Appell, in Zukunft ungerechtfertigte Versetzungen zu vermeiden. Eine ganz besondere Kritik des Redners erfährt die Entlohnung, die die Pfleglinge für Arbeiten in der Anstalt erhalten. Im Frieden erhielt ein Pflegling für geleistete Arbeiten, die die Pfleglinge gewöhnlich aus Zerstreuung leisteten, pro Tag 30 Heller. Heute bekommen sie für eine sechsunddreissigstündige Arbeitszeit 84 Groschen. Gemeinderat Stöger beschäftigt sich dann weiters mit der offenen Fürsorge, mit der Verwendung der Blindensammelgelder durch den Blindenverband und mit der Holz- und Kohlenbeteilung, die er als nicht ausreichend bezeichnet.

Der nächste Redner Gemeinderat Erba n (chr.soz.) beschäftigt sich mit dem Bü rgerspitalsfonds und dem Bürgerversorgungshaus. Der Bürgerspitalsfonds ist dadurch, dass sein grosser Hausbesitz durch den Mieterschutz vollkommen ertragslos wurde, schon sehr verschuldet. Bis Ende 1923 leistete ihm die Gemeinde 723.000 Schilling Zuschüsse, bis Ende 1924 waren es schon 1,769.000 Schilling und Ende 1925 2,980.000 Schilling. Nichtsdestoweniger berechnet ihm die reiche Gemeinde die Zinsen und drei Prozent über die Bankrate. Er tadelt weiters die Unterbringung von Bürgerpfleglingen in anderen Versorgungshäusern als im Bürgerversorgungshaus und ersucht den Stadtrat Professor Tandler, die Bürgerpfleglinge im Bürgerversorgungshaus zu belassen.

Stadträtin Dr. Motzko (chr.soz.) erklärt, dass der Rechnungsabschluss das Bild einer nichtentsprechenden, ungenügenden Fürsorgepolitik ergebe.

In der offenen Fürsorge werden unausgesetzt Versuche gemacht, im einzelnen Fällen so viel als möglich zu spa ren. Der durchschnittliche Erhaltungsbeitrag beträgt 16 Schilling. Im Jahre 1913 wurden verhältnismässig wesentlich höhere Pfründen gezahlt, und zwar im Durchschnitt 16 Goldkronen. Man möge doch endlich einsehen, dass diese Ersparungspolitik schädlich wirkt, insbesondere in einer Zeit so trostloser wirtschaftlicher Verhältnisse Aus dem Rechnungsabschluss geht leider hervor, dass eine Verstärkung der Fürsorgetätigkeit nicht eingetreten ist. Nur ganz wenige Posten halten dem Voranschlag in der Gebarung die Wage. Auch die Investitionen bedeuten keine gewaltigen Neuerungen, in den meisten Fällen sind nur Nachschaffungen an Handtüchern und Pelerinen geschehen. Ueberdies sind die Angaben äusserst dürftig. Sie geben keinen klaren Einblick in das Fürsorgewesen. Für die Pflegebeiträge sollten die Mindestgrenzen und nicht die Höchstgrenzen festgesetzt werden. Wir finden auch keine ernstlichen Versuche, die Familienfürsorge zu individualisieren. Warum schaltet man die vielen hunderte Charitasanstalten aus. Alle anderen Organisationen lässt man mitarbeiten, nur die katholische Charitas nicht. Wir rufen das Zeugnis der ganzen Welt gegen Sie auf, dass diese Ungerechtigkeit nur in Wien zu finden ist, dass der Parteihass so weit geht, um einen offenkundigen Wahnsinn inder Fürsorge zum Brauch zu machen. Die der Charitas zur Verfügung gestellten Gemeindeobjekte befinden sich im schlechten Bauzustand und eignen sich sehr wenig für eine Fürsorge, sie halten keinen Vergleich aus mit dem prächtigen Czartoriskypalast und mit Schönbrunn, die von sozialdemokratischen Organisationen benützt werden. Ein besonderes Kapitel bildet die Seelsorge in den städtischen Anstalten. Jedes Moment sittlich-religiöser Lebensführung ist aus

geschaltet. In Lainz ist die Seelsorge ganz ungenügend, man hat sie eingeschränkt und lässt sie von zwei alten Priestern versehen, die ihren schweren Dienst nicht mehr nachkommen können. Neuestens hat sich Stadtrat Speiser aus der Salzburger Diözöse einen Priester geholt, dessen Wirken in Lainz nur Aergernis erregte. Dieser Priester hat gar nicht mehr das Recht die Seelsorge auszuüben, denn das Wiener Ordinariat hat ihm das Recht entzogen. Das kümmert Sie aber nicht, sie haben just diesen abgefallenen Priester bestellt, um den ganzen Stand herabzusetzen.

Gemeinderat Beisser (Soz.Dem.) Er hat doch die Priesterweihe. und die verleiht jedem, der sie bekommt, die Gnade Gottes.

Dieser Zwischenruf löst bei der Minderheit heftige Zwischenrufe aus. Gemeinderat Merbaul: Was verstehen denn Sie von solchen Dingen? Gemeinderat Preyer: Mischen Sie sich doch nicht hinein!

Gemeinderätin Dr.Motzko: Sie haben ein verruchtes Spiel mit den alten Leuten getrieben und Ihre Taktik ist perfide.

Vorsitzender Gemeinderat Weigl: Ich bitte sich in Ihren Ausdrücken zu mässigen. (Heftiger Widerspruch bei den Christlichsozialen) Rufe: Das ist unerhört, ein parteiisches Vorgehen.)

Gemeinderat Kunschak: Der Beisser leistet sich die gemeinste Blasphemie und das bleibt ungerügt.

Gemeinderat Doppler: Es ist ein perfides Spiel. Gemeinderat Preyer: Ein Skandal so etwas!

Gemeinderat Beisser (Soz.Dem.): In der Praxis sehen die Dinge eben anders aus. (Neuerliche heftige Zwischenrufe bei der Minderheit).

Gemeinderat Preyer: Eine Frechheit, eine solche Pauschalverdächtigung vorzubringen.

Gemeinderätin Dr.Motzko: Dieser Mensch ist disqualifiziert, man kann ihn als Seelsorger nicht brauchen und sie haben ihn genommen, ohne das Ordinariat zu fragen. Wir werden einen solchen unerhörten Missbrauch Ihrer Verwaltung hier nicht länger dulden und ich stelle den Antrag, der amtsführende Stadtrat wird aufgefordert, Vorschläge zur Regelung der Seelsorge im Lainzer Versorgungshaus dem Gemeinderate vorzulegen. Treiben Sie nicht ein Spiel mit Dingen, die der Bevölkerung als heilig gelten. (stürmischer Beifall)

Gemeinderat Iser (Soz.Dem.): Solche Worte, wie Sie sie hier gebrauchen, Frau Gemeinderätin, sind nicht der Bibel entnommen.

Stadtrat Professor Tandler erwidert zunächst der Frau Stadtrat Motzko. Die Anstellungen von Priestern im städtischen Versorgungsheim Lainz wurden nicht unterlassen. Die Verwaltung hat eine Reihe von Priestern angestellt. Wenn gegen einen dieser Priester das Ordinariat Bedenken hegte, so erkläre ich, dass ich und die Ressortbeamten davon nichts gewusst haben, weil wir erst nach der Anstellung davon erfuhren. Wir wollen gewiss nicht durch die Anstellung von Priestern, gegen die das Ordinariat ist, eine Tendenz in die Anstalt tragen. Es ist auch nicht richtig, dass die Spielplätze nur an sozialdemokratische Vereine vergeben werden. An der Hand einer langen Liste zeigt Redner, dass sehr viele katholische und nationale Vereinigungen städtische Spielplätze erhalten. Was die Transferierungen von Pfleglingen anlange, so sei dies keine Einführung der gegenwärtigen Verwaltung. Auch früher wurden Pfleglinge versetzt, heute ist die Zahl dieser Versetzungen weitaus geringer. Auch die gegnerische Seite müsse bezüglich der Streitigkeiten im Blindenverband bestätigen, dass wir uns bemüht haben, die Streitteile zu versöhnen. Leider sind diese Bemühungen erfolglos geblieben. (Beifall bei den Sozialdemokraten)

Vorsitzender Weigl teilt mit, dass der Antrag Dr.Motzko bezüglich Vorlage eines Antrages zur Regelung der Seelsorge in Lainz, der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen wurde. Die Sitzung wird nun geschlossen.

Nächste Sitzung Dienstag 4 Uhr nachmittags.

- - - - - - -

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

40
Zweite Ausgabe

Wien, Freitag, den 4. Februar 1927.

-.-

Otto Rothstock geistig gesund. Neuerdings beschäftigt der Fall Rothstock die Oeffentlichkeit. Wie bereits vor fünf Wochen gemeldet wurde, ist Rothstock auf Verlangen des Bezirksgerichtes Hietzing vom Steinhof der Klinik Wagner-Jauregg überstellt worden, da das Bezirksgericht ein Fakultätsgutachten verlangte. Das Fakultätsgutachten ist nun ausgearbeitet worden und erklärt Rothstock für geistig gesund. Oeffentlich wird nun die Frage aufgeworfen, wieso es denn möglich sei, dass Rothstock auf dem Steinhof durch eineinhalb Jahre festgehalten wurde, wo es sich nun herausstellt, dass er gesund ist.

Demgegenüber sei zunächst einmal hervorgehoben, dass die Verwaltung der Heil- und Pflegeanstalt Steinhof gar nicht berechtigt ist, jemanden aus eigenem Ermessen aufzunehmen oder abzugeben. Die Anstalt ist verpflichtet, alle Personen, die vom Gericht oder von der Polizei auf Grund eines ärztlichen Zeugnisses überstellt werden, aufzunehmen. Um allen Irrtümern in dieser Angelegenheit endgültig zu begegnen, sei das Ueberstellungsdekret im Wortlaut wiedergegeben:

Bezirkskommissariat Josefstadt. Otto Rothstock ist der Anstalt am Steinhof zu überstellen. Die Originalgutachten mögen an das Landesgericht I direkt zurückgeschickt werden. Trachomfrei. 6.X.1925. Dr. Kundrat m. p. Oberbezirksarzt.

G.121/25. Bezirkspolizeikommissariat Josefstadt. 6.Oktober 1925 Otto Rothstock Geisteskrank. An die Direktion der Landesheil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" wird Rothstock überstellt. Die Original gerichtsärztlichen Gutachten wollen nach Amtsgebrauch dem Landesgericht I Wien rückübermittelt werden. Dr.Niederall m.p.

Aus diesem Dekret geht hervor,dass Rothstock am 6.Oktober 1925 auf den Steinhof überstellt wurde.Rothstock wurde dann,wie es vorgeschrieben ist,den Gerichtskommissionen vorgestellt und in dem Moment zur Entlassung beantragt,in dem ihn die Gerichtskommission und das Gericht selbst für entlassungsfähig erklärt haben.

-.-.-.-.-.-.-

Das Opernhaus auf Reisen.Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich ist an die Leitung der Deutschen Theaterausstellung in Magdeburg mit dem Ersuchen herangetreten,dort ein Diorama des weltberühmten Wiener Opernhauses aufzustellen.Die Leitung der Theaterausstellung hat dieses Anbot angenommen.Vor einigen Tagen Generaldirektor Schneiderhan bei der Fremdenverkehrskommission vorgesprochen und dasDiorama,das von den Wiener Malern Ferri,Schwarz und Karl Benesch hergestellt ist,einer eingehenden Besichtigung unterzogen.Das Diorama stellt einen Blick aus einer Loge desersten Rangesin den Zuschauerraum und auf die Bühne der Wiener Oper dar.Die Bühne zeigt eine Szene aus der Oper Turandot.Demnächst wird ein Vertreter der Deutschen Theaterausstellung in Magdeburg in Wien eintreffen um dieses Diorama abzuholen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Strassenbahnschaffner mit Sprachkenntnissen. Die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich hat bei der Direktion der städtischen Strassenbahnen angeregt, dass ähnlich wie bei der Polizei bei einem besonderen Fremdenzustrom jene Strassenbahnschaffner durch Armbinden kenntlich gemacht werden, die eine fremde Sprache beherrschen und in der Lage sind, in dieser Sprache Auskunft zu erteilen. Die Direktion der Strassenbahnen hat im Einvernehmen mit der Personalvertretung der Bediensteten nun die erfreuliche Feststellung gemacht, dass eine grosse Zahl von Strassenbahnschaffnern fremde Sprachen beherrscht. Die Erhebungen haben gezeigt, dass es Schaffner gibt, die eine der folgenden Sprachen sprechen: Englisch, französisch, griechisch, holländisch, italienisch, kroatisch, polnisch, rumänisch, slowenisch, tschechisch, ungarisch und Esperanto. Die neuen Armbinden werden zum erstenmal anlässlich der Frühjahrsmesse (13.bis19.März), zum zweitenmal anlässlich der Wiener Festwochen (5. bis 19.Juni) von den Schaffnern getragen werden.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 5. Februar 1927.

-.-

Dienstag, Sitzung des Wiener Gemeinderates. Der Gemeinderat wurde für Dienstag 4 Uhr nachmittags einberufen. Es wird der Rechnungsabschluss der Gemeinde für das Jahr 1925 beraten werden. Voraussichtlich dürfte noch am Freitag eine Geschäftssitzung des Gemeinderates abgehalten werden. Der Wiener Stadtsenat wurde für Dienstag 10 Uhr vormittags einberufen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Die Sicherung des Wahlrechtes. Wie bereits mitgeteilt, hat der Wiener Magistrat die Wählerverzeichnisse für die heuer stattfindende Nationalratswahl am 1. Februar fertiggestellt und liegen seit diesem Tag die Wählerlisten zur Einsicht auf. Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass diese Listen auch an Sonntagen von 9 - 12 Uhr zur allgemeinen Einsichtnahme aufliegen. Aus der in jedem Haus angebrachten Kundmachung, die die Zahl der Wahlberechtigten einer jeden Wohnung angibt, ist auch der Amtsraum vermerkt, wo das Wählerverzeichnis zur Einsichtnahme aufliegt. Die Reklamationsfrist endet am Montag, den 14. Februar. Die Wählerlisten können auch an allen Werktagen von 15 - 19 Uhr von jedermann eingesehen werden. Einsprüche sind mündlich oder schriftlich dort wo die Wählerlisten aufliegen, einzubringen.

-.-.-.-.-.-.-

Hauspersonal beim Magistrat anmelden! Um Anstände zu vermeiden, macht der Wiener Magistrat darauf aufmerksam, dass nach dem Gesetz über die Hauspersonalabgabe jede Veränderung in der Zahl des Hauspersonals anzumelden ist. Die Anmeldepflicht erstreckt sich auf die Vermehrung oder Verminderung der Zahl des Hauspersonals, insbesondere auf die Einstellung von männlichem Personal an Stelle von weiblichem oder umgekehrt. Wird durch eine Aenderung im Stand der verwendeten Personen ein Anspruch auf Ermässigung der Abgabe oder Abgabefreiheit begründet, so ist unter Nachweis des Anspruches darum anzusuchen. Als Nachweis gilt die polizeiliche und die Abmeldung bei der Krankenkassa. Bekanntlich tritt nach dem Gesetz die vollständige Befreiung von der Hauspersonalabgabe nur dann ein, wenn im Haushalt nur eine Hilfskraft beschäftigt wird. Die Anmeldungen sind innerhalb von vierzehn Tagen nach der Veränderung bei der Magistratsabteilung 5 im Neuen Rathaus, II. Stock, Tür 31 zu erstatten.

-.-.-.-.-.-.-.-

Das grosse Wohnbauprogramm der Gemeinde vor der Vollendung. Der Wiener Gemeinderat hat bekanntlich im September 1923 beschlossen, innerhalb von fünf Jahren fünfundzwanzigtausend Wohnungen zu errichten. Dieser Beschluss wird voraussichtlich noch heuer, also um ein volles Jahr früher, durchgeführt sein. Es sind nämlich von den fünfundzwanzigtausend Wohnungen gegenwärtig 17.082 fertiggestellt und vermietet. Im Bau sind 7918 Wohnungen, die heuer noch vollendet und vermietet werden dürften. Wie schon mitgeteilt, hat der Gemeinderat im Dezember 1926 beschlossen, weitere fünftausend Wohnungen zu bauen, so dass das Bauprogramm dreissigtausend Wohnungen umfasst. Ende 1925 hat die städtische Hausadministration vierhundertzwanzig Wohnhäuser, 59 Wohnhausanlagen, dreissig Siedlergruppen und sieben Barackenlager mit rund 18.000 Wohnungen verwaltet. Nach Fertigstellung aller Wohnungen des kommunalen Bauprogrammes, wird die Gemeinde Wien einschliesslich der Wohnungen in ihren alten Häusern über rund siebenundvierzigtausend Wohnungen verfügen. Die Gemeinde berechnet für die Verzinsung des aufgewendeten Baukapitals den Mietern überhaupt nichts. Die Mietzinse in den neuen städtischen Wohnhausanlagen sind verschieden. Sie richten sich nach der Lage und der Ausstattung der Wohnung. Die Miete wird nach der Grösse der Wohnung erstellt und schwankt zwischen zehn bis dreissig Groschen für einen Quadratmeter. Bei der Wohnhausanlage auf der Schmelz im ersten Teil beträgt der Pauschalzins zehn Groschen für einen Quadratmeter Wohnfläche monatlich. Dort stellt sich eine Wohnung im Ausmass von fünfundreissig Quadratmetern auf 3.50 Schilling, eine Wohnung von 45 Quadratmetern auf 4.50 Schilling und eine Wohnung von sechzig Quadratmetern auf sechs Schilling monatlich. In derselben Wohnhausanlage aber im dritten Teil, mit bedeutend besserer Ausstattung, werden für einen Quadratmeter Wohnfläche zwölf Groschen berechnet. In fünfzehn Wohnhausanlagen, in den verschiedenen Wiener Bezirken gelegen, werden dreizehn Groschen für einen Quadratmeter Wohnfläche, in einigen anderen Bezirken, je nach der Lage und Ausstattung, sechzehn bis zwanzig Groschen berechnet. Nur in einem einzigen, ganz besonderen Fall, in der Albertgasse, wo in den Wohnungen Bade- und Dienerzimmer eingebaut sind, beträgt die Miete dreissig Groschen für den Quadratmeter monatlich. In den Wohnhausanlagen, in denen die modernen maschinellen Wäschereien eingebaut sind, zahlen die Mieter für die Benützung dieser Anlagen ein monatliches Pauschale, das aber nur die Selbstkosten dieser Wäschereien decken darf. Ausserdem haben alle Mieter in den städtischen Wohnhausbauten die Wohnbausteuer zu entrichten. Ihre Höhe wird derart ermittelt, dass Wohnungen gleicher Grösse zum Vergleich herangezogen werden. Die Mietzinseinnahmen aus den kommunalen Neubauten werden gesondert verwaltet. Sie dienen zur Deckung der Instandhaltung dieser Häuser. Die Mieter in den städtischen Neubauten sind also von der Sorge befreit, dass bei der Durchführung auch grösserer Reparaturen die Pauschalzinse erhöht werden und der Wohnungsaufwand eine stärkere Belastung des Haushaltes bildet, wie dies in den alten Häusern vielfach zutrifft.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Anschaffungen für die städtische Feuerwehr. Im Voranschlag der Gemeinde für das Jahr 1927 ist auch eine Reihe umfangreicher Anschaffungen für die Wiener Berufsfeuerwehr enthalten. Diese Arbeitsaufträge wurden meist auf das ganze Jahr verteilt. Im Interesse der Wirtschaft, die durch diese Anschaffungen immerhin eine gewisse Belebung erfährt, hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten beschlossen, diese Bestellungen schon jetzt zu vergeben. Es wurden zehn benzinelektrische Antriebsaggregate, vier neue Chassis und Monturen und Wäschesorten bestellt. Die Gesamtsumme dieser dem Gewerbe und der Industrie zukommenden städtischen Lieferungen ist rund vierhunderttausend Schilling.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Sitzungen von Bezirksvertretungen. In der kommenden Woche halten die Bezirksvertretung Ottakring am Donnerstag um 6 Uhr und die Bezirksvertretung Rudolfsheim am Freitag um 5 Uhr nachmittags öffentliche Sitzungen ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

42.
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 5. Februar 1927.

-.-

<u>Keine Grippegefahr in Wien.</u> Trotz der gewaltigen Ausdehnung, die die Grippe nach Zeitungsmeldungen in den verschiedenen ausländischen Städten erreicht hat, ist in Wien diese Erkrankung nur sehr wenig zum Ausbruch gekommen. Gewiss kann Wien nicht als absolut grippefrei gelten, die Statistik zeigt, dass wohl Grippe vorhanden ist, doch ist die Ausbreitung so gering, dass von einer Grippeepidemie nicht gesprochen werden kann. Nach den offiziellen statistischen Daten waren in der dritten Jännerwoche in den gesamten Anstalten Wiens 68 Fälle von Grippe und von Privatärzten wurden 55 Grippefälle angezeigt. In der vierten Jännerwoche betrug die Zahl der Grippefälle in den Anstalten 116; die Privatärzte zeigten 98 Fälle an. Die Anstalten zeigen wohl jeden Grippefall an, auch die Privatärzte wurden zur Erstattung der Anzeige aufgefordert und sie dürften auch die meisten der Fälle, sicher aber die schweren, gemeldet haben. Aus diesem offiziellen Zahlen ist zu ersehen, dass wohl eine kleine Zunahme der Grippefälle in der vierten Jännerwoche erfolgt ist, was aber noch ohne Bedeutung ist. Das städtische Gesundheitsamt hat an die Bezirksphysikate den Auftrag erteilt, dass sie den Todesfällen, die auf Grippe zurückzuführen sind, ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Bis zum 19. Jänner hat die Grippe in Wien fünf Todesfälle gefordert. Auch daraus ist die relative Leichtigkeit dieser Infektionskrankheit zu ersehen. Insgesamt wurden im Jänner von der Gemeinde Wien, die alle Transporte zu besorgen hat, 143 Grippekranke in die Heilanstalten abgegeben. Zusammen mit den 74 Fällen im Dezember sind also insgesamt in den beiden letzten Monaten 217 Fälle zu verzeichnen. Dazu ist zu bemerken, dass der Dezember und der Jänner jene beiden Monate sind, in denen in anderen Ländern die Grippe schwere Verheerungen angerichtet hat. Es ist also nach wie vor keinerlei Veranlassung zu irgendeiner Besorgnis.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 7. Februar 1927.

-.-

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte in der vergangenen Woche amtsführender Stadtrat Richter den Ehepaaren Peter und Johanna Berger, Jakob und Maria Fürnsinn, Franz und Therese Hecht, Karl und Franziska Hermann, Thomas und Agathe Kerschbaum, Raimund und Josefa Knothe, Michael und Klara Kohn, Johann und Maria Kozeschnik, Anton und Maria Kucera, Franz und Anna Poustka, Ferdinand und Katharian Probst, Franz und Franziska Stein, Ignaz Josef und Franziska Stelzig und Franz und Anna Weihs anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien.

-.-.-.-.-.-

Unveränderte Kanalräumungsgebühren. Für Februar ist der dreissigfache Mietzins, der für August 1914 entrichtet wurde, als Kanalräumungsgebühr zu zahlen. Die Gebühr ist also unverändert.

-.-.-.-.-.-.-

Vierhundert amerikanische Friseure kommen nach Wien. Nach einer Mitteilung, die der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich zugekommen ist, werden Ende September vierhundert Friseure aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika zu einem dreitätigen Aufenthalt in Wien eintreffen. Aus diesem Anlass wird die Akademie der Frisierkunst in Wien eine Reihe von fachlichen Feierlichkeiten veranstalten. Da die Amerikaner die Städte der übrigen Nachfolgestaaten nicht besuchen werden, ist eine Zusammenkunft der Friseure aus den Nachfolgestaaten geplant. In Aussicht genommen sind auch Ausflüge in die Umgebung Wiens, insbesondere auf dem Semmering und in die Wachau.

-.-.-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Wieden. Am Dienstag, den 15. Februar, halb fünf Uhr nachmittag findet im Sitzungssaal des Gemeindehauses IV., Schäffergasse 3 eine öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Wieden statt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die bildende Kunst und die Wiener Festwochen. Zu der kürzlich abgehaltenen Sitzung des Kunstausschusses der grossen Wiener Festwochen, die vom 5. bis 19. Juni veranstaltet werden, hatten auch die Wiener Künstlervereinigungen Vertreter entsendet. Es wurde beschlossen, während der Festwochen ausser der Ausstellung "Wien und die Wiener", die im Messepalast vorbereitet wird, eine Reihe anderer Ausstellungen zu veranstalten. Die Genossenschaft bildender Künstler bereitet im Künstlerhaus eine grosse Festausstellung "Oesterreichische Künstler" vor. Die Künstlervereinigung "Kunstschau" plant im Oesterreichischen Museum eine Ausstellung "Moderne Gemälde, Plastiken und Kunstgewerbe". In der Zedlitzhalle ist eine Ausstellung des Künstlerbundes "Hagen", im Glaspalast des Burggartens eine Ausstellung der "Kunstgemeinschaft" vorgesehen. Die Vereinigung bildender Künstler "Secession" wird in ihrem eigenen Gebäude eine besondere Ausstellung veranstalten. Der Künstlerbund "Segantini" plant eine Festausstellung im Aeusseren Burgtor "Wien im Bilde". Ferner bereitet der Verband bildender Künstler "Wiener Heimatkunst" eine Ausstellung unter dem Titel "Unsere heimatlichen Berge" vor. Der Verein heimischer bildender Künstler veranstaltet anlässlich der Festwochen eine Ausstellung im Marmorsaal des Stiftes Klosterneuburg. Alle Künstlervereinigungen, die während der Festwochen Ausstellungen veranstalten, haben sich bereit erklärt, aus ihrem Mitgliederkreis Führer für die Festteilnehmer beizustellen, denen die Aufgabe zufallen wird, die auswärtigen Besucher durch die Ausstellungen zu führen. Es wird so den auswärtigen Festteilnehmern die Möglichkeit gegeben werden, während der beiden Festwochen die Kunstausstellungen unter Anleitung der Wiener Künstlerschaft zu besuchen.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

Wien, Dienstag, den 8. Februar 1927.

Fortsetzung der Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss 1925.

Der Gemeinderat setzt heute die Spezialdebatte über den Rechnungsabschluss 1925 fort. Nach Eröffnung der Sitzung durch Bürgermeister Seitz geht der Gemeinderat sofort in die Verhandlungen über das Kapitel der Verwaltungsgruppe IV, Sozialpolitik und Wohnungswesen, ein.

Dazu nimmt Gemeinderat Ullreich (chr. soz.) das Wort, der ausführt, dass in dieser Verwaltungsgruppe die Sozialpolitik nur von ganz untergeordneter Bedeutung ist. Das Kapitel wird ausschliesslich von den Ausgaben für Wohnungsbauten beherrscht. Im Voranschlag für 1925 wurden 91,1 Millionen Schilling für Wohnungsbauten präliminiert. Faktisch aber wurden laut Rechnungsabschluss 96 Millionen Schilling dafür ausgegeben. Aus der Wohnbausteuer sind 96 Millionen Schilling eingegangen. Es wurden also 60 Millionen Schilling aus den übrigen Steuergeldern für die Wohnhausbauten aufgewendet, das sind 45 Prozent aller Steuern. Der Redner beschäftigt sich dann mit der Anleihepolitik, die, wenn sie angewendet werden würde, nicht als Schuldenwirtschaft bezeichnet werden könnte, da für die Amortisation einer Wohnbauanleihe die Wohnbausteuer herangezogen werden könnte. Die weiteren Ausführungen des Gemeinderates Ullreich gelten dann den Siedlungsbauten der Gesiba. Diese Heimbauhilfe bezeichnet der Redner als verfehlt und das ist auch der Grund, dass viele Gesibabauten keinen Käufer finden. Weiters gemängelt Gemeinderat Ullreich, dass eigentlich kein Mensch in Wien weiss, wieviel Wohnungen die Gemeinde bereits fertiggestellt hat und wieviel Wohnungen im Bau sind. Es sind auch nicht die Baukosten zu erfahren, ebenfalls nicht, wie teuer sich eine Wohnung stellt, ein Geschäftslokal oder eine Werkstätte. Es ist auch nie zu erfahren, in welchem Verhältnis der Baukostenbeitrag der Mieter für Geschäftslokale und Wohnstätten zu den Baukosten stehen. Wir wissen nur, dass für die städtischen Wohnbauten im Jahre 1925 96 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Weil der Rechnungsabschluss über so viele Fragen keine Auskunft gibt, kann er auch nicht die Zustimmung der Minorität finden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

Dann verhandelt der Gemeinderat das Kapitel der Verwaltungsgruppe V, Technische Angelegenheiten. Dazu spricht Gemeinderat Biber:

In allen Grosstädten besteht eine Bauordnung, die den Hochbau nach der Peripherie hin allmählich in den Flachbau übergehen lässt. Die Gemeinde baut aber schon fünf bis sechs Stock hohe Häuser mitten in das Ackerland hinein, Kasernenähnliche Bauten. Wenn bei der Herstellung der Pläne Techniker, Fachleute das entscheidende Wort geführt hätten, hätte ein solches Programm nie verwirklicht werden können. Der wahre Grund des Festhaltens in dieser Bauweise liegt darin, dass damit die politischen Ziele der herrschenden Partei gefördert werden sollen. Wenn man in ungeheuren Wohnkasernen hunderte Menschen beisammen hat, gestaltet sich die Agitation auch leichter, nicht nur bei den erwachsenen sondern auch bei den Kindern, die in den in den Wohnhäusern befindlichen Sälen vom ersten Lebensjahr an politisch beeinflusst werden. Der Terror erfasst nicht nur den Betrieb und die Strasse sondern auch die Wohnung, er dringt bis in das Bett des Bewohners hinein. Redner wünscht, dass alle mit der Errichtung der Volkswohnbauten in Verbindung stehenden Posten des Rechnungsabschlusses und des Voranschlages künftighin in die technische Gruppe aufzunehmen sind und stellt einen diesbezüglichen Antrag. Dann spricht Redner über die Kosten der Wohnbauten und bemängelt, dass dem Gemeinderate trotz aller Mahnungen der Opposition bisher eine Abrechnung über die vollendeten Gemeindebauten nicht vorgelegt worden ist. Aus diesem Grunde sei Redner genötigt gewesen selbst eine Berechnung vorzunehmen und er habe zum Vergleiche die Baukosten der alten soliden Friedenshäuser herangezogen. Unter Darlegung der Detailziffern habe Redner errechnet, dass der Bauaufwand für den Quadratmeter eines Friedenszinshauses 216 Schilling betrage, für ein Gemeindewohnhaus von heute 154 Schilling. Die aus Zimmer und Küche bestehende Kleinwohnung in einem Gemeindwohnhaus erfordere nach Redners Berechnung einen Bauaufwand von 8000 Schilling. Das Bauamt aber hat für eine solche Kleinwohnung 12 bis 13000 Schilling Herstellungskosten errechnet, also um fünfzig Prozent mehr. Für die in den Gemeindehäusern abgelegten Werkstätten muss der Benützer die unverhältnissmässig hohen Baukosten tragen ohne dass das Lokal in sein Eigentum übergeht.

Nach den vorliegenden Ausweisen sind für die Volkswohnbauten bisher insgesamt 327 Millionen Schilling aufgewendet worden. Bei Zugrundelegung von 8000 Schilling Herstellungskosten für eine Kleinwohnung ergeben sich für die Ende dieses Jahres fertigzustellenden 25.000 Wohnungen ein Gesamtaufwand von 200 Millionen Schilling. Das ist ein Defizit von nicht weniger als 127 Millionen Schilling und es sei wohl die Frage berechtigt, wie an die Gemeindeverwaltung angesichts einer so ungeheuren Differenz, die öffentlich aufgezeigt wird weiter schweigen kann. Wir fordern, dass der Bevölkerung endlich einmal volle Aufklärung gegeben werde (Gemeinderat Kunschak: Das Geld wird eben verpulvert!). Im technischen Ausschuss wurde allerdings eine Zusammenstellung über Wohnhausbauten vorgelegt aber die bezieht sich auf die Bautätigkeit vor dem Jahre 1923, ist also zur Beurteilung der Kosten der in den letzten drei Jahren aufgeführten Bauten gänzlich wertlos. Redner stellt den Antrag: Längstens sechs Monate nach der Benützung eines Volkswohnhauses sind dem Gemeinderate die Ausweise über die gesamten Baukosten vorzulegen. Die Kosten der Spezialbauten und die der Ausgestaltung der Höfe sind gesondert auszuweisen, über die Baukosten der länger als sechs Monate in Benützung stehenden Häuser ist bis längstens ersten April dieses Jahres dem Gemeinderate Bericht zu erstatten.

Bei Betrachtung der Rechnungsabschlüsse über die städtischen Betriebe, Ziegelwerk in Oberlaa, Steinbruch und dergleichen müsse man erkennen, dass auch hier die Budgetierung und Abrechnung in ganz undurchsichtiger Weise vorgenommen wurde. Beim Ziegelwerk beispielsweise ist ein Defizit von 500.000 Schilling ausgewiesen, gar nicht begründet und daher gänzlich unverständlich. Die Preise der Produkte sind gar nicht angegeben. Man müsse also, wenn keine ordentlichen Berechnungen vorgelegt werden, zu der Auffassung gelangen, dass die ausgewiesenen Ziffern falsch sind. Das ist ein böswilliges Verschweigen, ein böswilliges Verachten des Volkes und seiner Vertreter (Lebhafte Zustimmung bei der Minderheit). Redner beantragt: Im Rechnungsabschluss über die Gemeindebetriebe sind die Rohbilanzen mit Gewinn und Verlustkonto aufzunehmen und ist der Erfolg durch einen Vergleich der Selbstkostenpreise mit dem üblichen Handelswert aufzunehmen

Bei dem Kapitel Strassenherstellungen müsse man verlangen, dass dem Gemeinderat ein Plan über die Art der Strassenherstellungen vorgelegt wird. Das Amalienbad ist mit unerhörtem Luxus ausgestattet worden, seine Errichtung in einem äussern Bezirk erweist sich als schwerer Fehler, denn es arbeitet schon mit einem grossen Defizit und um Gäste herbeizulocken müssen grosse Summen für Reklame ausgegeben werden (Gemeinderat Zimmerl: Jetzt werden die Burgois eingeladen ins Amalienbad baden zu gehen!) Jawohl in das Volksbad, das für die Arbeiter errichtet wurde. Zum Schluss erklärt Redner, dass die Mehrheit durch das Festhalten an ihrer Wohnbau- und Finanzpolitik, die das Bauen auf Kredit beharrlich ablehne die Bevölkerung belüge, weil sie fälschlich in diesem Zusammenhange der Minderheit vorwerfe, dass sie die Erbauung von Volkswohnhäusern nicht wolle. Das sei eine fürchterliche und gemeine Lüge. Bei dieser brutalen Herrschaft gegen die Interessen der Bevölkerung und gegen die Interessen der Arbeiterschaft könne die Minderheit zu der gegenwärtigen Verwaltung kein Vertrauen haben und sei daher gezwungen gegen die Annahme des Rechnungsabschlusses zu stimmen. (Lebhafter Beifall bei der Minderheit).

G.R. Siegel entgegnet, dass die vom Gemeinderat Biber vorgebrachten Ziffern naturgemäss nicht sofort überprüft werden können, doch könne schon jetzt gesagt werden, dass sie einer eingehenden Prüfung nicht standhalten. Der Minderheit wurde ausreichend Gelegenheit gegeben die wirklichen Ziffern kennen zu lernen. Redner müsse feststellen, dass entgegen dem Verlangen der Opposition folgend, die genauen Rechnungen über fertiggestellte Wohnhausbauten drei Wochen hindurch zur Einsicht aufgelegen sind aber niemand habe sich darum gekümmert. Diese Abrechnungen hätten der Minderheit ein wirkliches Bild geben und sie hätte sich die Mühe ersparen können auf Grund willkürlicher Annahmen eigene Berechnungen vorzunehmen. Schon in der nächsten Zeit werden neuerliche Belege geboten werden und Redner ladet die Oppositon ein, diese Ziffern dann zu überprüfen. Gemeinderat Biber habe seine Berechnungen auf falsche Voraussetzungen aufgebaut. Bezüglich der Gemeindebtriebe sei zu sagen, dass Ueberschüsse die sich im Laufe des Jahres ergeben den betreffenden Abteilungen als Refaktien überwiesen werden. Es sei übrigens bezeichnend, dass die Minderheit einerseits über zu geringe Beistellung von Mitteln für Strassenherstellungen Beschwerde führe, andererseits jedoch Steuerermässigungen in der Höhe von zwanzig Millionen Schilling beantrage. Wenn die Minderheit immer wieder das Bauen mit Anleihegeldern verlange, so ziele dieses Bestreben nur auf den Abbau des Mieterschutzes und die Uebervalorisierung des Mietzindes ab. (Lebhafter Widerspruch bei der Minderheit). Da nützt kein Ableugnen, dieses Streben ist ja längst bekannt. Was den angeblichen schlechten Besuch des Amalienbades anlangt könne Redner nur mitteilen, dass das Bad in der Woche durchschnittlich zwanzigtausend Besucher hat und dass diese Zahl in stetiger Steigerung begriffen ist. Gegenüber dem Vorwurf brutaler Alleinherrschaft und Lüge sei einfach zu erwiedern, dass die Bevölkerung und Arbeiterschaft Wiens heuer bei den Wahlen Gelegenheit haben werde darauf zu antworten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit).

Die Anträge Biber werden der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Zu dem Kapitel der Verwaltungsgruppe VI, Erhährungs- und Wirtschaftsangelegenheiten, nimmt Vizebürgermeister Hoss Stellung. Auf die Aeusserung des Stadtrates Siegel, die Christlichsozialen wollen Steuerermässigungen und beschweren sich gleichzeitig über den schlechten Zustand der Strassen, erwidert Vizebürgermeister Hoss, dass für die Strassenpflege genügend Geld zur Verfügung gestellt wird, aber nicht genug rationell gearbeitet wird. Ausführlich beschäftigt sich der Redner dann weiters mit der Festsetzung der Markt- und Schlachthausgebühren. Die diesbezügliche Vorlage wurde von den Christlichsozialen schon im Ausschuss bekämpft. Es wurden ihnen eine Reihe von Zugeständnissen gemacht und schliesslich hat die Opposition die Vorlage im Gemeinderat genehmigen lassen. Nachträglich aber hat sich herausgestellt, dass die Auswirkung der einzelnen Tarife eine überaus harte sei. Ihre eigenen Leute haben sich dagegen gewehrt und so musste Stadtrat Kokrda schliesslich zugeben, dass die Vorlage veränderungsbedürftig ist. Es ist daher notwendig, dass die Vorlage entsprechend abgeändert wird. Der Redner beschäftigt sich dann weiters mit den Freibänken und mit der beabsichtigten Verlegung des Naschmarktes-Grossmarktes, von der die Opposition erst durch die Zeitungen erfahren habe. Vizebürgermeister Hoss ist der Meinung, dass die Verlegung des Nachmarkt Grossmarktes auf das Terrain des Freihauses die beste Lösung wäre. Schliesslich aber muss die Frage von allen massgebenden Faktoren gründlichdurchberaten werden. Bezüglich der Grossmarkt halle sagt Vizebürgermeister Hoss dass die Verhältnisse in der Grossmarkthalle unhaltbare seien. Mit Zubauten werde gar nichts erreicht und die Gemeindeverwaltung müsse sich doch endlich einmal mit dieser so wichtigen Frage beschäftigen. Er richtet auch bezüglich der Viktualienhalle an den Stadtrat Kokrda das Ersuchen auch in dieser Frage Ordnung zu machen. Zu der Post Lagerhaus bemerkt Vizebürgermeister Hoss, dass die Opposition wünscht, in die Gebarung mehr als bisher Einblick zu erhalten. Seine weiteren Ausführungen beschäftigen sich mit dem Rathauskeller. Er wurde seinerzeit dazu geschaffen, um für die niederösterreichischen Weine Propaganda zu machen und Wien um eine Attraktion zu vermehren. Der Wein wurde durch Kellerburschen ausgeschenkt es wurden zwei Abteilungen geschaffen, der billige Volkskeller und die teuren Abteilungen, wie zum Beispiel der Rosensaal. Jetzt istdas alles geändert. Im Rathauskeller bekommt man überhaupt nichts billiges mehr. Er bringt auch den jetzigen Streik zur Sprache. Herr Hübner hat so manches an sich, was mir nicht gefällt. Aber ich muss mich doch fragen, wer eigentlich der Herr ist. Dass die Gewerkschaft diktiert, das ist eine Schande, und Sie hätten die Verpflichtung, sich zu bekümmern, dass eine solche Schweinerei im Rathauskeller nicht zustande kommt. Es ist dringend notwendig, dass Sie auch im Rathauskeller Ordnung machen. Das Steuersystem des Stadtrates Breitner behandelnd, erklärt Vizebürgermeister Hoss, dass, so gut das Wirken Breitners bis zur Stabilisierung war, so verderblich es jetzt ist. Er möge doch endlich einmal von diesem grausamen System, als das es jetzt empfunden wird, abgehen. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

Auf die Rede des Vizebürgermeisters Hoss erwidert Stadtrat Kokrda zunächst, dass sich die Gemeindeverwaltung grundsätzlich in einen Streik in einem Privatbetrieb nicht einmengen könne. Was die Führung des Rathauskellers anlangt, so ist nur festzustellen, dass seit Monaten billige Weine ausgeschenkt werden. Die Tarife, die Herr Vizebürgermeister Hoss besprochen hat, sind noch bei weitem nicht valorisiert. Das ergibt ein Vergleich der Friedensgebühren mit den heutigen. Wir verwenden unzählige Millionen, um die Anstalten dahin zu bringen, dass sie ihren Zwecken voll und ganz entsprechen. Bezüglich der Marktgebühren erklärt Stadtrat Kokrda dass eine neue Vorlage nicht nötig sei, weil durch die Rückerstattung der Mehrgebühren die Parteien vollkommen beruhigt und befriedigt sind. Er werde aber trotzdem den Bericht der Marktamtsdirektion dem Ausschuss unterbreiten. Bezüglich der Grossmarkthalle erklärt der Redner, dass sie auch schon vor dem Krieg nicht entsprochen habe. Was ihre Reform anlangt, so werden wir sie noch erleben. Als Beweis dafür, dass wir leisten, was geleistet werden muss, diene, dass eine Anzahl neuer Märkte geschaffen wurden und in den nächsten Tagen ein neuer grosser Markt in Floridsdorf eröffnet werden wird.

Wir werden durch Reformen die Halle zweckentsprechend ausgestalten. Zu den Bemerkungen über das Lagerhaus müsse festgestellt werden, dass die Aenderung der Direktion aus rein sachlichen Erwägungen vorgenommen wurde und mit Politik nichts zu tun hat. Direktor Nübel habe selbst um seine Pensionierung angesucht, es wurde mit ihm keine wie immer geartete politische Differenz ausgetragen. Von der Weiterentwicklung der Lagerhäuser sei das allerbeste zu erhoffen. Man müsse auch daran erinnern, dass die Sozialdemokraten einst gegen den Widerstand des damaligen Handelsministers Weiskirchner die Einfuhr von Gefrierfleisch erzwingen mussten. Wie bisher werde auch künftighin alles im Interesse der Approvisionierung geschehen.

Hierauf wird in die Spezialdebatte über die Gruppe allgemeine Verwaltungsangelegenheiten eingegangen.

G.R. Preyer (chr.soz.) verweist darauf, dass auch in dieser Gruppe gegenüber dem Voranschlage bedeutende Ersparungen vorgenommen worden sind. Für die Lokalpolizei werden wie in der Vorkriegszeit einfach der Betrag von einer Millio Papierkronen aufgewendet, ein geradezu lächerliche Summe, die man wohl nicht als Leistung bezeichnen könne. Für die Volksbildung werde zu wenig aufgewendet, auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens sind gleichfalls Ersparnisse ausgewiesen, es ist nicht zu verstehen, wie die Mehrheit angesichts solcher Einschränkungen von grosszügigen Reformen sprechen könne. Die Anlage der Wählerlisten zeige parteimässigen Charakter, viele Wähler die man für christlichsoziale hält sind einfach ausgelassen, beispielsweise von 114 katholischen Studenten des Heimes in der Porzellangasse gleich 88, dann die 12 Klosterfrauen des St. Annen Spitales in der Kinderspitalgasse. Im Amtsblatt findet man nur mehr Inserate, es wäre klüger, die Redaktion gleich einem Inseratenaganten zu übergeben.

G.R. Paulitschke (chr.soz.(führt gleichfalls Beschwerde über die Wählerlisten, er reklamiert die Abrechnung über das Musikfest vom Jahre 1924 und erklärt schliesslich gegen den vom Stadtrat Richter gelegentlich seines Schlusswortes in der Budgetdebatte vorgebrachten Vorwurfes, der Minderheit Gewissenlosigkeit vorzuhalten, neuerdings energisch Verwahrung einlegen zu müssen.

G.R. Doppler (chr.soz.) bemerkt, dass ihm aus einzelnen Bezirken massenhaft Klagen über schlechte Anlage der Wählerlisten zukomme, es werden Wohnparteien ausgelassen, die schon jahrzehntelang in einem Hause wohnen. Auch auf die Hauslisten könne man sich nicht mehr verlassen. Es muss verlangt werden, dass an die magistratischen Bezirksämter die Weisung hinausgegeben werde, dass die Amtsorgane anzuweisen sään, Jedermann in die Wählerlisten Einsicht nehmen zu lassen. Wir haben eine ganze Reihe von Nachrichten, dass in den Wählerlisten viele Namen verschrieben oder unrichtig geschrieben sind. Im Studentenheim in Währing sind eine Reihe von Studenten nicht in die Wählerliste aufgenommen worden und auch im Greisenheim in Währing fehlen in den Wählerlisten viele Leute. Die Sträflinge, die vor zwei Jahren aus den Wählerlisten heraus reklamiert wurden, sind heuer alle wieder in den Listen. Leute, die schon längst von Wien weggezogen sind, sind ebenfalls in den Listen. Man hat daher allen Grund, von einem Wählerlistenskandal zu reden. (Beifall bei den Christlichsozialen).

StR. Richter erwidert, dass die Klagen über die Wählerlisten unberechtigt sind. Es werden immer wieder Mängel vorkommen. Wenn eine derartige Arbeit wie die Aufstellung der Wählerlisten auf so kurze Zeit zusammengedrängt werden muss, ist es selbstverständlich, dass Fehler vorkommen. Bezüglich des Musikfestes erklärt Stadtrat Richter, dass er die Abrechnung darüber in nächster Zeit dem Gemeinderate vorlegen werde. Auf seine wiederholt kritisierte Aeusserung in seinem Schlusswort während der Budgetdebatte zurückkommend, erklärt Stadtrat Richter, dass sich der kritisierte Ausdruck nicht auf die Kritik der Opposition bezogen habe, sondern lediglich auf die Behauptung, dass die Zahl der Brände zunehme wodurch die Wiener Bevölkerung in Unruhe versetzt werden könnte.

Nun gelangt das Kapitel VIII städtische Unternehmungen zur Verhandlung. Gemeinderat Schelz ersucht dabei um Aufklärung, wieso sich der Reingewinn der städtischen Leichenbestattung im Jahre 1925 gegenüber dem Vorjahre um das Dreifache vermehrte. Er wünscht, dass die Durchführung der Gratisleichen der Verwaltungsgruppe des Professor Dr. Tandler unterstellt werde.

Nach einer kurzen Erwiderung des Referenten VB. Emmerling erklärt der Vorsitzende Gemeinderat Schorsch die Debatte für beendet und schreitet zur Abstimmung.

Der Rechnungsabschluss wird hierauf mit den Stimmen der Mehrheit genehmigt und der Bericht der Kontrollamts-direktion zur Kenntnis genommen.

Die nächste Sitzung findet Freitag, den 11. Februar um 5 Uhr nachmittags statt.

°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°-°

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

Wien, Mittwoch, den 9. Februar 1927.

-.-

Das vorläufige Ergebnis der Rattenkampftage. Ueber die am 27. und 28. Jänner durchgeführten Rattenkampftage kann ein abschliessender Bericht noch nicht erstattet werden, weil aus vielen Bezirken nur unvollständige Meldungen vorliegen. Insbesondere fehlen noch Berichte über grosse Gebietsteile der Inneren Stadt und über die Bahnhöfe. Die Einstellung der Ratten zu den aufgestellten Giftködern war verschieden. Eine der Unternehmungen, die von der Gemeinde Wien mit der Auslegung der Köder betraut wurden, hat Versuche durchgeführt, die ergaben, dass manche Ratten die Phosphorköder neben anderem Futter sofort aufnahmen, manche Ratten diese Köder nur denn frassen, wenn sie hungrig waren. Es wurde aber auch festgestellt, dass manche Ratten die Köder unbeachtet liessen, trotzdem diese Tiere sehr hungrig waren. Die Zahl der an dem Genuss der Köder zugrundegegangenen Ratten kann nur geschätzt werden. Auf Grund der bis jetzt vorliegenden Berichte durften fünfzehn Prozent der ausgelegten Köder von den Ratten aufgenommen worden sein. Es wurden rund 1.6 Millionen Köder verwendet. Das Ergebnis der beiden Rattenkampftage entspricht durch aus den gehegten Erwartungen. Die Zahl der vorgefundenen toten Ratten ist nämlich für den Erfolg des Rattenkampftages nicht entscheidend, weil die Wirkung des Giftes sich nicht augenblicklich einstellt und die Ratten sich in ihre Schlupfwinkel zurückziehen und dort verenden.

Die Rattenkampftage erstreckten sich sowohl auf die privaten und öffentlichen Häuser und Hauskanäle, als auch auf die öffentlichen Strassenkanäle. Nach den vorliegenden Berichten wurden in den Strassenkanälen etwa sechzig Prozent der ausgelegten Köder von den Ratten angefressen. In den Häusern ist der Erfolg viel geringer. In Objekten mit alten gemauerten Hauskanälen, wo die Zahl der vorhandenen Ratten grösser ist, war auch der Erfolg durchwegs gut. Hier wurden nahezu alle ausgelegten Köder aufgefressen. Es gab aber viele Häuser, wo die Köder unberührt vorgefunden wurden, insbesondere dort, wo betonierte Kanäle und Rattenschutzgitter das Eindringen von Ratten überhaupt verhindern. In allen Häusern, wo Ratten eingenistet waren, wurden mehr oder minder gute Erfolge erzielt. Es sei erwähnt, dass im Gebiet des allgemeinen Krankenhauses in den Kanälen der alten Gebäude siebzig Prozent der ausgelegten Köder aufgefressen wurden, dagegen ausserhalb dieser Kanäle und in den neuen Kliniken nur zehn bis fünfzehn Prozent.

Die Organisation für die Durchführung der Rattenkampftage hat klaglos funktioniert. Die beteiligten Stellen waren sich darüber klar, dass durch die beiden ersten Rattenkampftage die Rattenplage nicht restlos beseitigt werden wird. Dies wäre wohl auch bei Anwendung der radikalsten und kostspieligsten Mittel nicht möglich gewesen. Dem Magistrate liegen viele Berichte vor, aus denen hervorgeht, dass es in dem unterirdischen Wien seit dem 28. Jänner viel stiller geworden ist.

Wie schon angekündigt wurde, werden am 3. und 4. März neuerdings zwei Rattenkampftage veranstaltet. Dabei werden die bei den ersten Rattenkampftagen gemachten Erfahrungen nutzbringend verwertet. An Stelle der Phosphor-Giftköder sollen beim zweiten Rattenkampftag Meerzwiebelköder verwendet werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Keine Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten. Morgen Donnerstag entfällt wegen dienstlicher Verhinderung die Sprechstunde beim amtsführenden Stadtrat Professor Tandler.

-.-.-.-.-.-.-

Freitag Sitzung des Wiener Gemeinderates. Der Wiener Gemeinderat wurde für Freitag 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung einberufen.

-.-.-.-.-.-.-

Städtischer Ehrenpreis für den Geflügelzuchtverein. Der allgemeine Geflügel- und Taubenzuchtverein, der kürzlich im Prater seine 41. Ausstellung veranstaltete, erhielt von der Gemeinde Wien anlässlich dieser Ausstellung als Ehrenpreis einen silbernen Pokal. Auf Antrag des Gemeinderates Wimmer hat der städtische Finanzausschuss der Verleihung dieses Ehrenpreises nachträglich zugestimmt.

-.-.-.-.-.-.-

Ausgestaltung der Beleuchtung der Strassenbahn-Wartehäuschen. Die Direktion der städtischen Strassenbahnen arbeitet bereits seit längerer Zeit an der Ausgestaltung der Beleuchtung der Wartehallen. Die Arbeiten sind nun so weit fortgeschritten, dass am Donnerstag fünfundfünfzig Wartehallen der städtischen Strassenbahnen halbnächtig beleuchtet werden. Schon in kürzester Zeit wird wieder eine grössere Zahl von Wartehäuschen beleuchtet werden.

-.-.-.-.-.-.-

Spenden für die Humanitätsanstalten. In der gestrigen Gemeinderatssitzung teilte Bürgermeister Seitz mit, dass anlässlich des Weihnachtsfestes von gewerblichen Genossenschaften, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, Firmen und Privatpersonen namhafte Spenden in Geld und Naturalien für die Pfleglinge in den verschiedenen Humanitätsanstalten eingelangt sind. Der Gemeinderat sprach allen Spendern den Dank aus.

-.-.-.-.-.-

Die Ausstellung "Wien und die Wiener". Im Rahmen der Bestrebungen zur Förderung des Fremdenverkehres wird im Mai und Juni in Wien eine Ausstellung "Wien und die Wiener" abgehalten werden. Die Leitung dieser Ausstellung hat die Wiener Messe übernommen. Die Ausstellung wird von der Gemeinde, ihren Unternehmungen, vom Bund, von der Handelskammer, von der Arbeiterkammer, von der Wiener Messe und von anderen Wiener Vereinigungen beschickt werden und im Messepalast abgehalten. In einer Abteilung für Gewerbe und Industrie sollen Erzeugnisse des Wiener Kunstgewerbes und des Wiener Geschmacks der Oeffentlichkeit gezeigt werden. Im städtischen Finanzausschuss berichtete Gemeinderat Hiess, dass die Ausstellungsgruppe der Gemeinde Wien aus einer historischen und einer modernen Abteilung bestehen wird. Für die historische Abteilung ist im Messepalast eine Fläche von 1350 Quadratmetern und für die moderne Abteilung sind dreitausend Quadratmeter vorgesehen. Durch die Beteiligung der Gemeinde Wien wird die Ausstellung wertvolles Material erhalten, ebenso werden die städtischen Unternehmungen sehenswerte Abteilungen beisteuern. Der Finanzausschuss hat für die Abteilung der Gemeinde Wien, ausschliesslich der städtischen Unternehmungen, einen Kostenbeitrag von fünfhunderttausend Schilling bewilligt. Davon wird der grössere Teil zum Ankauf von neuem Ausstellungsmaterial verwendet werden. Diese Gegenstände besitzen als Musealmaterial dauernden Wert. Der Gemeinderat wird am Freitag zur Durchführung dieser Austellung eine zwölfgliedrige Kommission wählen, die nach dem Proporz zusammengesetzt wird. In dieser Ausstellung wird bekanntlich auch das Planetarium zu sehen sein.

-.-.-.-.-.-.-.-

Starkes Ansteigen der Einäscherungen. In der Feuerhalle der Stadt Wien haben im Jänner die Einäscherungen den höchsten Stand seit Eröffnung des Krematoriums erreicht. Es wurden 226 Leichen eingeäschert, davon waren 133 Männer und 93 Frauen. Von den Eingeäscherten gehörten 148 der römisch katholischen, 23 der evangelischen, 21 der mosaischen und 2 der altkatholischen Kirche an. Konfessionslos waren 32 von den 226 Eingeäscherten. Im Jänner wurden im städtischen Krematorium 75 Einsegnungen durchgeführt. Die starke Zunahme der Leichenverbrennungen ist daraus zu ersehen, dass im Jänner 1923, dem ersten Betriebsmonat, 31 Einäscherungen, im Jänner 1924 bereits 94, im Jänner 1925 schon 135, im Jänner 1926 179 und im Jänner des heurigen Jahres 226 Leichenverbrennungen erfolgt sind.

-.-.-.-.-.-.-.-

[illegible]

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 10. Februar 1927

-.-

Einzahlungstermin für die Kraftwagenabgabe. Der Wiener Magistrat macht darauf aufmerksam, dass die Kraftwagenabgabe am 10. eines jeden Monates zu entrichten ist. Die Kraftwagenbesitzer werden im eigenen Interesse ersucht für die Steuerzahlung die ihnen ausgefolgten Posterlagscheine zu benützen.

-.-.-.-.-.-

Wien im Lichte des Auslandes. In letzter Zeit haben sich wieder zahlreiche ausländische Zeitungen mit Wien in ausführlicher Weise beschäftigt.

Die "Deutsche Tageszeitung" in Karlsbad schreibt: "Das kommende Jahr wird die Früchte ernten, welche die mit der Hebung des Fremdenverkehres betrauten Stellen säten. Insbesondere die Fremdenverkehrskommission hat im Verein mit dem Hotelierverband der Stadt Wien selbst und den Bundesbahnen alle Vorkehrungen getroffen, die schon heute vom Auslande dankbar anerkannt werden. Grosse internaionale Ausstellungen, Kongresse, Grossfeste u.s.w. sind geplant, um den "unsichtbaren Export", den Fremdenverkehr, zu heben".

"l'Oeuvre" in Paris behandelt die Wiener Wohnhausbauten und schliesst mit den Worten: "Es ist schmerzlich zu sehen, dass eine Wiederaufbaupolitik, die in einem besiegten Staate möglich war, in einem Siegerstaate wie Frankreich nicht aufkommen kann."

"New-Yorker Herald" (Paris) enthält wieder ein Verzeichnis zahlreicher, in der Wintersaison in Wien abgestiegener Amerikaner. Dasselbe Blatt berichtet unter dem Titel "Europe interessiert mehr Amerikaner" über den Besuch von Amerikanern in Wien.

"Times of India" (Bombay) empfiehlt in einem Artikel "Reisen in das herrliche Oesterreich", das an Schönheiten der Schweiz ebenbürtig sei.

-.-.-.-.-.-.-.-

Städtische Subventionen. Der Stadtsenat hat der ersten österreichischen Krüppelarbeitsgemeinschaft eine Gemeindeunterstützung von fünfhundert Schilling gewährt. Diese Arbeitsgemeinschaft setzt sich aus Zivilinvaliden und Hilfsfreudigen Gesunden zusammen. Durch Errichtung einer Arbeitswerkstätte soll der Beweis erbracht werden, dass der Krüppel bei verständnisvoller Förderung der öffentlichen Stellen ganz oder teilweise seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten kann. Die Vereinigung wurde erst kürzlich ins Leben gerufen und hat die Arbeitswerkstätte in der Pazmanitengasse 7 eröffnet. Der Wiener Graphischen Gesellschaft wurde ein Gemeindebeitrag von tausend Schilling gegeben. Diese Vereinigung der Wiener Buchdruckergehilfen strebt die fachliche Weiterbildung ihrer Mitglieder an und hat auch im heurigen Winter praktische Fortbildungskurse durchgeführt. Diese Kurse vervollkommnen die fachliche Weiterbildung vieler Wiener Buchdruckergehilfen. Der Stadtsenat hat weiters das Ansuchen des Rektors der Wiener Universität um Gewährung einer Subvention für die volkstümlichen Universitätskurse bewilligt und eine Gemeindeunterstützung von dreitausend Schilling gewährt. Im Jahre 1925 hat die Gemeindeverwaltung diese Kurse mit zweitausendfünfhundert Schilling unterstützt. Nach einem Bericht des Stadtrates Kokrda hat schliesslich der Stadtsenat noch beschlossen, der Gesellschaft zur Förderung des Milchverbrauches und des Konsums von Molkereiprodukten einen Gemeindebeitrag von tausend Schilling zu bewilligen. Diese Gesellschaft wurde erst kürzlich gegründet; an ihrer Spitze steht Professor Pirquet.

-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl Honay

Wien, Freitag, den 11. Februar 1927.

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat beschlossen an Stelle der Gasbeleuchtung die elektrische Beleuchtung in folgenden Strassen einzurichten: Innere Stadt Habsburgergasse, Stallburggasse und Plankengasse; Hietzing Anschützgasse, Iheringgasse und Weiglgasse und Rudolfsheim Dreihausgasse, Reichsapfelgasse.

Starker Besuch im städtischen Amalienbad. Nach einem Bericht der städtischen Bäderverwaltung besuchten das Amalienbad in Favoriten in der zweiten Jännerhälfte 39.929 Badegäste. Der grösste Teil, nämlich 16.724 Badegäste entfiel auf die Brausebäder. Die Schwimmhalle wurde in der Berichtszeit von 11.722 Personen benützt. Die Kurabteilung, die erst ganz kurze Zeit in Benützung ist, erfreut sich ebenfalls eines ziemlich starken Besuches. Es ist dies insbesondere auf die modernen Einrichtungen zurückzuführen. Die Dampfbadabteilungen wurden in der zweiten Jännerhälfte von 7032 Personen benützt. Im Durchschnitt kommen auf einen Betriebstag 3300 Badegäste, eine Zahl, die für den Monat Jänner ausserordentlich günstig ist.

Rattenkampftage im März 1927. Zur Fortsetzung der planmässigen Rattenvertilgung in Wien finden, wie schon mit der Kundmachung des Magistrates vom 21. November 1926 verlautbart worden ist, am 3. und 4. März 1927 neuerdings allgemeine Rattenkampftage statt.

An diesem Tage sind die von der Behörde bestimmten Meezwiebelköder auszulegen, deren Einheitspackung zu je zwanzig Köder um den Preis von S 1.7 vom 25. Februar angefangen, bei allen Gifthändlern in Wien erhältlich sein wird.

Für die Durchführung der Rattenvertilgung an diesen beiden Tagen gelten folgende Vorschriften:

Nach dem Gesetze sind die Eigentümer (Pächter, Nutzniesser) der Realitäten verpflichtet, die Ratten zu vertilgen. Die Vertilgungsmassnahmen sind in allen Realitäten durchzuführen, ohne Rücksicht darauf, ob in diesen das Vorkommen von Ratten nachweisbar ist oder nicht. Die Eigentümer können die Vertilgung entweder persönlich ausführen oder in ihrem Namen von anderen Personen ausführen lassen oder aber an konzessionierte Rattenvertilger übertragen.

Die konzessionierten Rattenvertilger haben sich bei der Berechnung des Preises für diese Arbeiten an die mit dem Wiener Magistrate vereinbarten Richtlinien zu halten. Die Kosten der Rattenvertilgung und der Beschaffung des Rattengiftes können als Betriebskosten in den Mietzins eingerechnet werden.

Zur Beschaffung der Giftköder sind die von den ersten Kampftagen im Jänner ausgegebenen gelben Giftbezugsscheine zu verwenden. Wurden diese Abrisse des Giftbezugsscheines beim ersten Bezuge des Rattengiftes dem Gifthändler überlassen, so ist der neue Giftbezugsschein bei demselben Gifthändler unter Vorweisung des Bezugsscheines anzumelden. Wenn der Giftbezugsschein in Verlust geraten ist, so hat sich der Hauseigentümer oder sein Stellvertreter beim magistratischen Bezirksamte um die Ausfolgung eines neuen Giftbezugsscheines zu bewerben und mit diesen die Rattenköder bei einem Gifthändler zu beziehen; desgleichen kann beim magistratischen Bezirksamt eine etwaige Erhöhung der bereits seinerzeit angewiesenen Giftmenge angesprochen werden. Hauseigentümer, die das Rattengift bei einem Gifthändler bestellt, aber nachträglich die Durchführung der Arbeiten einem Rattenvertilger übergeben haben, müssen unbedingt entweder die bestellte Gifmenge beim Gifthändler selbst beziehen und bezahlen oder vom Rattenvertilger verlangen, dass er die Köder bei jenen Gifthändler bezieht, bei dem bestellt worden ist.

Wer dies nicht tut, setzt sich der Gefahr aus, im Klageweg zur Bezahlung der bestellten Giftmenge herangezogen zu werden. Die Rattenköder sind in den Abendstunden des 2. März auszulegen, während des 3. und 4. März liegen zu lassen und die Reste am 5. März wieder einzusammeln. Die Köder sollen beim Auslegen nicht mit den blossen Händen berührt werden, weil sie sonst von den Ratten nicht aufgenommen werden.

In jeder Realität müssen wenigstens zwanzig Köder ausgelegt werden. In Häusern mit mehr als 240 Quadratmetern verbauter Fläche mindestens vierzig Köder, sie sind insbesondere an jenen Orten auszulegen wo erfahrungsgemäss Ratten vorkommen. (Vor allem im Keller, in den Hauskanälen, Stallungen, Mistablagerungsstätten, Schuppen u.dgl.) Je sorgfältiger und reichlicher bei der Auslegung vorgegangen wird, desto grösser wird der Erfolg sein. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, dass es für den Erfolg besonders wichtig ist, einige Tage vor der Köderauslegung alle den Ratten sonst irgendwie zugänglichen Nahrungsmittel zu verschliessen oder zu beseitigen, so dass sie gezwungen sind, ihren Hunger an vergiftetem Köder zu stillen.

Die ordnungsgemässe Durchführung dieser Anordnungen wird durch Amtsorgane überwacht. Wer den Vorschriften zuwiderhandelt, wird im Sinne der gesetzlichen Bestimmungen zur Verantwortung gezogen.

Die Fibel wird den Schulkindern geschenkt. Die Gemeindeverwaltung hat bis zum vergangenen Frühjahr den Kindern der ersten Schulklassen die Fibel ("Wiener Kinder erstes Buch") leihweise überlassen. Die Bücher wurden am Schluss des Jahres eingesammelt und im nächsten Schuljahr für die neueintretenden Kinder wieder verwendet. Der Wiener Stadtsenat hat nun beschlossen, das Lehrbuch "Wiener Kinder erstes Buch" den Kindern der ersten Volksschulklasse nach Vollendung des Schuljahres geschenkweise zu überlassen. Es wird gewiss in späteren Jahren eine Erinnerung an die Schulzeit bilden. Aber auch vom Standpunkt der Hygiene betrachtet, bedeutet der Beschluss des Stadtsenates einen grossen Fortschritt, weil nunmehr jedes Kind sein eigenes Buch besitzt. Das Buch ist bekanntlich gebunden und auf gutem Papier schön hergestellt.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y

48
Zweite Ausgabe

Wien, Freitag, den 11. Februar 1927.

W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 11. Februar 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr nachmittags die Sitzung. Auf der Tagesordnung stehen 48 Geschäftsstücke. Davon werden 36 ohne Wortmeldung genehmigt. Darunter befinden sich die Anträge auf Bewilligung eines Betrages von 500.000 Schilling für die Gruppe der Gemeinde Wien innerhalb der Ausstellung "Wien und die Wiener", auf Errichtung eines Planetariums an der Museumstrasse durch die Wiener Messe für diese Ausstellung, auf Gewährung von Subventionen an den ersten österreichischen Krüppelarbeitsverein, an die Gesellschaft zur Förderung des Milchverbrauches, an die Wiener Graphische Gesellschaft und an die Wiener volkstümlichen Universitätskurse, auf Verleihung eines Ehrenpreises an den Geflügelzuchtverein, auf einige Grund- und Hauskäufe, auf Strassenherstellungen in Währing (Wilbrandtgasse und Scheimpfluggasse) und in Floridsdorf (Magdeburgstrasse), auf Anschaffung einer Umformeranlage für den Stadtbahnbetrieb mit einem Kostenaufwand von 140.000 Schilling, auf Erneuerung von Oberleitungsanlagen der städtischen Strassenbahnen mit einem Kostenbetrag von 230.000 Schilling, auf die Herstellung von Zubauten und Pflasterungen in den Bahnhöfen der Strassenbahnen mit einem Aufwand von 144.000 Schilling, auf Erneuerungen an Hochbauten und Streckengebäuden der Strassenbahnen mit einem Erfordernis von 400.000 Schilling. Zur Deckung der Kosten der Fremdenverkehrskommission wurde für das Jahr 1927 ein Beitrag von 200.000 Schilling bewilligt. Auf Antrag des Gemeinderates Schütz wird auch im Jahre 1927 ein Wettbewerb "Wien im Blumenschmuck" mit Geldpreisen und Diplomen ausgeschrieben. Auf Antrag des Stadtrates Professor Tandler werden für die Kosten der Schülerspeisung in den Schulen, Kindergärten und Horten Zuschusskredite von 263.900 Schilling bewilligt.

Vizebürgermeister Emmerling berichtet über verschiedene Investitionen im Braunkohlenbergwerk Zillingsdorf. Durch die Anschaffung einer Förderbandanlage, durch die Aufstellung einer Versuchskohlentrocknungsanlage und durch die Erbauung einer Hochseilbahn soll der Betrieb modernisiert und verbessert werden. Die Investitionen erfordern einen Sachkredit von 2,415.000 Schilling.

Gemeinderat Panosch (chr. soz.) bemängelt, dass zu diesem wichtigen Referat keine näheren Informationen gegeben wurden. Er weist auch darauf hin, dass infolge dieser Modernisierung des Betriebes etwa dreihundert Angestellte im Laufe der Zeit werden abgebaut werden müssen. Wenn ein Privatunternehmer infolge Mechanisierung seines Betriebes Arbeiter abbaut, so wettern die Sozialdemokraten gegen das Kapital. Bei Ihnen aber selbst heisst Mechanisierung Betriebsfortschritt, den man eben machen müsse.

In seinem Schlusswort erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass Direktor Karel über die Investitionen in Zillingdorf einen fast einstündigen Vortrag gehalten habe. Im übrigen erklärt Vizebürgermeister Emmerling, dass sich der Abbau in den städtischen Unternehmungen gar sehr von einem Abbau in der Privatindustrie unterscheidet. Die Arbeiterschaft der Privatindustrie würde froh sein, bei einem Abbau solche Möglichkeiten einer Existenzveränderung zu haben, wie sie die Gemeinde Wien ihren Angestellten bietet.

Der Antrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Broczyner ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von 24.000 Schilling zur Deckung der Mehrauslagen der Fremdenverkehrskommission und um Bewilligung einer Subvention von 200.000 Schilling für das Jahr 1927 ebenfalls für die Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich. Die Fremdenverkehrskommission, die erst im Vorjahre geschaffen wurde, hat sehr viel schöne Erfolge aufzuweisen. Wien hatte z.B. im Vorjahr mehr Fremde als Berlin.

Gemeinderat Zimmerl (chr. soz.) erklärt, dass die Christlichsozialen mit Freude die Erfolge der Fremdenverkehrskomission begrüssen und für jeden Antrag stimmen werden, der geeignet ist, den Fremdenverkehr zu heben. Aber es gehe nicht an, den Fremdenverkehr auf der einen Seite zu heben und ihn auf der anderen Seite zu hindern. Wir haben bei der Budgetberatung eine Reform der Finanzpolitik Breitners verlangt. Stadtrat Breitner hat uns aber erklärt, dass unsere Anträge nicht erledigt werden. Weiss er damit, was er gesagt hat? Ein Hindernis für die Hebung des Fremdenverkehrs ist vor allem die Fremdenzimmerabgabe, deren Beseitigung wir verlangt haben. Wien ist die einzige Stadt, die eine solche Abgabe hat, und wir werden solange kämpfen, bis diese Abgabe verschwindet. Die Fremden wähnen sich in Wien als die Steuerobjekte Breitners. Breitner wird daher vor allem die Fremdenzimmerabgabe abschaffen müssen. Wir stimmen für den Antrag, aber wir werden immer darauf aufmerksam machen, dass nur durch eine vernünftige Steuerpolitik, soweit sie den Fremdenverkehr betrifft, dieser gefördert werden kann.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Broczyner, dass in vielen Ländern die Fremdenzimmerabgabe eingehoben wird. In vielen Ländern werden auch von den Fremden Staatsgebühren bezahlt. Wien ist gegenwärtig eine der billigsten Städte. Der Fremdenverkehr ist stets im Zunehmen begriffen. Im Uebrigen hat jeder Fremde in Wien auch die Warenumsatzsteuer zu bezahlen. (Widerspruch bei den Christlichsozialen).

G.R. Meyer (chr. soz.) Reden Sie nicht von der Warenumsatzsteuer, denn Sie bekommen vierzig Prozent davon.

G.R. Broczyner: Wenn behauptet wird, dass die Fremden in Wien gewurzt werden, so ist das sehr stark übertrieben.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Fischer beantragt mehrere Sachkredite für den Aufbau der Leitungsnetze der städtischen Elektrizitätswerke und der öffentlichen Beleuchtung. Als Beitragsleistung für 1927 für den Bau der Friedensbrücke wird ein Sachkredit von 33.000 Schilling angesprochen, für die Weiterführung der Elektrifizierung der öffentlichen Beleuchtung im Jahre 1927 sind 1,012.000 Schilling, für den Ausbau der Hochspannungsspeisekabelnetze sind 2,600.000 Schilling, für den Ausbau des Speiseleitungsnetzes für Gleichstrom, Verlegung von Verteilleitungen, Herstellung von Anschlüssen, Errichtung von Transformatorenanlagen und Umschaltung eines Teiles des Wiener Elektrizitätsgesellschaftsnetzes sind 2,139.000 Schilling und schliesslich für die Herstellung von Verteilleitungen und Transformatorenanlagen im Ueberlandsnetz sowie für den Ausbau verschiedener Ortsnetze 370.000 Schilling notwendig.

G.R. Schelz begrüsst den beabsichtigten Ausbau des Kabelnetzes der Elektrizitätswerke,wünscht jedoch über einzelne Posten Aufklärung insbesondere eine Präzisierung der Beitragsleistung.Schliesslich bemängelt er die Art der Bedeckung durch Bankkredite.

G.R. Zimmerl (chr.soz.) findet es für notwendig,dass eine Abänderung über die Verrechnung der Kosten der öffentlichen Beleuchtung durch eine eigene Vorlage,die dem Gemeinderate zu unterbreiten wäre berwerkstelligt werde.Man wird dann wissen wer künftighin für die öffentliche Beleuchtung aufzukommen hat.

Der Referent entgegnet es handle sich um die Restpost für Nachtragsarbeiten.Bezüglich der öffentlichen Beleuchtung werden die Kosten auf das Gas werk und das Elektrizitätswerk aufgeteilt,ein bestimmter Betrag für jedes einzelne Werk kann augenblicklich nicht angegeben werden.Die Frage der Bedeckung sei schon in der Budgetdebatte vom Finanzreferenten ausführlich erläutert worden.

Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Fischer beantragt zur Anschaffung von rund 40.000 Stück Elektrizitätszählern,Schaltapparaten für Spezialtarife und Speicheranlagen den Elektrizitätswerken einen Sachkredit von 1'7 Millionen Schilling einzuräumen.Hievon ist der Betrag von einer Millionen Schilling durch einen Bankkredit zu bedecken, der Rest von 700.000 Schilling auf die Wertverminderungsabschreibung zu verweisen.

G.R. Hörmayer (chr.soz.)wünscht Aufklärung,bei welchen Firmen die Bestellungen gemacht werden und ob durchwegs Inlandfirmen die Aufträge erhalten.Es darf nicht vorkommen,dass Auslandsfirmen die Bestellungen bekommen zu einer Zeit wo es im Inland so viel Arbeitslose gibt.

G.R. Zimmerl (chr soz.)erklärt feststellen zu müssen , dass auch bei dieser Post über die Art der Bedeckung unzulässige Vorschläge gemacht werden.Es möge endlich die Bilanz der grossen städtischen Unternehmungen dem Gemeinderate bekanntgegeben werden.

Der Referent erwidert,dass die Zähler durchwegs im Inland erzeugt und an das Ausland nichts vergeben wird.Die Elektrizitätswerke überwachen sogar genau dass die mit den Lieferungen beteilten Firmen nicht einzelne Bestandteile aus dem Ausland beziehen.

Der Antrag wird dann angenommen.

St.R. Tandler beantragt die Errichtung einer ärztlichen Mutterberatungsstelle im Entbindungsheim der Stadt Wien, das sich im Brigittaspital befindet.

G.Rtin. Dr. Motzko (chr,soz.) hat gegen den Ausbau der Mutterberatung nichts einzuwenden,wendet sich jedoch gegen die vollständige Monopolisierung der Mutterberatung durch die Gemeinde und tadelt die völlige Ausschaltung der freiwilligen Fürsorge.Auch hier werde in einseitiger Art gegen den Karitasverband Front gemacht.Die gesamte Mutter- und Säuglingsfürsorge soll durch städtische Stellen ersetzt werden, nur eine Stelle erfreue sich der Gunst des Rathauses,der Zentralkrippenverein,der sozialdemokratisch orientiert ist und neuestens sogar eine Kinolizenz erhielt,die man dem Hilfsverein für Lungenkranke weggenommen hat mit der Begründung, dass der Zentralkrippenverein wichtiger sei, weil er für die ganze Stadt Wien arbeite.Das sei ein deutlicher Beweis wie stark der Fürsorgegedanke mit der Parteipolitik verknüpft werde.Die Gemeinde habe kein Recht das gesamte Familienleben zu sozialisieren.Die angekündigte Beteilung sämtlicher Wöchnerinnen mit Säuglingswäsche sei ein verfrühter Wahlschlager,denn die Angelegenheit stekke noch in den ersten Anfängen.

St.R. Tandler entgegnet, dass das Entbindungsheim in einem Elendsviertel Wiens in der Brigittenau sich befinde und einer eigenen Mutterberatungsstelle bedürfe.In Wien bestehen 70 Mutterberatungsstellen, dass sei zweifellos zu viel in einer Stadt in der im Jahr 23.000 Kinder geboren werden.Redner bemerkt er werde sich mit den privaten Vereinigungen nicht um die Säuglinge raufen aber er habe die Mission Säuglings- und Mutterberatung zu betreiben,insbesondere für die ledigen Mütter zu sorgen. Seine Intention sei der möglichste Ausbau der schwangeren Beratung.Seinerzeit habe er den Vertretern der privaten Vereine vorgeschlagen, mit der Gemeinde gemeinsam die Mutterberatung vorzunehmen.Die unentgeltliche Beteilung von schwangeren Frauen mit Säuglingswäsche sei eine ernste Angelegenheit.

G.R. Angermayer (chr soz.):Das sind die Wahlwindel!

St. R. Tandler:Sie können nicht von uns verlangen, dass wir heute schon die Wahlzwetschkenknödel machen.(Heiterkeit bei der Mehrheit).

G.R. Preyer(chr.soz.):Da wird draufstehen:Wählet sozialdemokratisch!

Str.R. Tandler Auf diese Idee bin ich bisher nicht gekommen, nehme sie aber zur Kenntnis,jedenfalls werden wir uns bemühen, die Windel weiss zu lassen.(Heiterkeit).Wir geben auch leute den armen Frauen Wäsche.Neu daran ist,dass heute eine ganze Reihe Recherchen notwendig ist, bevor wir den armen Frauen helfen können.Wir sagen uns, dass es notwendig ist hier ein rascheres Tempo einzuschlagen.Es sollen jene Frauen, die arm sind,schon in den letzten zwei Monaten ihrer Schwangerschaft ihre Wünsche mitteilen können.Sie werden vorgemerkt,damit sie rechtzeitig die Säuglingswäsche erhalten.

G.R. Müller (chr,soz.) :Wenn es aber eine Frühgeburt ist?

St.R. Tandler:Ich möchte den Herrn Gemeinderat mitteilen,dass nach sieben Monaten eine Frühgeburt nicht mehr möglich ist.(Heiterkeit) Deshalb wählen wir ja die letzten zwei Monate.(Zwischenrufe des Gemeinderates Müller(.Ich lade den Herrn Gemeinderat ein mit mir privat sich über das Kapitel Frühgeburten zu beraten,ich werde ihnhinlänglich sexuell aufklären.(Grosse Heiterkeit).Ich bitte um die Annahme des Antrages.Der Antrag wird hierauf angenommen.

G.R. Kohl referiert über den Ankauf von Gründen an der Dietrichgasse-verlängerten Rüdengasse und Erdbergerlände.Die Gründe würden von der Firma G.Roth A.G.der Gemeinde Wien zum Kauf angeboten und schliesslich um 130.000 Schilling gekauft.

St. R. Rummelhardt (chr.soz.):Wir haben erwartet,dass Gemeinderat Kohl,sobald er am Referententisch erscheint,das Gutmacht, was er verbrochen hat.Wir haben es uns schon nicht erklären können,wie der Herr Gemeinderat Kohl überhaupt als Referent berufen werden kann.Wir haben erwartet,dass Herr Kohl seine Aeusserungen zurücknimmt und uns um Entschuldigung bittet.Gemeinderat Kohl hat nämlich im

Der Vorsitzende Gemeinderat Weigl:Das war ja nicht im Saal!

Lebhafter Widerspruch bei den Christlichsozialen und Rufe:Frechheit bleibt Frechheit!

St.R. Rummelhardt:Gemeinderat Kohl hat nämlich im Garderoberaum in den wir ebenfalls aufhalten müssen die Aeusserung getan,er werde die Arbeiter der Siemens Schuckertwerke holen,damit sie uns hinauswatschen. Wir mussten,da wir uns in diesem Garderoberaum,wie schon gesagt,ebenfalls aufhalten müssen, diese rüge Bemerkung hören.Wir weisen Sie auf das entschiedenste zurück....

Auf den Bänken der Christlichsozialen entetsht ein tumultöser Lärm.Dem Gemeinderat Kohl wird zugerufen:Das lassen wir uns nicht bieten!

St.R. Rummelhardt (chr.soz.)Ich erkläre hier ausdrücklich, dass ich diese Aeudserung des Herrn Gemeinderates Kohl auch als eine Beleidigung der Arbeiterschaft der Schuhkunstwerke empfinde,weil Kohl die Arbeiter zu seinen Bütteln aufgerufen hat.Wir protestieren dagegen,dass Kohl am Referententisch verbleibt,so lange er seine Aeusserungen nicht zurückgenommen hat.

Als Stadtrat Rummelhardt seine Ausführungen beendet hatte, rufen die Christlichsozialen im Chor: Abzug Kohl! Als Gemeinderat Kohl sein Schlusswort halten will, ziehen einzelne Christlichsoziale die Laden aus ihren Bänken und schlagen damit auf die Pulte. Andere bearbeiten mit Fäusten, Aktentaschen und Büchern die Pulte. Dabei rufen die Christlichsozialen unausgesetzt: Watschenreferent! Abzug Watschenmann! Der Lärm dauert einige Minuten und Gemeinderat Kohl spricht nur für die Stenografen, die zum Referententisch geeilt sind, verständlich, einige Schlussätze. Unter lebhaftem Beifall der Mehrheit verlässt Gemeinderat Kohl den Referententisch.

Als Ruhe eingetreten ist, erteilt der Vorsitzende der Gemeinderätin Lippa (Soz.Dem.) das Wort, die über die geschenkweise Ueberlassung der Fibel für die Kinder der ersten Volksschulklasse berichten soll.

Gemeinderätin Lippa hat kaum einige Sätze gesprochen, als Gemeinderat Doppler (chr.soz.)ruft: Die Mehrheit identifiziert sich mit dem Gemeinderat Kohl! Die Sozialdemokraten rufen: Ihr könnts zerspringen! Gemeinderat Hedorfer eilt zu den Bänken der Christlichsozialen und ruft: Jetzt könnt ihr aber doch einmal Ruhe halten, es referiert doch eine Frau. Die Christlichsozialen rufen unausgesetzt: Pfui! Abzug Kohl! Gemeinderat Reismann (Soz.Dem.) ruft: Der Herr Rummelhardt wird mit uns nicht kommandieren! Gemeinderat Doppler: Herr Kohl soll sich parlamentarisch benehmen. Gemeinderat Reismann: Sie brauchen doch selbst einen Kurs über parlamentarische Sitten! Sie und die Herren Stöger und Preyer haben sich hier die grössten Gemeinheiten geleistet und sich nie entschuldigt! Bei diesen Worten springt Gemeinderat Doppler, der nur durch einen Gang von Gemeinderat Reismann getrennt sitzt, auf und es hat den Anschein, als wollte er sich auf den Gemeinderat Reismann stürzen. Sofort eilen von allen Seiten Gemeinderäte herbei, die einen Zusammenstoss verhindern. Man hört in dem Lärm den Gemeinderat Stöger nach einem Ordnungsruf für Gemeinderat Reismann rufen . Gemeinderat Preyer schreit: Das ist ein parteiischer Vorsitzender! Die Sozialdemokraten rufen dem Gemeinderat Preyer lachend zu: Lauter! Lauter!

Endlich gelingt es dem Vorsitzenden, Gemeinderat Weigl die Ruhe herzustellen und Gemeinderätin Schlösinger (chr.soz.) führt nun aus: Wenn Herr Gemeinderat Weigl den Vorsitz führt,achtet er strenge auf eventuelle Kritiken,die seiner Partei zukommen.Er hält sich aber nicht daran,wenn es sich um Anflegelungen der Minderheit handelt.

G.R. Preyer (chr.soz.) :Das ist ein parteiischer Vorsitzender!

G. Rtin.Schlösinger:Ich will nun zu dem Antrag selbst sprechen. Ich habe hier einige Musterfibeln mitgebracht.

Sie zeigt eine solche Fibel,hebt sie hoch und aus der Bibel fallen einzelne Blätter heraus.

G.R. Preyer (chr.soz.):Das ist die sozialdemokratische Musterlektüre für die Kinder!

G.Rtin Schlösinger:So lange sich das Buch in einem guten Zustand befindet,wird es den Kinder nicht geschenkt.Wenn es aber sich schon in einem unbeschreiblichen Zustand befindet,dann ist es für ein Geschenk gut genug.Die Kinder werden sich von solchen fliegenden, schmutzigen Blättern mit Ekel abwenden und die Mütter werden diese losen Blätter,bei denen man noch befürchten muss,dass sie sehr stark Bakterien weiterverbreiten,in den Ofen stecken.Es ist für die Gemeinde Wien eine Schande,derartige Geschenke zu machen.Nicht alle Kinder aber kommen für dieses Geschenk in Betrabt.Eine grosse Zahl von Fibeln fehlt überhaupt in den Schulen,weil eben zu wenig Fibeln da sind. Die Einführung dieser Fibel ist überhaupt ein Musterbeispiel,wie Bücher von Ihnen eingeführt werden.Früher wurde jedes Buch von den Lehrerkonferenzen gewissenhaft geprüft.Heute ist es anders.Heute tun sich ein paar Parteimänner zusammen und geben ein Buch heraus.Die Bücher passieren nur die Jugendschriftenprüfungskommission ,die sich das Vertrauen der Lehrer schon lange verwirkt hat.Diese Prüfungskommission hat zum Beippiel auch die "Reise ins Hottentottenland" ein skandalöses Erzeugnis befürwortet.Auch diese Fibel ist ohne Befragung der Lehrerschaft in die Schulen gekommen.Mit ihr wurde der Lehrerschaft eine neue Methode aufgezwungen. Wir hatten früher eine ganz ausserordentlich gute Fibel.Die jetzige weist viele Mängel auf,von christlich deutscher Kultur steht in der Fibel überhaupt nichts darinnen.

Rednerin stellt sich schliesslich den Resolutionsantrag bei Einführung neuer Lehr- und Lesebücher nach den Bestimmungen des Reichsvolksschulgesetzes und der Unterrichtsordnung das Recht der Lehrerschaft auf Mitberatung durch die Lehrerkonferenzen zu wahren.

Gemeinderätin Lippa stellt in ihrem Schlusswort fest, sie habe der Gemeinderätin Schlösinger über die Verwendungsdauer der Schulbücher die Auskunft geben lassen, dass diese Bücher für ein Jahr zu verwenden seien.

Der Antrag wird sodann angenommen, der Resolutionsantrag Schlösinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

Gemeinderats Rausnitz beantragt einen Nachtragskredit von 56.000 Schilling zu den Kosten der Erbauung eines Sandlagers im Bahnhof Rudolfsheim der städtischen Strassenbahnen, und begründet diese nachträgliche Forderung damit, dass während der Arbeiten ein Wassereinbruch erfolgte, und verschiedenen Nebenarbeiten durchgeführt werden mussten, die eben grösseren Aufwand erfordern.

Gemeinderat Haider (chr.soz.) lässt diese Begründung nicht gelten, weil nach seiner Anschauung bei entsprechend sorgfältiger Untersuchung des Bodens unschwer hätte festgestellt werden können, dass das Erdreich zur Erbauung der Sandstädte ungeeignet ist. Er bezeichnet die Forderung des Nachtragskredites als leichtfertiges Verschleudern von Steuergeldern.

Der Referent entgegnet, selten sei ein Vorwurf unbegründeter gewesen, wie der eben vorgebrachte. In unmittelbarer Nachbarschaft der Anlage befinde sich eine Wagenhalle und bei deren Erbauung ist ein um einige Meter tieferer Grund ausgehoben worden, ohne dass auch nur ein Tropfen Wasser zum Vorschein gekommen wäre. Man konnte also mit Recht annehmen, dass auch der Nachbarplatz für die geplante Anlage geeignet sei. Während der Arbeiten stiess man aber unvermutet auf eine Wasserader, deren Vorhandensein doch niemand vorher wissen konnte.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Gemeinderat Reisinger beantragt für die im Jahre 1927 vorgesehenen Geleiseerneuerungen der städtischen Strassenbahnen einen Sachkredit von 3.8 Millionen Schilling zu bewilligen. Die Auswechslungen umfassen hundert Objekte, die sich auf alle Bezirke verteilen.

Gemeinderat Lehninger (chr.soz.) sagt, dass er auf verschiedene Uebelstände bei den Auswechslungsarbeiten hinweisen müsse. Die Geleise befinden sich vielfach in geradezu skandalösem Zustande, insbesondere an der Peripherie der Stadt. Trotz dieser unerlässlichen Erneuerungsarbeiten wird der Abbau der Strassenbauarbeiter fortgesetzt, es werden Leute mit sieben bis vierzehn Dienstjahren plötzlich Knall und Fall entlassen. Später stellt man sie dann als billige Saisonarbeiter ein. Der ärgste kapitalistische Unternehmer könne es nicht ärger treiben. Die Gemeinde aber habe die Pflicht in ihren eigenen Unternehmungen mit gutem Beispiel voranzugehen.

Gemeinderat Reisinger entgegnet, dass die Geleisearbeiter Saisonarbeiter seien und acht bis zehn Monate im Dienste stehen. Die Beschwerden des Gemeinderates Lehninger betreffen Einzelfälle, die er dem zuständigen Stadtrat Emmerling zur Kenntnis bringen werde.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Gemeinderat Schneider beantragt die Bewilligung eines Nachtragskredits von 3000 Schilling für den Strassenbau in der Untermeidlingerstrasse.

Vierter Bogen.

Gemeinderat Merbaul (chr.-soz.) spricht über die Strassenverhältnisse des Bezirkes Margareten und beklagt ausbesondere den Zustand der den Nachmarkt begrenzenden Strassen.

In seinem Schlusswort erwidert Gemeinderat Schneider, dass die Gemeinde immer bestrebt ist, die Strasse in einem guten Zustand zu versetzen.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Schütz berichtet, dass die Vakuum Oil Compagnie A.G. um Aufstellung einer öffentlichen Benzinzapfstelle innerhalb der öffentlichen Anlage auf dem inneren Lerchenfeldergürtel nächst der Einmündung der Lerchenfelderstrasse angesucht hat. Er ersucht daher die Bestimmungen über die Festsetzung von Parkschutzgebieten entsprechend zu ändern.

Gemeinderat Ullreich protestiert gegen die Aufstellung der Benzinzapfstelle. Erstens befinden sich an dieser Stelle schon viele andere Objekte, wodurch die Allee verschandelt wird und zweitens bringt die Nähe zweier dort befindlicher Gasdrucklegerhäuschen für das Benzinreservoir eine Explosionsgefahr. Er stellt daher den Antrag, das Geschäftsstück rückzuverweisen und einen anderen Aufstellungsort für die Benzinzapfstelle zu wählen.

Gemeinderat Schütz erklärt, dass die Benzinlagerung von der Baupolizei genehmigt sei und jede Explosionsgefahr ausgeschlossen ist.

Der Rückverweisungsantrag des Gemeinderates Ullreich wird abgelehnt und der Antrag des Berichterstatters angenommen.

Um 9 Uhr bricht der Gemeinderat die Geschäftssitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

50
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 12. Februar 1927.

-.-

Die viertelstündige Arbeitsruhe der städtischen Angestellten für die Schattendorfer Opfer. Ein Wiener Nachmittagsblatt teilt heute mit, dass die Vorstände sämtlicher Aemter der Gemeindeverwaltung gestern einen Erlass der Magistratsdirektion zugestellt erhielten, in dem sie aufgefordert werden, dem Magistratsdirektor sofort bekanntzugeben, ob der viertelstündige Demonstrationstreik anlässlich der Trauerfeier für die Opfer von Schattendorf in ihrem Amte lückenlos eingehalten wurde oder ob sich etwaige Anstände dabei ergeben hätten. Demgegenüber stellt die Magistratsdirektion fest, dass diese Meldung vollständig aus der Luft gegriffen ist. Es wurde weder ein Erlass bezüglich des Demonstrationsstreikes selbst noch ein Erlass über die Einhaltung von der Magistratsdirektion herausgegeben.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die argentinische Reisegesellschaft im Rathaus. Heute abends wurde die seit einigen Tagen in Wien weilende argentinische Reisegesellschaft im Rathaus empfangen. In Vertretung des argentinischen Gesandten war Generalkonsul Juan Carlos Godoy erschienen. Für die Gäste hielt Dr. Fernando R. Torres an den Bürgermeister eine Ansprache, in der er für den freundlichen Empfang, den die Reisegesellschaft in Wien und insbesondere im Wiener Rathaus gefunden hat, herzlich dankte. Wien sei in Argentinien als Musik- und Kunststadt, als eine Stätte der wissenschaftlichen Forschung weiten Kreisen bekannt. Richard Strauss und Felix Weingartner haben viel dazu beigetragen, dass der Ruhm Wiens in Argentinien verbreitet wurde. Die Gäste haben in Wien viel schönes gesehen und waren insbesondere überrascht von den grossartigen monumentalen Bauten, die die Gemeindeverwaltung zur Bekämpfung der Wohnungsnot errichtet hat. Diese Bauten werden ein bleibendes Denkmal des Wiederaufbaues der Stadt Wien sein. Die Rede wurde von Professor R. Kraus übersetzt, worauf Bürgermeister Seitz die Gäste herzlich willkommen hiess. Der Bürgermeister dankte für den Besuch der ein Zeichen für die Anknüpfung neuer Beziehungen von Volk zu Volk sei. Diese Beziehungen haben durch den Krieg stark gelitten. Es ist zu hoffen, dass die neue Zeit und die neue Generation die Menschen wieder einander näher bringen werden und auch die argentinische Reisegesellschaft ist ein begrüssenswerter Anfang auf diesem Wege. Der Bürgermeister dankte dann für die freundlichen Worte der Anerkennung der Arbeit der Stadtverwaltung

-.-.-.-.-.-.-

Die Sicherung des Wahlrechtes. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass die Wählerverzeichnisse für die heuer stattfindende Nationalratswahl nur mehr am Sonntag und Montag in den magistratischen Bezirksämtern aufliegen. Reklamationen können nur mehr an diesen beiden Tagen schriftlich oder mündlich vorgebracht werden. Die Wählerlisten sind am Sonntag von 9 - 12 Uhr und am Montag von 15 - 19 Uhr allgemein zugänglich. Die Reklamationen müssen dort vorgebracht werden, wo die Wählerlisten aufliegen.

-.-.-.-.-.-.-.-

-.-

Donaukraftwerk Wien und Rhein - Main - Donau - Kanal. Die Stadt Köln ist seit dem Friedensschluss, der mit der Sprengung des Festungsgürtels einherging, im Begriffe ihre Verkehrseinrichtungen in grosszügigster Weise neu zu gestalten. Hieher gehört auch die Anlage eines gewaltigen Handels- und Industriehafens. Das Industriegelände wird 550 Hektar, der neue Handelshafen 108.5 Hektar Landfläche umfassen. Diese bedeutenden Abmessungen werden durch die grossen Zukunftsaussichten des Handelsplatzes Köln gerechtfertigt, der durch den Friedensschluss neue kräftige Impulse erhalten hat und dessen industriell hoch entwickeltes und mit reichen Kohlenschätzen gesegnetes Hinterland der Stadt noch ein ausserordentliches, stetig anhaltendes Wachstum gewährleistet.

Die Pläne zu diesen neuen Hafenanlagen stammen von Regierungsbaumeister a.D., Oberbaurat Bock, einem hervorragenden praktischen Fachmann, der auch die Hafenanlagen für die Stadt Mainz und andere Hafenplätze entworfen hat und der sich im Hinblick auf den für Köln bedeutsamen Ausbau des Rhein - Main - Donau - Kanals seit Jahren auch für Wien als Hafenplatz interessiert.

Oberbaurat Bock hat nun dem Wiener Magistrat ein Gutachten darüber erstattet, wie sich der Rhein-Main-Donau-Kanal auf Wien als Donauhandelsplatz veraussichtlich auswirken wird. Trotzdem die Eröffnung dieser Wasserstrasse frühestens in fünfzehn Jahren zu gewärtigen ist, wird in der Oeffentlichkeit immer wieder auf die angebliche Notwendigkeit der raschestens Erbauung grosser Häfen in Wien im Hinblick auf die zu gewärtigenden Auswirkungen dieses Schiffahrtskanales hingewiesen. Allerdings sind die Meinungen über die Auswirkungen des Rhein-Main-Donau-Kanales auf den Wiener Handelsplatz geteilt, wenngleich die Mehrzahl der Stimmen sich eine Belebung erhofft : häufig sind aber jene Stimmen, die sich einen "gewaltigen" Aufschwung Wiens versprechen, unfachmännisch und es wird daher das Urteil eines so erfahrenen Sachverständigen, wie es Oberbaurat Bock ist, besonders interessieren.

Zu seiner Studie hat Bock alles statistische. österreichische und deutsche Material herangezogen das überhaupt erreichbar war. Zunächst wird das verkleinerte Einzugsgebiet des Hafenplatzes umschrieben und bemerkt, dass das Einzugsgebiet des Verkehrsplatzes Wien durch die neuen Grenzziehungen und durch gewisse andere Umstände eine erhebliche Einschränkung erfahren hat, deren Auswirkungen sich noch nicht einwandfrei übersehen lassen; so wäre an sich dank seiner zentralen Lage zum westlichen Teil der Tschechoslovakei (Böhmen) Wien der bevorzugte Umschlagplatz für den Donauverkehr dieses Gebietes, da es sehr günstige Bahnverbindungen dahin unterhält, jedoch werden die Anstrengungen dieses Staates, die auf die wesentliche Verbesserung der Umschlagsanlagen in den nationalen Donauhäfen Pressburg und Komorn abzielen, Wien diesen Vorzug mit Erfolg streitig machen. Das Hinterland von Wien nach Süd-Westen hin, hat gleichfallsdurch die neue Grenzziehung des jugoslavischen Staates Einbusse erlitten, ausserdem erwächst in dem nahen Linz, das sich gleichfalls einer grosszügigen Hafenpolitik zuwendet, für dieses Gebiet ein scharfer Wettbewerb hinsichtlich des Hafenplatzes Wien. Man wird daher bei Erstellung des Rhein-Main-Donau-Kanales mit der Abwanderung des Eisenbahnverkehres auf diese Wasserstrasse mit grösserer Sicherheit nur bei denjenigen Wagen wegen rechnen können, die mit der Wasserstrasse gleichgerichtet sind, also vor allem auf den das Donautal begleitenden Westostverbindungen.

Es wird hierauf der Verkehr der Wiener Bahnhöfe untersucht und errechnet, dass aus der Abwanderung des Bahnverkehres zum Schiff ein Donauverkehr von rund 520.000 Tonnen im Betracht komme, wenn man voraussetzt, dass zur Zeit der Vollendung des Kanales das Wirtschaftsleben wieder den Stand von 1913 erreicht haben würde, was man vorsichtigerweise wohl annehmen darf.

"Aber auch diese Schätzung hat nur eine Berechtigung unter der Voraussetzung, dass der ganze Donaulauf westlich und östlich von Wien dem Schifftyp der zukünftigen Rhein-Main-Donau-Schiffahrtsstrasse von 1200 Tonnen angepasst ist; denn mit dem zur Zeit auf der österreichischen Donaustrecke massgeblichen Schiffstyp von 670 Tonnen lässt sich diese Verkehrsabwanderung nicht erreichen, weil im Anschluss an den genannten Kanal eine Umladung auf diesen Schiffstyp in Passau oder Regensburg erforderlich wäre und weil dieser Schiffstyp mit seinem festgebauten Deck, durch das der ganze Ladungsverkehr durch besondere Lucken sich bewegen muss, für die schnelle Abwicklung eines Massengutverkehres wenig geeignet ist. Ohne Zweifel wird dieser jetzt auf der Donau gebräuchliche Typ den Wettbewerb mit dem auf dem deutschen Rhein vorherrschenden Typ, der durch Beseitigung des ganzen Decks die Bestreichung des ganzen Laderaumes mit Kranen gestattet, nicht aufnehmen können und darum von selbst verschwinden, sobald bei Anpassung der Donau-Schiffahrtsstrasse an die Kanalabmessungen der deutsche Schiffstyp in die Donau vordringt.

Streng genommen müssen daher auch die obgenannten Ziffern, wenn man für Wien die Frage nach dem Einfluss dieser Kanalwasserstrasse stellt, eine Korrektur erfahren; denn mit diesem Kanal steht im eigentlichen Wettbewerb nur die Westbahn. Es kann also der errechnete Gewinn von 520.000 Tonnen nur in Frage kommen, wenn im Zusammenhang und als eine Folge des Kanalbaues der ganze Donauweg mindestens für den Kanalschiffahrtstyp von 120.000 Tonnen befahrbar gemacht wird.

Hiernach dürfte das Urteil am Platze sein, dass der Gewinn aus der Kanalverladung für Wien selbst nicht bedeutend sein wird, und dass er im wesentlichen an Voraussetzungen gebunden ist, die nur mittelbar mit der eigentlichen Kanalidee in Verbindung stehen und deren Verwirklichung in allererster Linie abhängig ist von der Einstellung der deutsch-österreichischen Regierung und der sonst an der Donauschiffahrtsstrasse interessierten Instanzen zu der Frage der Anpassung des freien Stromes in schiffahrtstechnischer Beziehung an die Kanalwasserstrasse.

Zweifellos würde der in solcher Weise ausgestaltete Schiffahrtsweg neben dem Abwanderungsverkehr von der konkurrierenden Bahn auch einen Neuverkehr erwecken. Gedacht sei hier zunächst auf die lebhaftere Ausfuhr über Wien von Holz aller Art aus dem angrenzenden Waldgebiet der Alpen, an den Bezug von Kohle und Koks aus dem Saar- und Ruhrgebiete, jedoch schon mit der Einschränkung, dass dieser Empfang nur dann voll zur Wirkung kommen kann, wenn aus bestimmten Gründen der bisherige Bezug aus dem Ostrau-Karwinergebiet vorübergehend aussetzen sollte. Ob ein dauernder Bezug dieser Güter von Deutschland her möglich sein wird, wird abhängen von der Preis- und Tarifgestaltung, die sich heute noch nicht übersehen lässt. Wichtig ist aber, dass die Wiener Gasanstalt, die als Grösstabnehmer für Kohlen (cirka 500.000 Tonnen jährlich) in Betracht kommen, mit gleichem Erfolg statt der Ostrau-Karwiner Kohle Ruhrkohlen für ihre Erzeugung benützen können. In gleicher Weise wäre es wohl möglich, dass Getreide nordamerikanischer Provenienz auf der neuen Wasserstrasse im Falle eines ungünstigen Ernteergebnisses in den Donauländern nach Wien käme. Ferner käme der erhöhte Bezug von Eisen aller Art deutschen Ursprungs in Betracht. Der Bezug deutscher Braunkohlen Briketts kommt nach Ansicht der Syndikatsverwaltung selbst, wegen der höheren Wertigkeit der österreichischen und der böhmischen Braunkohle gar nicht in Frage.

Hiernach darf man der Auffassung zuneigen, dass die Wiener Umschlagsanlagen, die 1913 einen Jahresverkehr von 1,725.970 Tonnen mit Leichtigkeit abwickeln konnten, während im Jahre 1924 ein solcher von nur zirka 900.000 Tonnen zu verzeichnen war, noch für längere Zeit, auch wenn die genannte Kanallinie fertiggestellt sein sollte, dem Verkehrsbedürfnis entsprechen werden, zumal wenn deren Umschlagseinrichtungen in Anpassung an den besseren Schiffsty vervollkommnet sein werden.

Es wird nicht notwendig sein, schon jetzt an die grosszügigen Projekte, die die Schaffung eines neuen Parallel-Kanales mit anschliessenden Hafenplätzen auf der Floridsdorfer Seite vorsehen, zu denken, zumal mit diesen Anlagen sehr umfangreiche Nebenkosten für den gedachten Kanal verbunden sein werden, die von vorneherein den Grad der Wirtschaftlichkeit stark herabdrücken."

"Immerhin wird das Vorhandensein von Industrieterrains an der Wasserstrasse als ein Vorteil anzusehen sein, Da die Industrie aller Orten nach der Wasserstrasse drängt, um den einen bedeutenden Produktionsfaktor: Transportkosten, herabzumindern, so wäre auf einer solchen Industriesiedlung für das Wirtschaftsleben der Stadt mit ihrer so intelligenten und arbeitsamen Bevölkerung grosser Nutzen verbunden."

Durch dieses Gutachten wird die jahrelang erörtere Frage eines Schiffahrtskanales am linken Donauufer durch Floridsdorf, die zuletzt durch ein von Ministerialrat Ingenieur Dr. Pernt vorgelegtes Projekt für die Nutzung der Donauwasserkraft wieder aktuell wurde, wenigstens in einer Richtung von autoritativer Seite geklärt, nämlich dahingehend, dass die Anlage eines solchen Hafens weder jetzt notwendig ist, noch durch den Bau des Rhein-Main-Donau-Kanales gerechtfertigt wird. Die Hafenentwicklung Wiens wird demnach wohl nur schrittweise und nach Massgabe eines wirklich auftretenden Bedarfes zu lösen sein, ohne dass sie die Herstellung eines grossen Schiffahrtskanales in Floridsdorf erheischen würde. Von einem solchen Schiffahrtskanal wurde auch noch die Verbesserung des Hochwasserschutzes von Wien erwartet, eine Verbesserung, die jedoch auch in anderer Weise, durchaus erfolgversprechend und rationell gelöst werden kann. Es ist daher der Gedanke eine Wasserkraftkanales auf Wiener Boden nur noch unter dem Gesichtswinkel zu betrachten, ob eine solche Lösung der Wasserkraftfrage der Donau auch dann noch die vorteilhafteste Art bleibt, wenn sie weder vom Standpunkt des Hochwasserschutzes, noch der Hafenmöglichkeiten als notwendig oder besonders vorteilhaft zu bezeichnen ist. Es ist nicht zu unterschätzen, dass ein Werksgerinne mit einer Wasserführung von 360 Kubikmeter in einer Sekunde bei gestautem Wasserspiegel naturgemäss einen schweren Eingriff in die städtischen Anlagen aller Art bedeutet, wodurch eine Reihe von Nachteilen ausgelöst werden. Als solche Nachteile kommen in Betracht die Erschwernisse für die Schäffahrt im Strom und die gesteigerte Gefahr von Verschotterungen, die durch die Entnahme einer immerhin recht bedeutenden Wassermenge gegeben sind. Das einleitend erwähnte Gutachten betont die Notwendigkeit der Vorsorge für den ungehemmten Verkehr des 1200 Tonnenschiffes mit seiner grösseren Tauchtiefe. Dass hiefür durch den Wasserentzug die Vorbedingungen verschlechtert werden, liegt auf der Hand. Für Floridsdorf entsteht durch die Führung eines solchen Werkskanales ein Abschneiden der natürlichen Vorflut, die für die Ableitung der Kanal- und Regenwässer äusserst unvorteilhaft ist und zuweitgehenden Verteuerungen im Bau und Betrieb der heutigen und künftig notwendig werdenden Unratskanäle führt. Nur durch eine vorzüglich ausgeführte Dichtung des Werksgerinnes wäre einer Aufhöhung des Grundwasserspiegels vorzubeugen. Dass ein Werkskanal mit einer den Donaukanal am Wasserspiegelbreite erheblich übertreffenden Breite auch verkehrserschwerend wirkt, ist klar. Man könnte daher seiner Erbauung nur dann das Wort reden, wenn er ausserordentliche Vorteile für den Umschlagsverkehr und den Hochwasserschutz böte, was wohl bei den bisherigen Projektsideen vorausgesetzt wurde, was sich aber tatsächlich als nicht zutreffend erweist.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y   52

Wien, Dienstag, den 15. Februar 1927.

-.-

Starke Zunahme der Gas- und Stromkonsumenten in Wien.

Am 31. Jänner gab es 505.877 Elektrizitäts- und 389.355 Gaskonsumenten.

Dem ganz ungewöhnlichen Aufschwung, den Gas- und Elektrizitätsverbrauch in Wien in den letzten Jahren genommen hat, zeigen am deutlichsten die Zahlen über die Zunahme der Elektrizitäts- und Gaskonsumenten. Im Jahre 1913 wurden in ganz Wien nur 92.500 Elektrizitätskonsumenten gezählt. Der Ausbau der Wasserkraftwerke und eine umfassende Propaganda für die von der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung eingeführten Mietinstallationen, haben bewirkt, dass am 31. Jänner 1927 in Wien 505.877 Elektrizitätskonsumenten von den städtischen Werken versorgt werden. Insbesonder aber hat die umfangreiche Wohnhausbautätigkeit der Gemeinde die Elektrizitätsabnehmer stark vermehrt. Die Gemeindeverwaltung leitet nämlich in jede von ihr errichtete Wohnung das elektrische Licht ein, so dass der Mieter ganz kostenlos eine benützungsfertige elektrische Lichtleitung in seiner Wohnung vorfindet. Nur die Beleuchtungskörper muss er sich selbst besorgen, doch haben auch hier die städtischen Elektrizitätswerke eine Einrichtung geschaffen, die diesen Mietern Beleuchtungskörper auf Teilzahlung bietet. Interessant ist, dass in Berlin nur 25 Prozent der Wohnungen elektrisch beleuchtet sind, während in Wien gegenwärtig sechzig Prozent aller Wohnungen elektrisches Licht eingeleitet haben. Seit längerer Zeit haben die städtischen Elektrizitätswerke auch Heisswasserspeicher eingeführt, die von den Hausfrauen wegen ihrer bequemen Handhabung und der durch die Verwendung von Nachtstrom erzielten Billigkeit, ausserordentlich begehrt werden. Auch diese Anlagen werden gegen Teilzahlungen ausgeführt. Eine ähnliche Entwicklung ist auch bei den städtischen Gaswerken zu verzeichnen. Am 31. Dezember 1913 hatten die Gaswerke nur 211.815 Abnehmer in Wien. Am 31. Jänner 1927 waren es bereits 389.355. Auch hier ist in erster Linie die Wohnbautätigkeit der Gemeinde entscheidend. In jeder Wohnung, die von der Gemeinde geschaffen wird, ist an Stelle des Kohlenherdes in der Küche ein Gasherd eingebaut, der ebenfalls dem Mieter vollständig kostenlos zur Verfügung gestellt wird. Die Gaswerke entfalten auch eine umfangreiche Installationstätigkeit in den alten Wiener Häusern, die naturgemäss ausserordentlich günstig auf die Vermehrung der Zahl der Gasabnehmer einwirkt, da auch diese Leistungen auf Teilzahlungen eingestellt sind. Wie sehr in jedem Monat die Zahl der Gaskonsumenten steigt, geht daraus hervor, dass im Jänner nicht weniger als 2940 Gasmesser in Wohnungen aufgestellt worden sind. Die in den städtischen Gaswerken untergebrachte Ausstellung von Gasgeräten erfreut sich eines immer mehr steigenden Interesses der Hausfrauen. Auch die Koksöfen (Muster Wiener Gaswerke) haben sich in den Haushalten sehr bewährt; im Jänner wurden 318 Stück verkauft. Schliesslich darf nicht übersehen werden, dass diese gewaltige Zunahme der Zahl der Gas- und Elektrizitätskonsumenten in Wien ihre Ursache in den Gas- und Strompreisen hat, die weit unter der Friedensparität stehen, was nur dadurch möglich ist, dass die Gemeinde auf jeden Gewinn aus diesen Werken verzichtet. Die städtischen Monopolbetriebe werden bekanntlich von der gegenwärtigen Gemeindeverwaltung nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung geführt und haben keinen Groschen Reingewinn an die Gemeindekasse abzuliefern.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

53
Zweite Ausgabe

Wien, Dienstag, den 15. Februar 1927.

-.-

Herabsetzung der Lustbarkeitsabgabe für die kleinen Gastwirte. Vor einigen Tagen sprach eine Abordnung der neuerrichteten Fachgruppe der Gastwirte im Verband der sozialdemokratischen Kleingewerbetreibenden beim städtischen Finanzreferenten vor, um ihm eine Reihe von Wünschen vorzutragen. Die aus den Herren Cejchan, Kornmüller, Kührer, Lindner, Pulpan, Rath und Schaffhaubt bestehende Abordnung brachte zunächst den Wunsch einer kürzlich abgehaltenen grossen Versammlung zum Ausdruck, dass die Gemeinde keinesfalls die Nahrungs- und Genussmittelabgabe auf alle Wirte aufteile, und daraus eine zweite Warenumsatzsteuer mache. Stadtrat Breitner erklärte, dass die Gemeinde allen solchen Anregungen gegenüber sich vollkommen ablehnend verhält und auch in der Zukunft von ihren Richtlinien nicht abgehen werde. Die Abordnung äusserte weiter den Wunsch, dass der neuen Fachgruppe, die bereits mehr als fünfhundert Mitglieder zähle, und im steten Wachstum begriffen sei, daher jetzt schon einen sehr erheblichen Teil der Wiener Gastwirte, vor allem die mittleren und kleineren Betriebe, vertrete, Gelegenheit geboten werde, sich bei Einreihungen und Steuerpauschalierungen zu äussern. Diese Forderung müsse deshalb erhoben werden, weil weite Kreise der Wiener Gastwirte von der vollkommenen Unparteilichkeit der Genossenschaft nicht überzeugt seien. Stadtrat Breitner erklärte, dass die Genossenschaft im Sinne des Gesetzes unbedingt bei Einreihungen herangezogen werden müsse. Der Magistrat hat allerdings auch anderen Branchen, insbesondere Hoteliers und Lebensmittelgewerbe, seit langem die Möglichkeit geboten, als grössere Gruppen ihre Meinung bezüglich der Einreihung und Steuerpauschalierung zu äussern. Wenn dies durch die neue Fachgruppe in einer vollkommen objektiven Weise geschehe, so werde dadurch die sehr schwere Arbeit des Magistrates gewiss erleichtert. In diesem Sinne wird auch künftig die neue Fachgruppe bei den sich bietenden Anlässen gehört werden. Die Abordnung verlangte ferner, dass das derzeit geltende Lustbarkeitssteuerpauschale für gelegentliches Musizieren durch Gäste stark herabgesetzt werde. Dieses sogenannte Klavierpauschale, das sich aber auch auf alle anderen Musikinstrumente erstreckt, umfasst die Lustbarkeitsabgabe und die Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Gegenwärtig schwanke dieses Klavierpauschale von dreissig bis achtzig Schilling monatlich. Der Magistrat hat derzeit mehr als fünfhundert solcher Pauschalabkommen abgeschlossen. Die Abordnung wies darauf hin, dass dieses gelegentliche Musizieren einer alten Wiener Gepflogenheit entspräche und nicht immer mit einem stärkerem Geschäft für den Gastwirt verbunden sei. Das zu hohe Pauschale schrecke viele Gastwirte davon ab, das Klavier zur Verfügung zu stellen. Der Finanzreferent sagte zu, dass in Würdigung der vorgebrachten Gründe das Klavierpauschale vom 1. März angefangen auf die Hälfte ermässigt werde. Dadurch ersparen einzelne Gastwirte bis zu 480 Schilling im Jahr. Die Abordnung gab ihrer Befriedigung über dieses Entgegenkommen Ausdruck. Im weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen betonten alle Erschienenen, dass die Gastwirte entschiedenst gegen jede Einstellung oder auch nur Einschränkung des kommunalen Wohnhausbaues Einspruch erheben müssten. Die kleinen und mittleren Gastwirte sind auf das Arbeiterpublikum angewiesen. Eine Verminderung der Wohnbautätigkeit würde die Arbeitslosigkeit verstärken, was in schärfster Weise diese Betriebe zu spüren bekämen. Im Interesse dieser Gastwirte würde es vielmehr gelegen sein, wenn die Gemeinde noch weit mehr als bisher Wohnbauten aufführen könnte, wodurch die Arbeiterschaft kaufkräftiger gemacht wird.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

trieb, der Strassenpflegebetrieb, die Werkstätten u.s.w. mit ihren jeweiligen Ausgabensummen im Voranschlag der Gemeinde vor. So weit dann ein anderer Zweig der Gemeindeverwaltung bei ihnen einkauft oder von ihnen Leistungen vollziehen lässt, wird eine Verrechnung in vollkommen kaufmännischer Weise, wie mit jeder anderen Kundschaft durchgeführt. Das verdoppelt natürlich die Summe der Ausgaben. Errechnet man also, wie es durch Stadtrat Rummelhardt geschehen ist, die Kopfsteuer durch einfache Division und ohne sorgfältigste Ausscheidung der Doppelposten, so kann daraus nicht der allergeringste Schluss auf die wirkliche Belastung der Bevölkerung gezogen werden. Ebenso sind alle Vergleiche mit anderen Gemeinden, die solche Betriebe nicht in der eigenen Regie führen oder vielleicht eine andere Art der buchhalterischen Darstellung haben, ohne gründlichste Einzelstudien unmöglich.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Neue Kurse an der städtischen Haushaltungsschule. Am 1.März beginnen an der Koch- und Haushaltungsschule der Stadt Wien in Mariahilf, Brükkengasse 3, neue Modistinnenkurse. Am 1.April beginnen Vormittagskochkurse für einfache und feinste Küche, Abendkochkurse, Servierkurse, Weissnähkurse und Kurse für Kleidermachen. Prospekte beim Schulwart. Einschreibungen täglich von 10 bis 1 Uhr. Telefon 5419.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Gemeindehilfe für notleidende Wiener Aerzte. Die wirtschaftliche Organisation der Aerzte Wiens hat sich an die Gemeindeverwaltung um Gewährung einer Subvention gewendet. Die Gemeinde Wien hat bereits im vorigen Jahr dieser Organisation zwanzigtausend Schilling gegeben, die an notleidende Wiener Aerzte verteilt wurden. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hiess hat nun der städtische Finanzausschuss beschlossen auch heuer zwanzigtausend Schilling für diesen Zweck zu bewilligen. Die Verteilung dieses Gemeindebeitrages wird einvernehmlich mit dem Präsidenten der Wiener Aerztekammer, Obersanitätsrat Dr.Thenen und dem amtsführenden Stadtrat Professor Tandler durchgeführt werden.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Jubilare der Ehe. In Vertretung des Bürgermeisters überreichte in der vergangenen Woche amtsführender Stadtrat Richter folgenden Ehepaaren anlässlich ihrer goldenen Hochzeit die Ehrengabe der Gemeinde Wien: Josef und Josefa Bauernfeind, Heinrich und Magdalene Forst, Josef und Hrnecek, Wenzel und Katharina Kamenik, Wilhelm und Maria Lang, Anton und Maria Lechner, Anton und Rosalie Matatko, Johann und Katharina Ondrak, Vinzenz und Maria Pekarek, Martin und Franziska Schuster, Rudolf und Anna Schöfer, Karl und Kunigunde Teufel und Edmund und Hermine Ullmayer. Gleichzeitig mit dem goldenen Hochzeitspaar Josef und Maria Schaffer feierte die Tochter Anastasia Folzer die Silberne und ein Enkelkind die Grüne Hochzeit.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Lichtbildervortrag über die Erholungsfürsorge für Jugendliche. Am Sonntag um 9 Uhr vormittags wird im Festsaal X.Laxenburgerstrasse 8 ein Lichtbildervortrag über das Leben und Treiben in den Erholungsheimen unter Mitwirkung eines Orchesters abgehalten. Der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion Marianek wird dort über die Durchführung der Erholungsfürsorge für Jugendliche im kommenden Sommer berichten. Anschliessend an den Vortrag wird ein Film "Die Lehrlingsferien in Oesterreich" vorgeführt werden. Alle ehemaligen Pfleglinge und die Bewerber um einen Erholungsurlaub sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 16. Februar 1927

-.-

Die Steuerquoten der österreichischen Bevölkerung. Der Magistrat hat in einem Bericht durch die Rathauskorrespondenz festgestellt, dass die in einer Versammlung bekanntgegebenen Ausgabenquoten der öffentlichen Körperschaften nach dem Voranschlag 1926 nicht auf amtlichen Daten beruhen. Der Magistrat hat sich hiebei auf die ihm erteilte Auskunft des Bundesamtes für Statistik und des Bundesministeriums für Finanzen berufen. Dies entspricht selbstverständlich dem Tatbestand. Herr Stadtrat Rummelhardt hat sich in der gestrigen Sitzung des Stadtsenates auf eine Veröffentlichung der Statistischen Nachrichten Nr.11 vom 25.November 1926 und Nr.1 vom 25.Jänner 1927 berufen. Der Magistrat stellt an der Hand der ihm vorliegenden Hefte fest, dass darin Daten über die Einnahmen- und Ausgabenwirtschaft der Gemeinden für das Jahr 1926 nicht enthalten sind. Die dort verzeichneten Angaben beziehen sich vielmehr auf das Jahr 1924 und sind durch einen willkürlichen auf seine Zulänglichkeit unüberprüfbaren Zuschlag für das Jahr 1926 eingeschätzt worden. Bei der Errechnung der Kopfquote der Ausgaben ist aber dem Herrn Stadtrat Rummelhardt ein weiterer Irrtum unterlaufen. Er beziffert die Ausgaben für Niederösterreich mit 39, Oberösterreich mit 29, Salzburg mit 41, Steiermark mit 45, Kärnten mit 45, Tirol mit 44, Vorarlberg mit 38 und Burgenland mit 34 Schilling für den Kopf der Bevölkerung. Wie auf Seite 251 der Statistischen Nachrichten vom 25.November 1926 zu ersehen ist, stellen diese Zahlen nicht die Kopfquote der Ausgaben, sondern die Kopfquote der Einnahmen dar. Die Kopfquote der Ausgaben ist wesentlich höher. Daher ist der Vergleich mit Wien, wo im Gegensatz die Bruttosumme der Ausgaben herangezogen wurde, auf vollkommen unrichtiger Grundlage errechnet. Im übrigen aber ist festzustellen, dass selbst bei Zugrundelegung der richtigen Zahlen durch diese Methode absolut kein zutreffendes Vergleichsbild gewonnen werden kann. Die bei bloss schematischer Durchrechnung sich ergebende Kopfquote der Ausgaben besagt nicht das geringste über die Kopfquote der Steuerbelastung. Die Gemeinde Wien betreibt beispielsweise eine sehr grosse Anzahl von Bädern. Sie hat dafür Ausgaben zu vollziehen. Diesen Ausgaben stehen aber die entsprechenden Einnahmen in Form der Eintrittspreise gegenüber. In jenen Orten, in denen es keine Gemeindebäder gibt, entfällt selbs selbstverständlich diese Ausgabe. Man wird aber daraus doch nicht den Schluss ziehen können, dass deswegen in Wien aus dem Titel des Bäderbetriebes sich eine Belastung der Wiener Bevölkerung ergibt. Einer besonderen Hervorhebung bedarf die sehr grosse Post "Wohnbausteuer" von 34,150.000 Schilling für das Jahr 1926. Da es sich um eine Zwecksteuer handelt, so erscheint sie in der Finanzgruppe nicht nur als Einnahmepost, sondern auch als Ausgabepost, indem eine Ueberweisung an die Verwaltungsgruppe für Wohnungswesen erfolgt, wo die eigentliche Verwendung für Wohnbauten sich vollzieht. Es ist also in der Bruttoziffer der Ausgaben der Stadt Wien dieser Betrag zweimal enthalten. Man kann deshalb nicht sagen, dass die Wohnbausteuer doppelt bezahlt wird. Das allein macht etwa neunzehn Schilling für jeden Bewohner der Stadt aus. In der Bruttosumme der Ausgaben sind ferner die Ausgaben der Werke für die Baustoffbeschaffung, wie etwa das Ziegelwerk Oberlaa, enthalten. Alle Aufwendungen für dieses Ziegelwerk vermehren die Bruttosumme der Ausgaben. Ebenso ist es bei den Schotterbrüchen, bei den Kalkwerken, bei der Pflastersteinerzeugung in Mauthausen u.s.w. Es kommen eben alle Betriebe, bei

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 56
Karl H o n a y

Wien, am Donnerstag, den 17. Februar 1927

-.-

Begünstigungen für die Wiener Weinbautreibenden. Unter Führung der Bezirksvorsteher Klepell (Währing) und Seleskowitsch (Döbling) sprach eine Abordnung der Organisation der Wiener Kleinbauern beim Stadtrat Breitner vor. Die Erschienenen schilderten die schwierigen Verhältnisse, unter denen insbesondere die Weinhauer zu leiden haben. Diese Gruppe von Weinbautreibenden ist in ihrer Lage nicht mit Gastwirten und schon gar nicht mit Heurigen zu vergleichen. Die sogenannten Buschenschänker dürfen ausschliesslich ihre eigene Fechsung zum Ausschank bringen. Jeder Zukauf von Wein ist verboten und sie stehen in dieser Beziehung unter der schärfsten Kontrolle. Bei der gesunkenen Kaufkraft der Bevölkerung muss ein Weinhauer oft mehrmals im Jahr ausstecken um nur sehr bescheidene Weinmengen an den Mann zu bringen. Der Ausschank vollzieht sich in der eigenen Wohnung unter sehr beengten Verhältnissen, wobei das oftmalige Ausräumen des sonst Wohnzwecken dienenden Schankraumes mit grossen Unannehmlichkeiten verbunden ist. Die Lokalitäten sind überaus einfach und können mit der Zugkraft der vielfach über grosse Säle verfügenden Heurigen überhaupt nicht in Wettbewerb treten. Der Ausschank vollzieht sich auf Grund alter Privilegien ohne Konzession. Auch gibt es bei den Buschenschänken keine Musik, was sehr entscheidend ins Gewicht fällt, da der grösste Teil der Einheimischen, insbesondere aber auch alle Fremden den Heurigen gerade wegen der Wiener Musik aufsuchen. Unter diesen Umständen sei es eine schwere Benachteiligung, dass die Buschenschänker den selben Abgabesatz von fünfzehn Prozent Nahrungs- oder Genussmittelabgabe entrichten müssen, wie er für Nachtlokale, Bars und Heurige im Gesetz vorgesehen ist. Die beiden Bezirksvorsteher bestätigten aus ihren eigenen Wahrnehmungen die vorgebrachten Klagen. Sie richteten an den Finanzreferenten das dringende Ersuchen, der Beschwerde der Buschenschänker im Rahmen aller gebotenen Möglichkeiten zu entsprechen. In den letzten Jahren sei überdies die Fechsung ungünstig gewesen. Vom Standpunkt auch der landschaftlichen Schönheit Wiens müsse darauf geachtet werden, dass die Weingärten nicht verschwinden. Dazu sei es aber notwendig, dass die Buschenschänker, von denen fast alle ohnehin nur das proletarische Dasein von Kleinbauern führen können und die an ihren Zwergbesitz von Weingärten die härteste Arbeit wenden, Berücksichtigung finden. Es handle sich hier nicht um Gastwirte, sondern um Weinbauern, die ja keine kaufmännische Vorbildung genossen haben. So ergeben sich trotz der Steuerwilligkeit der Buschenschänker bei der Revisionen häufig Anstände. Auch in dieser Beziehung sei eine Erleichterung unbedingt notwendig.

Stadtrat Breitner erwiderte, dass der Magistrat bereit sei, den geschilderten Verhältnissen Rechnung zu tragen. Es werde mit den Buschenschänkern, die eine Fechsung bis rund dreitausend Liter erzielen, ihr Eigenprodukt ohne Gasthauskonzession und nach den alten Gepflogenheiten der Buschenschänker auch ohne Musik zum Ausschank bringen, ein Abfindungsübereinkommen geschlossen werden. Dabei werden der Haustrunk, das Geläger und der Schwund entsprechend berücksichtigt werden. Diese Pauschalierung biete die Möglichkeit, die eigenartige Lage der kleinbäuerlichen Weinproduzenten zu berücksichtigen. Es werde dies auch in weitestem Masse geschehen. Die Pauschalsätze werden je nach dem Ausmass der Fechsung für die ersten, zweiten und dritten tausend Litter gestaffelt werden und gegenüber dem gegenwärtigen Steuerausmass eine weitgehende Ermässigung bedeuten. Die Einzahlung des erwähnten Pauschales erfolgt in bequemen vier Quartalsraten. Die Kontrolle wird sich nur auf die Feststellung erstrecken, ob nicht ein unbefugter Zukauf erfolgt ist und ob keine höheren Ausschankpreise verlangt werden, als sie nach den Angaben eines jeden einzelnen Buschenschänkers zur Berechnung der Pauschalierung genommen wurden. Das neue Abfindungsübereinkommen wird bereits für die Ausschankperiode 1926/27 in Kraft treten.

Die Abordnung nahm diese Zusagen, die für einige hundert Wiener kleinbäuerliche Existenzen eine fühlbare Erleichterung sind, mit grosser Befriedigung zur Kenntnis.

-.-.-.-.-

Ein Denkmal für Auguste Fickert im Türkenschanzpark. Das Komitee für die Errichtung eines Denkmales für Auguste Fickert, der bekannten Vorkämpferin auf dem Gebiete der Frauenbewegung, hat an die Gemeindeverwaltung das Ansuchen gerichtet, das Denkmal im Türkenschanzpark aufzustellen. Der Entwurf für das Denkmal stammt vom Bildhauer Professor Franz Seifert. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am Mittwoch beschlossen, diesem Ansuchen zu entsprechen. Das Monument wird an der Parkstrasse südlich des Stadtbahneinschnittes aufgestellt werden.

-.-.-.-.-

Gemeindebeiträge für wissenschaftliche Zwecke. Nach einem Bericht des Gemeinderates Schafranek hat der städtische Finanzausschuss beschlossen, dem Verein Herzstation, der auch in den früheren Jahren von der Gemeinde subventioniert wurde, für das Jahr 1927 einen Gemeindebeitrag von dreitausend Schilling zu gewähren. Die Tätigkeit dieses Vereines wurde im Jahre 1926 stark vergrössert. Es wurden 11.312 Patienten ambulatorisch behandelt, 355 Personen in Spitälern untergebracht und 2604 Herzuntersuchungen an Sportlern durchgeführt. Insbesondere die Röntgenuntersuchung wurde stark ausgedehnt. Der Finanzausschuss hat ferner der Vereinigung Wiener Mediziner eine Subvention von eintausendfünfhundert Schilling bewilligt. Diese Vereinigung verschafft armen Studenten die notwendigen Bücher und Studienbehelfe; sie wurde auch im vergangenen Jahr von der Gemeinde unterstützt. Auf Antrag des Gemeinderates Thaller wurde für das Jahr 1927 dem Technischen Museum für Industrie und Gewerbe ein Gemeindebeitrag von dreitausend Schilling bewilligt. Der Wiener Stadtsenat hat heute diese Anträge genehmigt.

-.-.-.-.-.-.-

Vortrag über die Angestelltenversicherung. Am Freitag halb sieben Uhr abends spricht in Saal der Bereitschaft I., Annagasse 18 der Sekretär der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Dr. Ernst Steiner über "Die österreichische Angestelltenversicherung". Der Vortrag wird vom Allgemeinen Verband für freiwillige Jugendfürsorge veranstaltet. Gäste willkommen.

-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 57
Karl H o n a y

Wien, am Freitag, den 18. Februar 1927

-.-

Eine amerikanische Kulturfahrt nach Oesterreich. Herr Dr. Otto Glogau in New York hat als Präsident des "Deutschen Gesellig Wissenschaftlichen Vereines" und "Gemeinschaft Alt Wien" die Gemeindeverwaltung verständigt, dass diese beiden grossen Vereine eine Kulturfahrt nach Oesterreich im heurigen Jahre unternehmen werden. In Wien ist ein dreiwöchentlicher Aufenthalt geplant, um die Wohlfahrtseinrichtungen und Kulturstätten gründlich zu besichtigen. Dr. Glogau hat sich in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des "American Reconvalescent-Home for Vienna Children " in den Hungerjahren nach dem Kriege um die Wiener Jugend ganz ausserordentliche Verdienste erworben. Lange Zeit hindurch wurde das Kinderheim Am Tivoli bis zur Uebernahme durch die Gemeinde von den Amerikanern, die es gegründet hatten, in ausgezeichneter Weise geführt und auch der Verein "Alland" hat Herrn Dr. Glogau unausgesetzte und wirksame Förderung zu danken. Der Bürgermeister hat an den Präsidenten Dr. Glogau ein Schreiben gerichtet, in dem er der Freude über diese Kulturfahrt von Amerikanern nach Wien Ausdruck gibt und diesen Gästen, die nicht als Fremde, sondern als gute, hilfsbereite Freunde zu uns kommen, die herzlichste Aufnahme zusichert.

-.-.-.-.-

Ein Wiener Wohlfahrtskataster. Der gewaltige Ausbau des städtischen Wohlfahrtswesens unter Führung des amtsführenden Stadtrates Professor Dr. Tandler und die Umstellung der zahlreichen privaten Fürsorgeeinrichtungen infolge der durch den Krieg hervorgerufenen Bedürfnisse haben die Herausgabe einer übersichtlichen kurzen Darstellung aller dieser Einrichtungen notwendig gemacht. Magistratsrat Dr. Breunlich hat nun in einem Handbuch "Wiener Wohlfahrtskataster 1927" eine übersichtliche Darstellung der Wiener Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen. Das Buch ist 144 Seiten stark und wird vom Wiener Jugendhilfswerk verlegt. Es ist im Taschenformat gehalten und enthält vorerst sämtliche städtischen Wohlfahrtseinrichtungen mit Angabe des Zweckes, des Standortes und der Leiter dieser Einrichtungen, eine Uebersicht über die privaten öffentlichen Wohlfahrts-Kranken-und Fürsorgeeinrichtungen nach Bezirken geordnet. Sehr wertvoll ist das Verzeichnis der Gassen und Strassen, in denen Wohlfahrtsvereine und Fürsorgeeinrichtungen zu finden sind. Ein Sachregister ermöglicht die rasche Orientierung. Das Buch ist unentbehrlich für Fürsorger und Befürsorgte.

-.-.-.-.-

Gemeindebeiträge für Theater-Musikaufführungen für Arbeiter und Angestellte. Nach einem Bericht des Gemeinderates Hellmann hat der Gemeinderatsausschuss für allgemeine Verwaltungsangelegenheiten für heuer folgende Verteilung der Gemeindesubvention für die Veranstaltung von Theater- und Kunstaufführungen für Arbeiter und Angestellte beschlossen. Es erhalten die Kunststelle der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 52.500 Schilling, die Kunststelle für christliche Volksbildung 13.125 Schilling und die Kunststelle für öffentliche Angestellte 9.375 Schilling. Bekanntlich hat die Gemeindeverwaltung in ihren Voranschlag für das Jahr 1927 einen Betrag von 75.000 Schilling für diesen wichtigen volksbildnerischen Zweck eingestellt.

-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Leopoldstadt. Am Samstag 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Leopoldstadt eine öffentliche Geschäftssitzung ab.

-.-.-.-.-

-.-

Das städtische Uhrenmuseum geschlossen. Wegen verschiedener Arbeiten bleibt das Uhrenmuseum der Stadt Wien bis einschliesslich Sonntag, den 20. Februar geschlossen.

-.-.-.-.-.-

Sinken der Sterblichkeit in den städtischen Versorgungsheimen. Nach einem Bericht des Wiener Magistrats ist die Sterblichkeit in den Versorgungsheimen der Gemeinde gegenüber dem Frieden zurückgegangen. Im Jahre 1910 war die Sterblichkeit 22.7 Prozent; sie fiel im Jahre 1913 auf 22.5 Prozent. Im Jahre 1926 ist ein weiteres Sinken auf 22.4 Prozent zu verzeichnen. Diese Zahlen gewinnen deshalb an Bedeutung, weil die Hungerjahre des Krieges und die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse der Nachkriegszeit den Gesundheitszustand der Arbeiterbevölkerung dauernd geschädigt haben und eine Verkürzung der Lebensdauer bewirken.

-.-.-.-.-.-

Bekämpfung der Rauchplage. Der grosse Kohlenverbrauch verursacht in jeder Grosstadt eine von der Bevölkerung sehr unliebsam empfundene Rauchplage. Die Gemeinde Wien hat bekanntlich in ihren Wohnhausbauten ausnahmslos an Stelle der Kohlenherde den Gasherd eingeführt. Die grosse Steigerung der Gaskonsumenten von 211.815 im Jahre 1913 auf 389.355 am 31. Jänner 1927 ist nicht in letzter Linie auf diese Modernisierung des Kochherdes zurückzuführen. Selbstverständlich wird durch die Einführung des Gasherdes auch die Rauchplage stark verringert. Eine andere Aktion der Gemeindeverwaltung zur Bekämpfung der Rauchplage besteht darin, die Kohle als Brennstoff durch Koks zu verdrängen. Koks verbrennt in allen Heizanlagen vollkommen rauchlos. Eine Milderung der Verqualmung von Städten durch die Abgase der Heizanlagen ist nur durch die weitestgehende Verdrängung der Kohle als Brennstoff durch Koks zu erreichen. Im Jahre 1925 begannen die Wiener städtischen Gaswerke mit dem Vertrieb von eigenen Koksöfen und es wurden damit sehr schöne Ergebnisse erzielt. Bis heute sind 7407 Koksöfen abgesetzt worden. Im Jahre 1926 haben die Wiener Gaswerke 1098.000 Zentner Koks in Wien verkauft und dadurch wesentlich zur Bekämpfung der Rauchplage beigetragen.

-.-.-.-.-.-.-

Eröffnung des Floridsdorfer Markts. Am Dienstag wird Bürgermeister Seitz die von der Gemeinde nach dem Entwurf des Architekten K. Scheffel errichtete Marktanlage in Floridsdorf eröffnen. An diesem Tag übersiedeln die Besitzer von Marktständen vom Marktplatz Am Spitz auf diesen neuen Markt. Die neue Anlage befindet sich an der Pitkagasse bei der städtischen Wohnhausanlage "Schlingerhof". In der Wohnhausanlage wurde ein moderner Marktkeller geschaffen, der den Marktleuten zur Verfügung steht. Der Verkehr zwischen Markt und diesem Keller wird durch zwei Warenaufzüge mit elektrischem Antrieb und vier breite Abgangsstiegen vermittelt. Die eingelagerten Lebensmittel sind in 56 Abteilungen geschützt gegen Frost und Hitze aufbewahrt. Für die von den Erzeugern auf den Markt gebrachten Waren wurde ein eigener Platz geschaffen. Die neue Anlage wurde nach den modernsten Grundsätzen angelegt; breite Verkehrsgänge ermöglichen auch bei grossem Andrang unbehinderte Bewegeungsfreiheit. Die Verkaufsstände sind hoch und können die Waren gefällig zur Schau gestellt werden.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: 60
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 19. Februar 1927

-.-

Keine Gemeinderatssitzung. In der kommenden Woche halten Stadtsenat und Gemeinderat keine Sitzungen ab.

-.-.-.-.-

Eine neue Feuerwache in Ober St. Veit. Heute Samstag wurde im Zuge der in Durchführung begriffenen Reform des Wiener Feuerschutzes die neue Feuerwache in Ober St. Veit, Hietzinger Hauptstrasse 164 eröffnet. Bei der Eröffnung waren amtsführender Stadtrat Richter, Branddirektor Wagner und Obermagistratsrat Dr. Klauss anwesend. Die neue Wache hat zwei automobile Geräte; eines wird von der Berufsfeuerwehr und eines von der freiwilligen Feuerwehr bemannt. Die Berufsfeuerwehr hat zwei Löschmeister, zwei Telegrafisten, vier Fahrer und sechs Feuerwehrmänner beigestellt, die im vierundzwanzigstündigen Wechseldienst arbeiten. Durch die neue Feuerwache wird nicht nur der Feuerschutz dieses Bezirks wesentlich verbessert, sondern es wird nun auch die heute bereits unzulängliche Feuermelde-Einrichtung aufgelassen werden. Diese Einrichtung bestand darin, dass an Stelle der üblichen öffentlichen Feuermelder bisher noch sogenannte Induktoren verwendet wurden. Diese Induktoren werden nun durch moderne Feuermelder ersetzt. Die Induktoren waren in die Alarmlinien der Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr eingeschaltet und bestanden im wesentlichen aus einer Kurbel, die bei ihrer Betätigung die Alarmglocken zum Läuten brachte. Auf diese Art wurden wohl die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehr alarmiert, sie wussten aber nicht, wo der Brand ausgebrochen war. Erst bei der Gerätehalle konnte ihnen der Brandplatz oder der Unfallsort mitgeteilt werden. Dadurch ging naturgemäss viel Zeit verloren. Die neue Feuermeldeanlage ist derart ausgestattet, dass das Ziehen einer Schiene genügt um die Feuerwehr sofort zum Standort des Feuermelders zu rufen. Dort wartet der Anzeiger, der den Aktionsort mitteilt. Dadurch wird kostbare Zeit gewonnen und die Feuerwehr kann mit ihren modernen Geräten sofort eingreifen. Dieses System konnte nur schrittweise durchgeführt werden, weil der Umbau und die Ausgestaltung des Feuermeldewesens nicht nur bedeutende Mitteln, sondern auch geraume Zeit erforderten. Es gibt in Wien nur noch einige Induktoren; auch sie werden modernisiert und in kürzester Zeit dem Feuerwehrmuseum einverleibt. Die Feuerwache in Ober St. Veit ist die dritte gemischte Wache in Hietzing.

-.-.-.-.-

Lichtbildervortrag über die Erholungsfürsorge für Jugendliche. Morgen Sonntag neun Uhr vormittags wird im Festsaal X., Laxenburgerstrasse 8 der Leiter der Lehrlingsfürsorgeaktion August Marianek einen Lichtbildervortrag über die Durchführung der Erholungsfürsorge für Jugendliche im kommenden Sommer abhalten. Anschliessend wird ein Film "Die Lehrlingsferien in Oesterreich " vorgeführt werden. Die Pfleglinge der Lehrlingserholungsheime sind zu dieser Veranstaltung eingeladen.

-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

61
Zweite Ausgabe

Wien, Samstag, den 19. Februar 1927.

-.-

Städtisches Ehrengrab für Professor Fuchs. Bürgermeister Seitz hat verfügt, dass die Gemeinde dem heute verstorbenen Komponisten Professor Robert Fuchs ein Grab auf dem Zentralfriedhof in bevorzugter Lage widmet. Die Gemeinde wird auch die Kosten des Begräbnisses bestreiten.

-.-.-.-.-

Sonntag wird der Pestalozzihof eröffnet. Wie bereits gemeldet wurde, hat die Gemeinde Wien anlässlich der hundertsten Wiederkehr des Todestages Heinrich Pestalozzis die neue städtische Wohnhausanlage in Döbling (Billrothstrasse, Ecke Philippovichstrasse) nach dem grossen Schulreformer benannt. Im Gartenhof dieses Wohnhausbaues wurde auch eine Pestalozzibüste aufgestellt. Die feierliche Eröffnung des Pestalozzihofes wird am Sonntag, den 27. Februar um 11 Uhr vormittags durch Bürgermeister Seitz im Beisein sämtlicher Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtschulrates für Wien erfolgen.

-.-.-.-.-.-.-

Rattenkampftage und Kleingärtner. Die städtische Kleingartenstelle I., Doblhoffgasse 6 (Parterre) ist ermächtigt, auf Verlangen der Kleingartenorganisationen die Giftbezugsscheine für die am 3. und 4. März stattfindenden Rattenkampftage zu überprüfen und amtlich richtigzustellen. Die Kleingärtner müssen dann den etwa schon bei Gifthändlern angemeldeten Bezug auf Grund des amtlich überprüften Giftscheines bis längstens 22. Februar beim Gifthändler richtig stellen lassen.

-.-.-.-.-.-.-.-

Verkehrsbeschränkung durch die Südbahnviadukte. Der Wiener Magistrat hat verfügt, dass das Befahren der Strassenbahngeleise unter dem Südbahnviadukt im Zug der Laxenburgerstrasse mit Wagen von mehr als drei Meter Ladehöhe verboten ist. Die für die Strassenbahn bestimmte mittlere Oeffnung des Südbahnviadukts im Zug der Triesterstrasse darf von Wagen überhaupt nicht befahren werden. Die Durchfahrt durch die beiderseits dieser Oeffnung liegenden Viadukte ist nur durch die in der Fahrtrichtung jeweils links von der Strassenbahndurchfahrt gelegene Oeffnung gestattet. Uebertretungen dieser Verordnung werden mit Geldstrafen bis zu zweihundert Schilling oder Arrest bis zu vierzehn Tagen belegt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Die neue Feuerwache in Ober St.Veit. Zu dem Bericht in der heutigen ersten Ausgabe (60) ist noch nachzutragen: Die gemischte Feuerwache Ober St.Veit wird bei Bränden in den Bezirksteilen Ober und Unter St.Veit, Hacking und Hütteldorf mit Wolfersberg mit zwei Geräten ausrücken. Selbstverständlich wird diese Feuerwache auch bei Bränden in den anschliessenden Bezirksteilen zur Hilfeleistung herangezogen werden. In diesem Fall wird sie mit einem Gerät bei Bränden in Speising, Hietzing, Penzing, Baumgarten und Lainz ausrücken.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 21. Februar 1927.

Jubilare der Ehe. Am Samstag überreichte in Vertretung des Bürgermeisters amtsführender Stadtrat Richter dem goldenen Hochzeitspaare Jakob und Franziska Laubal, XVI., Neulerchenfelderstrasse 31 die Ehrengabe der Stadt Wien.

Die Oesterreichische Angestelltenversicherung. Im Rahmen einer Vortragsreihe des Allgemeinen Verbandes für freiwillige Jugendfürsorge sprach gestern der Sekretär der Arbeiterkammer Dr. Ernst Steiner über die neue Angestelltenversicherung. Bekanntlich wurde das Gesamtgebiet der österreichischen Sozialversicherung - soweit es die Privatangestellten betrifft - in den letzten Tagen des vergangenen Jahres einer ziemlich weitgehenden Reform unterzogen. Der Vortragende verwies darauf, dass alle Zweige dieser Versicherung legistisch, organisatorisch und finanziell vereinigt wurden. Die neuen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes sehen wesentlich höhere Krankengelder, Leistungen an Familienmitglieder unter gewissen Voraussetzungen und obligatorische, ganz nennenswerte Leistungen an Wöchnerinnen, Spitalpflegen und erhöhte Begräbnisgelder vor. Für die Stellenlosenunterstützung finden auch weiterhin die gleichen Bestimmungen wie in dem Arbeitslosenversicherungsgesetz Anwendung. Die allgemeine Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Angestellten ist als Neuerung zu bezeichnen. Ausser Dienstunfälle, berechtigen auch Berufskrankheiten zum Bezug der Rente. Besonders hervorzuheben ist die Hilflosenrente, die 150 Prozent der Vollrente beträgt. Die Vollrenten betragen 70 bis 280 Schilling monatlich. Hinsichtlich der Pensionsversicherung ist begrüssenswert, dass nach dem neuen Gesetz ein viel weiterer Kreis von Angestellten erfasst wird und die vorgesehenen Altersrenten wesentlich erhöht werden. Weibliche Versicherungsträger erhalten im Falle der Verehelichung unter gewissen Voraussetzungen einen Ausstattungsbeitrag. Völlig neu ist die Organisation der Versicherung. Die Versicherungsanstalten für Kreditunternehmungen, für Angestellte der Land- und Forstwirtschaft, der Presse, für Pharmazeuten sind zentral - mit dem Sitz in Wien - aufgebaut. Die Allgemeine Angestelltenversicherung wird durch die Hauptanstalt für Angestelltenversicherung in Wien und durch die Versicherungskassen für Angestellte (in allen Bundesländern) durchgeführt. Nur in Wien ist eine Versicherungskasse für die kaufmännischen Angestellten und eine Kasse für die Industrieangestellten zu errichten. In Wien ist auch für die Schaffung einer Wahlkasse die Möglichkeit geboten. Die Bestimmungen des neuen Gesetzes treten nicht sofort und gleichzeitig, sondern teilweise und zwar am 1. Jänner, 1. Februar, 1. Juli und 1. September 1927 in Kraft.

E i n l a d u n g !

Mittwoch, den 23. Februar pünktlich um 2 Uhr nachmittags findet im Sitzungssaal der Baudirektion im Neuen Rathaus, Mezzanin, Stiege 8 eine

P r e s s e k o n f e r e n z

statt, in der leitende städtische Funktionäre über die Durchführung der am 3. und 4. März stattfindenden Rattenkampftage berichten werden.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Montag, den 21. Februar 1927.

-.-

Erleichterungen bei der Nahrungs- und Genussmittelabgabe. Unter Führung des Gemeinderates Hernstein sprachen heute die Vertreter des Fachvereines der Kleinkaufleute, Gruppe Lebensmittel, und der Sektion Zuckerwarenverschleisser im Verband der sozialdemokratischen Kleingewerbetreibenden und Kaufleute bei Stadtrat Breitner vor. Gemeinderat Hernstein führte aus, dass die Kleinkaufleute und Zuckerwarenverschleisser zunächst wünschen, bei der Einreihung oder allfälligen Pauschalierung von Betrieben gehört zu werden. Bei den Zuckerwarenverschleissern bestehe überhaupt keine Zwangsgenossenschaft und der Lebensmittelhandel sei in vielfache Gruppen zersplittert. Gerade die kleinen Betriebe haben den Eindruck, dass ihr Interesse bisher nicht entsprechend wahrgenommen worden sei. Sie müssen Wert darauf legen, dass der Magistrat auch ihre Meinung höre. Stadtrat Breitner erklärte, dass eine Begutachtung unter der Voraussetzung allerdings, dass sie in der objektivsten Weise erfolge, dem Magistrat auch in dieser Branche durchaus erwünscht sei. Es werden daher der Fachverein und die Sektion künftighin Gelegenheit haben, fachmännische Urteile abzugeben und es bestehe auch kein Hindernis die beiden Körperschaften bei einer allgemeinen Ueberprüfung der Einreihungen heranzuziehen. Der Obmann des Fachvereines der Kleinkaufleute, Vizepräsident des Handelsgremiums Hernals Jirava, und der Obmann der Sektion Zuckerwarenverschleisser Schuldesfeld brachten den Wunsch vor, dass die mit zehn Schilling monatlich pauschalierten Kleinkaufleute und Zuckerwarenverschleisser, die laut Verfügung des Magistrates bis 31. März ausgereiht wurden, auch weiterhin ausgereiht bleiben sollen. Es müsse darauf verwiesen werden, dass die wirtschaftliche Lage nach wie vor sehr unbefriedigend ist, weshalb die Ausreihung begründet wäre. Es handelt sich hauptsächlich um Geschäfte in Arbeiterbezirken, wo selbstverständlich die starke Arbeitslosigkeit ihre Wirkung ausübt. Darüber hinaus ist aber auch die Gruppe der mit zwanzig Schilling pauschalierten Betriebe in einer ähnlichen Lage.

Es handelt sich dabei insgesamt um 259 Kleinkaufleute und Zuckerwarenverschleisser. Die Erschienenen brachten noch zum Ausdruck, dass ihre Gruppe keineswegs sich als Gegner der Nahrungs- und Genussmittelabgabe überhaupt bekenne.

Auch sonst stehen die im Verbande organisierten Kleinkaufleute und Zuckerwarenverschleisser durchaus auf dem Boden der Gemeindepolitik und erkennen, dass die Aufrechthaltung des Mieterschutzes und die Fortführung der Gemeindebautätigkeit sich mit ihren Lebensinteressen deckt. Stadtrat Breitner erwiderte, dass die Gruppe mit zehn Schilling monatlich, die 265 Betriebe zähle, weiter aus der Nahrungs- und Genussmittelabgabe ausgereiht bleibe. Der Magistrat sei bereit die bereits bestehenden Ausreihungen bis zum 31. Dezember 1927 gelten zu lassen. Vor diesem Zeitpunkt werde unter Zuziehung des Fachvereines der Kleinkaufleute und der Sektion der Zuckerbäcker einer Ueberprüfung stattfinden. Von den wirtschaftlichen Verhältnissen werde es abhängen, ob sich eine weitere Verlängerung dieser Steuerbegünstigung als notwendig erweisen wird. Auch bezüglich der mit zwanzig Schilling pauschalierten Betriebe steht der Magistrat grundsätzlich auf dem Standpunkt, dass dem gestellten Verlangen entsprochen werden soll. Es müsse nur noch bei einzelnen Betrieben überprüft werden, ob nicht das gewiss sehr mässige Pauschale mit Rücksicht auf die Lage des Geschäftes bezahlt werden könne. Es kann sich hier aber nur um wenige Betriebe handeln; im grossen und ganzen könne auch diese Kategorie auf das weitgehendste Entgegenkommen der Gemeinde rechnen. Die Erschienenen nahmen diese Zugeständnisse mit grosser Befriedigung zur Kenntnis.

-.-

Ehrung des Primararztes Dr. Mayer vom städtischen Krankenhaus. Der Vorstand der Abteilung für Ohren-, Hals- und Nasenkrankheiten, Universitätsprofessor Dr. Otto Mayer hat zweimal im vergangenen Jahr eine Berufung an die Deutsche Universität in Prag erhalten, es jedoch vorgezogen als Primararzt im Krankenhaus der Stadt Wien zu verbleiben. Da diese Stellung nahme des hervorragenden Facharztes dem Ruf des Krankenhauses der Stadt Wien wesentlich zustatten kommt, hat im Stadtsenat Stadtrat Professor Dr. Tandler beantragt, dass dem Gelehrten anlässlich dieser im Interesse der Gemeinde Wien gelegenen zweimaligen Verzichtleistung auf eine ihm angetragene Lehrkanzel einer auswärtigen Universität der Dank und Anerkennung ausgesprochen wird. Der Stadtsenat hat diesem Antrag einmütig zugestimmt.

-.-.-.-.-.-

Die feierliche Eröffnung des Florieddorfer Marktes. Heute vormittag wurde der vor dem grossen, fünfhundert Wohnung umfassenden städtischen Wohnhausbau "Schlingerhof" errichtete Floridsdorfer Markt feierlich eröffnet. In den frühen Morgenstunden hatten die Marktleute die modern ausgestatteten gedeckten Verkaufshallen bezogen. Der Feier wohnten alle amtsführenden Stadträte, die Mitglieder der Bezirksvertretung und die leitenden Beamten des Marktamtes bei. Der grosse Platz trug Festschmuck und war von einer ungeheuren Menschenmenge besetzt. Die Verkaufsstände waren mit Reisig und mit Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt. Auch der Schlingerhof war beflaggt und trotz der Kälte drängten sich die Bewohner an den offenen Fenstern, um die Eröffnungsfeier sehen zu können, die auf dem weiten Platz, auf dem die von auswärts kommenden Produzenten ihre Waren feilbieten, abgehalten wurde. Der städtische Wirtschaftsreferent Stadtrat Kokrda begrüsste den Bürgermeister, die Festgäste und die ausnahmslos anwesenden Besitzer der Marktstände. Er verwies auf die Bestrebungen der Gemeindeverwaltung das Marktwesen in Wien auszubauen; auch Floridsdorf hat nun einen modernen Markt erhalten. Das schöne Werk konnte in verhältnismässig kurzer Zeit durch die freudige Zusammenarbeit aller Beteiligten vollbracht werden. Bezirksvorsteher Bretschneider dankte der Gemeindeverwaltung für die Errichtung dieses Marktes, der für Floridsdorf eine Lebensnotwendigkeit sei. Die Verkäufer und die Käufer haben den unleidlichen und unhygienischen Zustand des Marktes "Am Spitz" gleichmässig hart gespürt und die Gemeindeverwaltung hat sich durch die Schaffung dieses modernen Marktes für Floridsdorf grosse Verdienste erworben. Namens der Genossenschaft der Marktviktualienhändler dankte Vorsteher-Stellvertreter Bayer und für die Marktstandbesitzer Mück der Stadtverwaltung für die prächtige Anlage.

Stürmisch begrüsst sprach dann Bürgermeister Seitz: Die hygienischen und die praktischen Einrichtungen des neuen Marktes sollen das System der Wiener Stadtverwaltung überhaupt kennzeichnen. Dieser Markt ist nicht als einzelnes Unternehmen zu betrachten, sondern als ein Teil des grossen Aufbauwerkes der Gemeinde.

Gegenüber Floridsdorf hat die Gemeindeverwaltung viele Verpflichtungen. Die Donauufergemeinden hatten seinerzeit durchaus nicht die Absicht sich mit Wien zu vereinigen; die Vereinigung wurde ihnen auferlegt. Umsomehr hatte man die Pflicht diesem Bezirk, der durch den Fluss von der übrigen Stadt abgeschnitten ist, besondere Fürsorge zuzuwenden. Vor allem in der Wohnungs- und Approvisionierungsfrage. Die Menschen aus den Elendshöhlen des Mühlschüttels herauszunehmen, sie in hygienisch einwandfreie Wohnungen zu bringen, ist unsere erste Pflicht. Zur gesunden Wohnung gehören aber auch entsprechende Einrichtungen für die Versorgung mit einwandfreien Nahrungsmitteln. Der alte Markt "Am Spitz" war längst unmöglich geworden und musste weg. Der neue Markt soll so weit das möglich ist, zur Verbilligung der Lebensmittel beitragen. Hoffen wir, dass die Anschläge, die jetzt durch die Zollvorlage auf die Verbraucher unternommen werden, abgewehrt werden können! (Stürmischer Beifall). Oesterreich kann nur nach dem System des Freihandes leben und hat geradezu die Pflicht in Europa auf diesem Gebiet voranzu gehen.

Der Markt wurde auf altem historischem Boden errichtet. Ueber diesen Boden und über Jedlesee ging der Marktverkehr vom Norden über die "Urfahr" der Donau bis in die Stadt nach Wien. Heute ist Floridsdorf von diesem Verkehr etwas ausgeschaltet und die alte Urfahr existiert nicht mehr. Aber die Floridsdorfer wissen, dass auch sie von Wien sehr viel geniessen. Sie anerkennen, dass Wien viel für Floridsdorf getan hat, wenn auch alle Wünsche nicht erfüllt werden konnten. So nimmt doch Floridsdorf teil an dem grossen Wiederaufbauwerk der Gemeinde. Mögen die Marktleute und die Käufer in Frieden und Freundschaft ihre Geschäfte besorgen!

Marktamtsdirektor Winkler führte nun die Festgäste durch die Anlagen; insbesondere die im Keller des Schlingerhofes untergebrachten Vorratskammern und Kühlräume fanden ungeteiltes Lob.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

Eröffnung des Bezirksjugendamtes in Simmering. Am Montag, den 21. Februar 1927 wurde das städtische Bezirksjugendamt Simmering in den neuen Amtsräumen im Gemeindewohnhausbau in der Grillgasse 26-28 eröffnet. Die ärztliche Mutterberatung wird jedoch vorläufig noch in dem in nächster Nähe gelegenen Verbandskrankenkassenambulatorium XI., Herbortgasse 24 an jedem Montag, Dienstag und Donnerstag von 4 bis 6 Uhr abgehalten.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z
Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y
65
Zweite Ausgabe
Wien, Dienstag, den 22. Februar 1927.

-.-

Steuerbegünstigungen für die Schrammelmusiker. Unter der Führung des Chormeisters Professor Schoof sprach heute eine Abordnung der Schrammelmusiker bestehend aus dem Obmann Jäger und den Vorstandsmitgliedern Mayer und Latter bei Stadtrat Breitner vor. Professor Schoof verwies darauf, dass eine grosse Zahl von Schrammelmusikern, die im Musikerverband organisiert sind, gegenwärtig keine Beschäftigung haben. Durch entsprechende Steuerbegünstigungen wäre es möglich in den Vorstadtgasthäusern gelegentliche Produktionen mit Musik und Gesang zu veranstalten. Die Gemeindeverwaltung möge in Würdigung des ausgesprochenenen Wiener Charakters der Schrammelmusiker bei der Steuerbemessung weitgehendes Entgegenkommen bekunden. Obmann Jäger unterstützte dieses Verlangen und verwies darauf, dass es sich hier nicht um Produktionen bei Heurigen, sondern um Veranstaltungen in kleinen Vorstadtbetrieben handle. Es könne deshalb auch das Pauschale sehr niedrig bemessen werden. Die Organisation werde dem Magistrat eine Liste der in Betracht kommenden Lokale überreichen. Stadtrat Breitner gab die Zusage, dass der Magistrat diesem Wunsche entsprechen werde. Dem einzelnen Konzessionär, der eine solche Veranstaltung plane und von der Organisation der Schrammelmusiker an den Magistrat gewiesen werde, soll ein nach der voraussichtlichen Besucherzahl abgestuftes Pauschale berechnet werden. Dieses Pauschale werde sowohl die Lustbarkeitssteuer, als auch die Nahrungs- oder Genussmittelabgabe in sich schliessen. Der betreffende Gastwirt habe also nur, soferne er überhaupt in die Steuer eingereiht ist, die normale Abrechnung zu legen und werde durch diese Veranstaltung in seiner Steuerverrechnung und Steuerleistung nicht weiter berührt. Dieses Abkommen soll sofort in Kraft gesetzt werden, damit der Fasching möglichst ausgenützt werden kann. Die Abordnung nahm diese Zusage mit grosser Befriedigung und Dank entgegen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

Wolfgang Anton Manner-Mätzelsdorff'sche Wohltätigkeitsstiftung. Um diese Stiftung können sich arme, in Wien heimatberechtigte Personen bewerben. Die Gesuche müssen mit dem Wiener Heimatschein und einem Armutszeugnis belegt und an die Magistratsabteilung 8 im Neuen Wiener Rathaus gerichtet werden. Die Einreichungsfrist endet am 25. März 1927. Verteilt werden dreitausend Schilling in Beträgen von mindestens fünfzig Schilling.

-.-.-.-.-.-.-.-.-

E i n l a d u n g !

Mittwoch, den 23. Februar pünktlich um 2 Uhr nachmittags findet im Sitzungssaal der Baudirektion im Neuen Rathaus, Mezzanin, Stiege 8 eine

P R E S S E K O N F E R E N Z

statt, in der leitende städtische Funktionäre über die Durchführung der am 3. und 4. März stattfindenden Rattenkampftage berichten werden.

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur: Karl H o n a y

Wien, am Mittwoch, den 23. Februar 1927

-.-

Die Rattenkampftage am 3. und 4. März. Wie wir bereits gemeldet haben, werden am 3. und 4. März neuerdings allgemeine Rattenkampftage abgehalten. Mit der Erzeugung der für diese Rattenkampftage von der Behörde festgesetzten Giftköder (Meerzwiebelpräparat) wurde bereits begonnen. Am 25. Februar werden diese Giftköder bei den Gifthändlern zu haben sein. Die Köder werden in Blechschachteln ausgegeben. Jede Blechschachtel enthält zwanzig Köder und wird zum Preis von 1'70 Schilling abgegeben. Jene Hauseigentümer, die sich zur Durchführung der Rattenbekämpfung eines konzessionierten Rattenvertilgers bedienen, werden darauf aufmerksam gemacht, dass die Preisprüfungsstelle den Preis für ein normales Miethaus unter 240 Quadratmeter verbauter Fläche für alle Arbeiten mit nicht mehr als fünfzehn Schilling und für grössere Miethäuser mit zwanzig Schilling als angemessen bezeichnet hat. In diesen Beträgen sind alle Arbeiten für Auslegen und Einsammeln der Köder, Köderbeistellung, Kontrolle, Warenumsatzsteuer und Stempelgebühren inbegriffen.

Der Magistrat hat kurze Zeit nach der Beendigung des ersten Rattenkampftages einen Bericht über den Erfolg veröffentlicht, der naturgemäss unvollständig sein musste. Nunmehr kann abschliessend festgestellt werden, dass von den ausgelegten anderthalb Millionen Ködern mindestens fünfzehn bis zwanzig Prozent von den Ratten gefressen wurden. Es sind also ungefähr 250.000 Ratten zugrunde gegangen, ein gewiss sehr beachtenswerter Erfolg, der dem Ergebnis, das bei ähnlichen Aktionen in ausländischen Städten festgestellt wurde, entspricht.

Die Erfolge des ersten Rattenkampftages sind in den einzelnen Bezirken sehr verschieden. In den älteren Stadtteilen, wo noch alte gemauerte Kanäle sich vorfinden, ist der Erfolg günstiger als in den neuen Stadtgebieten. Im ersten Bezirk wurden von den ausgelegten Ködern fünfzig Prozent gefressen, in einzelnen Sektionen der Leopoldstadt bis zu siebzig Prozent. Auf der Landstrasse, in Margareten, Mariahilf und auf dem Neubau wurde gleichfalls der durchschnittliche Erfolg erzielt. In der Josefstadt wurden in vierzig als rattenverseucht bekannten Häusern 1600 Köder ausgelegt, davon ungefähr 700 von den Ratten gefressen. Im Allgemeinen Krankenhaus wurde die Aktion von der Verwaltung mit besonderer Sorgfalt durchgeführt. In den Kanälen des alten Hauses wurden siebzig Prozent der Köder von den Ratten gefressen. In Favoriten beträgt die Zahl der gefressenen Köder bis zu vierzig Prozent. In einem Haus wurden 34 tote Ratten vorgefunden. In den Schrebergärten dieses Bezirkes war der Erfolg etwas geringer. In Simmering muss insbesondere auf den grossen Erfolg im Gebiet des städtischen Gaswerkes verwiesen werden. Dort wurden von den tausend ausgelegten Ködern, neunhundert von den Ratten gefressen. In Meidling bis einschliesslich Döbling wurde der Durchschnittserfolg erreicht. Nur in den ländlichen Gebieten dieser Bezirke war das Ergebnis etwas ungünstiger. In der Brigittenau wurden zwanzig Prozent der ausgelegten Köder von den Ratten gefressen; in Floridsdorf bis zu dreissig Prozent. Besonders günstig ist das Ergebnis bei den Bundesbahnen. Dort wurden rund 150.000 Köder ausgelegt. Ungefähr achtzig Prozent wurden von den Ratten gefressen. Ungemein erfolgreich war die Aktion in den Strassen- und Hauptunratskanälen. Von den dort ausgelegten 60.000 Ködern haben die Ratten siebzig Prozent gefressen. Es kann nur immer wieder darauf verwiesen werden, dass dort wo die Aktion mit der nötigen Gewissenhaftigkeit durchgeführt wurde, der Erfolg zufriedenstellend war.

....

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl Honay

Wien, Donnerstag, den 24. Februar 1927.

-.-

Ausgestaltung der elektrischen Strassenbeleuchtung. Am Samstag werden wieder einige Strassen an Stelle der Gasbeleuchtung elektrische Beleuchtung erhalten. In der Josefstadt wird der restliche Teil des inneren Lerchenfelder- und Hernalsergürtel elektrisch beleuchtet werden. In Ottakring wird die Seeböckgasse und in Floridsdorf der Floridsdorfer Markt elektrisch beleuchtet. Der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten hat am Mittwoch beschlossen in der Josefstadt den restlichen Teil der Blindengasse, den Uhlplatz, in Meidling die Margaretengürtel-Kreuzung mit der Eichenstrasse, in Hernals die Geblergasse, Helblinggasse und Rosensteingasse und in Währing die Schumanngasse elektrisch zu beleuchten.

-.-.-.-.-.-.-

Ein Messeplatz in Wien. Auf Anregung der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich hat der Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten beschlossen, dem zwischen der Mariahilferstrasse und Bellariastrasse liegenden Teil der Museumstrasse in Messeplatz umzubenennen. Gemeinderat Jenschik, der das Referat erstattete, begründete die Umbenennung insbesondere damit, dass das Wort Museumstrasse auf den Fremden, der in einer Messe mit Recht keine museumartige Schaustellung sondern ein grosses Geschäft sieht, einen unklaren und zu Missverständnissen führenden Eindruck machen muss. Für die Bezeichnung Messeplatz spricht auch die grosse propagandistische Wirkung. Die Erläuterungstafel für den Messeplatz wird folgenden Text aufweisen: Das von Jos. Em. Fischer von Erlach in den Jahren 1723-1725 erbaute Hofstallgebäude findet seit 1921 als Messepalast der Wiener Internationalen Messe Verwendung.

-.-.-.-.-.-.-

Vier neue städtische Wohnhausbauten. Im Gemeinderatsausschuss für technische Angelegenheiten berichtete am Mittwoch amtsführender Stadtrat Siegel über die Entwürfe für vier neue städtische Wohnhausbauten. In der Leopoldstadt wird nach den Entwürfen des Architekten Ferdinand Kaindl in der Ybbsstrasse ein 46 Wohnungen umfassender Bau errichtet werden. Die Baukosten betragen 630.000 Schilling. Von der Grundfläche werden nur 48.8 Prozent verbaut. Auf der Landstrasse wird am Kardinal Naglplatz nach den Plänen des Architekten Ingenieur Georg Rupprecht eine 151 Wohnungen zählende Anlage aufgeführt. Von dem 4520 Quadratmeter grossen Grundstück werden 1825 Quadratmeter verbaut; der übrige Teil wird für einen gärtnerisch ausgestatteten Hof verwendet. Die Baukosten betragen 2.4 Millionen Schilling. Auf der Landstrasse wird ferner noch ein Wohnhausbau in der Khungasse errichtet werden. Die Bauentwürfe stammen von dem Architekten Josef Beer. Das Haus wird 50 Wohnungen enthalten und die Baukosten werden mit 700.000 Schilling veranschlagt. Der Bauplatz ist 1151 Quadratmeter gross; verbaut werden nur 631 Quadratmeter, der übrige Teil verbleibt für einen Gartenhof. Schliesslich wird noch in Ottakring in der Brüsselgasse nach den Plänen des Stadtbauamtes eine kleine Parzelle verbaut, wodurch zwanzig Wohnungen gewonnen werden. Die Baukosten betragen 250.000 Schilling.

-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw.Redakteur
Karl H o u a y

Wien, Freitag, den 25. Februar 1927.

Die Grabdenkmäler am Schmelzer Friedhof. Wie bereits mitgeteilt wurde, wird auf dem seit Jahren aufgelassenen Schmelzer Friedhof eine grosse Gartenanlage mit Planschbad errichtet. Mit den Arbeiten wird bereits in den nächsten Tagen begonnen werden. Es müssen deshalb die derzeit noch in diesem Friedhof befindlichen Grabdenkmäler und Grabkreuze entfernt werden. Der Magistrat macht darauf aufmerksam, dass die Gesuche um Bewilligung zur Wegnahme von Grabdenkmälern oder Grabkreuzen bis längstens 20.März bei der Magistratsabteilung 13a in Wien, XI., Zentralfriedhof II.Tor einzubringen sind. Innerhalb der gleichen Frist können Parteien auch um die Bewilligung zur Enterdigung jener Leichenreste ansuchen, die im Jahre 1913 anläßlich der Schaffung der Gedächtnisallee bei einzelnen der dort aufgestellten Grabdenkmälern bestattet wurden. Nach dem 20.März wird die Gemeinde alle Grabdenkmäler und Kreuze entfernen. Denkmäler von historischem oder künstlerischem Wert werden voraussichtlich auf einem anderen Platz wieder aufgestellt.

-.-.-.-.-.-.-

Auflösung des Wiener Gemeinderates. Der Klub der Sozialdemokraten im Wiener Gemeinderat hielt heute abends eine Vollversammlung ab, an der auch der Vorstand der Wiener sozialdemokratischen Parteiorganisation teilnahm. Klubobmann Dr.Danneberg berichtete ausführlich über die gegenwärtige politische Lage. Der Wiener Gemeinderat werde seine Wahlperiode erst im Oktober 1928 vollenden. Trotzdem schlage der Klubvorstand vor, so wie im Jahre 1923 auch heuer die Gemeinderatswahl zugleich mit den Nationalratswahlen durchzuführen. Der Klub nahm den Antrag einstimmig an und beauftragte den Bürgermeister, die erforderlichen Vorlagen dem Wiener Landtag zugehen zu lassen.

-.-.-.-.-.-.-

Die Ausstellung "Wien und die Wiener". Im Rahmen dieser Ausstellung veranstaltet die Gemeinde Wien vom 1.Mai bis 1.Juli im Messepalast eine eigene Ausstellung, die einen Ueberblick über die Kultur Wiens von den ältesten Zeiten bis zum Ende des Weltkrieges bieten wird. Das Stadtbild und die Wohnverhältnisse, die Kleidung und Möbel, die täglichen Bedarfs- und Verkehrsmittel, die Vergnügungen, gesellschaftlichen und kulturellen Betätigungen, auch Theater, Musik, Kunst, Schul- und Armenwesen sollen bildlich und gegenständlich dargestellt werden. Die Direktion der städtischen Sammlungen wird diese Ausstellung durchführen. Es soll aber die Abteilung der Gemeinde Wien nicht auf die eigenen Bestände von Gemälden und Stichen, Möbeln und Trachten, Geräten und Instrumenten, Noten, Photographien und Drucken beschränkt bleiben, sondern die Gemeindeverwaltung rechnet in weitgehendem Ausmass auf die Mitwirkung aller, die Gegenstände in ihrem Besitz haben, die Wiener Oertlichkeiten, Bräuche und Sitten der Vergangenheit bis 1918 wahrheitsgetreu und wirksam vergegenwärtigen können. Die Direktion der Städtischen Sammlungen bittet alle Besitzer von Gegenständen, die für die Ausstellung in Betracht kommen, um leihweise Ueberlassung dieser Ausstellungsstücke. In der Kanzlei der Städtischen Sammlungen im Neuen Rathaus, IV.Stiege, I.Stock werden alle gewünschten Auskünfte erteilt.

-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 26. Februar 1927

-.-

Freitag Sitzung des Wiener Gemeinderates. Der Gemeinderat wurde für Freitag 5 Uhr nachmittags zu einer Geschäftssitzung einberufen. Der Wiener Stadtsenat hält am Dienstag 10 Uhr vormittags eine Sitzung ab.

-.-.-.-.-

Rattengift beheben! Der Wiener Magistrat macht darauf aufmerksam, dass das Rattengift für die Rattenkampftage am 3. und 4. März vom 2?. Februar an bei den Gifthändlern zu beheben und am 2. März in allen Wiener Häuser auszulegen ist. Die Köder sind in Blechdosen verpackt. Eine Dose enthält zwanzig Meerzwiebelköder und kostet 1.7o Schilling. Die ordnungsmässige Auslegung der Köder wird von amtlichen Organen überwacht werden. Für die rechtzeitige Durchführung der Rattenvertilgung nach den behördlichen Anordnungen sind die Hauseigentümer verantwortlich.

-.-.-.-.-.-

Sitzungen von Bezirksvertretungen. In der kommenden Woche hält die Bezirksvertretung Fünfhaus am Donnerstag um 5 Uhr nachmittags eine öffentliche Sitzung ab.

-.-.-.-.-

Feierliche Eröffnung des Pestalozzihofes. Die Gemeindeverwaltung hat den städtischen Wohnhausbau in Döbling (Billrothstrasse-Philippovichgasse-Lissbauergasse) zu Ehren des grossen Schulmannes Pestalozzihof benannt. Bürgermeister Seitz wird morgen Sonntag die schon seit einigen Monaten bewohnte Anlage feierlich eröffnen. Das drei bis vier Stock hohe Gebäude enthält 119 Wohnungen. Die Pläne wurden von der Architektin Ing. Ella Briggs verfasst. In dem vom Stadtbauamt vorgeschriebenen Strassenhof ist ein Kindergarten untergebracht. In diesem Hof wurde auch, um den grossen Pädagogen Pestalozzi zu ehren, anlässlich des hundersten Todestages sein Denkmal, ein Werk des Bildhauers Max Krejca, aufgestellt. Der Pestalozzihof umfasst 3988 Quadratmeter; davon wurden nur 51 Prozent verbaut. Für die Gartenhöfe verblieben 1724 Quadratmeter. Der Gemeinde ist es gelungen anschliessend an den Pestalozzihof ein Grundstück zu erwerben. Dort wird nun ein Zubau aufgeführt, der gewiss eine soziale Wohltat bedeutet: ein Ledigenheim. Es wird fünfundzwanzig Zimmer enthalten. Aufenthaltsräume, Gemeinschaftsräume, Teeküchen, Wasch-und Putzräume dienen der gemeinsamen Benützung. Für die morgen stattfindende Eröffnungsfeier hat die Gemeinde eine Festschrift herausgegeben, die sowohl die neue Wohnhausanlage als auch die Bedeutung Pestalozzis in knappen Strichen würdigt.

-.-.-.-.-.-.-.-

Wieder deutsche Gesellschaftsreisen nach Wien! Nach einer der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich zugekommenen Nachricht wird der Bauverein der Finanzbeamten in Hamburg im Monat Mai eine Reise nach Wien unternehmen, um die neuen Wohnhausbauten der Gemeinde Wien einer Besichtigung zu unterziehen. Vor einigen Tagen hat bei der Fremdenverkehrskommission ein Vertreter der Organisation der Gewerbelehrer aus Köln vorgesprochen, der ebenfalls für das kommende Frühjahr eine grössere Gesellschaftsreise angekündigt hat. Die Fachlehrer werden in Wien eine Reihe von Besichtigungen, darunter auch eine solche der neuen Fortbildungsschule, vornehmen.

-.-.-.-.-.-.-.-

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Sonntag,den 27.Februar 1927

-.

Eine Pestalozzifeier der Gemeinde Wien

Die Eröffnung des Pestalozzihofes

Die Gemeinde Wien hat den grossen Wohnhausbau in der Billrothstrasse,Ecke Philippovichstrasse in Döbling nach dem grossen Pädagogen Pestalozzi benannt.Heute vormittags wurde die feierliche Eröffnung dieser Anlage vorgenommen.Vor dem grossen Strassenhof,in dem die Gemeinde einen prächtigen Kindergärten geschaffen hat und wo auch von der Gemeinde eine sinnige Büste Pestalozzis,ein Werk des akademischen Bildhauers Max Krejca,aufgestellt wurde,hatten sich sehr viele Festgäste,darunter auch der Schweizer Gesandte,Dr,Maximilian Jaeger,eingefunden.Die neue Wohnhausanlage trug Festschmuck.Fenster und Balkone waren mit Tannenzweigen und Fahnen in den Farben der Stadt Wien geschmückt.Auf der Terasse des Kindergartens hatten sich die Mitglieder der Chorvereinigung des Zentralvereines der Wiener Lehrerschaft versammelt,die die Feier mit einem Vortrag "Vollendet ist das grosse Werk" aus Haydns "Schöpfung" einleiteten.Dann begrüsste Bezirksvorsteher Saleskowitsch die Gäste und dankte namens der Döblinger Bevölkerung,für die der heutige Tag ein festlicher Tag sei der Gemeindeverwaltung für den schönen Wohnbau.Für die Mieter hob Obmann Kastner die grosse soziale und hygienische Bedeutung der kommunalen Wohnhausanlagen hervor und richtete an den Bürgermeister die Bitte die Gemeinde möge in dieser grosszügigen Arbeit fortfahren

Nun würdigt Präsident Abgeordneter Otto Glöckel die Bedeutung Pestalozzis.Er führt oft von Beifall unterbrochen aus: Die ganze Kulturwelt und und allen voran das deutsche Volk wetteifert in diesen Tagen,um einem schlichten Schweizer Schulmeister,einem grossen deutschen Geist zu huldigen,einem Mann der vor hundert Jahren von uns gegangen ist,Pestalozzi,der den grössten Teil seines Lebens ein Bettlerdasein geführt,der schwere eigene Sorgen zu ertragen hatte und der trotz dieser Sorgen oder vielleicht eben deswegen sein Herz den Leiden der gesamten Menschheit zugewendet hat,Sein heisses Herz verband sich mit klugem Verstand.Deshalb musste er zum Ankläger der Welt des Unrechtes und zum Wegweisen in eine bessere Zukunft werden.Schon fünfzig Jahre alt widmete er sich dem Erziehungsberuf und heute sind seine Ideen über die Erziehung weltbeherrschend geworden.Hundert Jahre sind vergangen,hundert Jahre hat man das Werk Pestalozzis studiert,sich daran begeistert und Bilbliotheken über dieses Werk geschrieben.Aber eigentlich blieb dieses Werk Pestalozzis bis vor ganz kurzer Zeit Therie,Buchwissen und erst in den letzten Jahren war es möglich,dass das Wort Fleisch geworden ist.Erst jetzt tritt Pestalozzis Geist wieder unter uns,jetzt erst wird er Herr der Schule und der Familie.

Pestalozzi bek ämpft das Wortwissen,die einseitige Gedächtnisbildung.In den Tagebuchblättern über die Erziehung seines Sohnes sagt er:"Im freien Hörsaal der ganzen Natur wirst du deinen Sohn an der Hand führen,in Berg und Tal wirst du ihn lehren.Früh will ich seine Begriffe durch tägliche Tathandlung in ihm bilden.Lass ihn sehen,hören,finden,fallen,aufstehen,irren:Keine Worte wo Handlung,wo Tat möglich ist.Was er selbst tun kann,das soll er tun."Diese Worte klingen so als würden sie einem modernen Buch über Pädagogik,über Unterrichtslehre entnommen sein:Tatschule,erarbeiten,selbst anpacken,erfoschen,hinaus aus den engen Räumen der Schule,alles das sind die Tragpfeiler unserer heutigen Schulreform,die sich zum Ziel setzt,alle Fähigkeiten des Kindes zur Entfaltung zu bringen,allen Kindern den geistigen Aufstieg zu ermöglichen.Diese Schulreform war aber erst möglich,als die Demokratie zur Herrschaft gelangte,als das Volk selbs die Sorge für seine Kinder übernahm.Da Wien auf dem Gebiet der Schulreform führend geworden ist,war es nur selbstverständlich,dass diese Stadt dem grossen Erzieher in ihrer Art huldigt.Ein musterhafter Wohnhausbau wird den Namen Pestalozzis tragen.Vor dem Kindergarten erhebt sich das Pestalozzi denkmal aus einer glücklichen Künstlerhand. Mit einfacher Geste,getragen von unendlicher Libe führt Pestalozzi den Knaben der wissbegierig in die Ferne strebt,mit sicherer Hand. Mögen alle,die zu diesem Denkmal aufblicken wissen,dass es den Dank der Schulreformstadt Wien dem grossen Geist gegenüber zum Ausdruck bringt.Es soll ein Denkmal der Befriedigung darüber sein,dass es gerade dieser Stadt gelungen ist,den Geist Pestalozzis lebendig zu erhalten.Es soll aber auch ein Zeichen dafür sein,dass die Schulerneuerung ungeachtet aller Angriffe zielbewusst fortgeführt wird(Beifall) um unsere Kinder stark und klug zu machen,von der Liebe zur ganzen Menschheit durchglüht,damit sie einst eine schönere bessere Welt aufzubauen vermögen.(Stürmischer Beifall)

Dann sprach,lebhaft begrüsst,Bürgermeister Seitz: Mit besonderer Freude begrüssen wir hier an dieser Stelle,die dem Schweizer Pestalozzi gewidmet ist,den Vertreter des Volkes,dem er angehört hat, den Vertreter des Volkes mit dem uns innige Bande der schönsten Traditionen der Freiheitskämpfe verbinden,den schweizerischen Gesandten. (Lebhafter Beifall)Er ist in unserer Mitte erschienen um an der Huldigung teilzunehmen,die das ganze deutsche Volk und man kann wohl sagen die gesamte internationale Kulturwelt,dem grossen Erzieher Pestalozzi darbringt.

Der Bau den wir heute eröffnen und den wir Pestalozzihof nenen,ist nicht von einem Künstler,sondern von einer Künstlerin entworfen.Architektin Ella Briggs hat hier gezeigt,dass die Frau auch auf dem Gebiet der Baukunst berufen ist und die Gemeinde Wien hat sich durch ihre Berufung abermals zu dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter in Wirtschaft und Arbeit bekannt.Ich glaube im Sinne aller zu sprechen,wenn ich der Künstlerin für den schönen und zweckmässigen Bau herzlich danke(Beifall).

Wir widmen dieses Gebäude Pestalozzi.Der Festredner hat uns ein Bild der Bedeutung des Philosophen und Pädagogen gegeben.Anlässlich des hundersten Todestages hat man in der ganzen Welt Pestalozzi sozusagen wieder einmal entdeckt.Man hat ihn wieder hingestellt in seiner Wucht und Grösse,den Philosophen,den Pädagogen,der Lehrer,vor allem aber den grossen Menschen.Trotzdem muss man sagen Pestalozzi wird heute vielfach unrecht getan.Man lässt ihn nicht selten bloss als den Mann landläufiger Humanität erscheinen,als einen Mann der individuellen Menschenliebe,der sich nach den Verwüstungen seiner Heimat der armen Kinder angenommen hat,sie nährend kleidend und erziehend.Aber diese Betrachtung hiesse Pestalozzi vollständig verkennen.Er war nicht nur der Mann der individuellen

R A T H A U S K O R R E S P O N D E N Z

Herausgeber u.verantw.Redakteur:
Karl H o n a y

Wien,am Montag,den 28.Februar 1927.

-.-

Starker Besuch im städtischen Amalienbad. Im Jänner und Februar wurde das Amalienbad sehr stark besucht. Im Jänner benützten 82.563 und im Februar 79.638 Personen das Bad. Am stärksten wurden die Brausebäder besucht, dann folgen die Dampf-und Wannenbäder. Die Kurabteilung die erst vor kurzer Zeit eröffnet wurde, erfreut sich ebenfalls eines ziemlich starken Besuches. Im Durchschnitt kommen auf einen Betriebstag rund 3300 Bädegäste, eine Zahl, die für die beiden Wintermonate als ausserordentlich günstig bezeichnet werden muss.

-.-.-.-.-.-

Eine russische Theaterausstellung während der Wiener Festwochen. Die Generaldirektion der Nationalbibliothek plant für das kommende Frühjahr eine Ausstellung "Russisches Theater". Von der Bundestheaterverwaltung wurde hiezu bereits der Redoutensaal zur Verfügung gestellt. Die Ausstellung soll anlässlich der in den Festwochen von der Fremdenverkehrskommission der Bundesländer Wien und Niederösterreich durchzuführenden Veranstaltungen abgehalten werden. Die Eröffnung ist für Mai in Aussicht genommen. Durch diese Ausstellung erhöht sich die Zahl der in den Festwochen in Wien stattfindenden Ausstellung auf zwölf.

-.-.-.-.-.-

Wolfgang Anton Wanner-Mätzelsdorffsche Wohltätigkeitsstiftung. Aus dieser Stiftung werden dreitausend Schilling in Beträgen von mindestens fünfzig Schilling verteilt. Bewerber um einen Beitrag müssen in Wien heimatberechtigt sein. Die Gesuche sind an die Magistratsabteilung 8 im Neuen Wiener Rathaus zu richten und muss ein Armutszeugnis und der Wiener Heimatschein angeschlossen werden. Nach dem 25.März können Gesuche nicht mehr entgegengenommen werden.

-.-.-.-.-.-.-

Tagung der Leipziger Musikgesellschaft in Wien. Die Deutsche Musikgesellschaft in Leipzig wird anlässlich der Beethoven-Zentenarfeier Ende März ihre Generalversammlung in Wien abhalten. Es ist dies das erstemal, dass eine führende reichsdeutsche Musikgesellschaft Wien zum Tagungsort ihrer Vollversammlung erwählt hat.

-.-.-.-.-.-.-

Der Leinenzwang für Floridsdorf und Kaisermühlen aufgehoben. Der Wiener Magistrat hat im Juni 1926 anlässlich der bedenklichen Zunahme von Hundewutfällen in den am linken Donauufer gelegenen Gebietsteilen den Leinenzwang für Hunde in Floridsdorf und Kaisermühlen verfügt. Da seit drei Monaten in diesen Gebieten keine Wutarkrankung mehr vorgekommen ist, wurde der Leinenzwang durch eine Kundmachung vom 2.März an, aufgehoben.

-.-.-.-.-.-

Bezirksvertretung Margareten. Am Montag, den 7.März 5 Uhr nachmittags hält die Bezirksvertretung Margareten eine öffentliche Sitzung ab.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-